

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Wortprotokoll der 4. Sitzung

Arbeitsgruppe
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-
beteiligung und Transparenz unter Berück-
sichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben,
Schacht Konrad und Morsleben

Freitag, den 28. November 2014, 09.30 Uhr
Sitzungssaal E. 200
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Ralf Meister
(Sitzungsleitung)
- Hartmut Gaßner

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 2

Seite 6

Beschlussfassung über die Tagesordnung und
das Protokoll der 3. Sitzung

Tagesordnungspunkt 3

Seite 6

Verbesserung des Internetauftritts der Kommission
(insbesondere Vorstellung eines Konzepts für einen
künftigen Internetauftritt der Kommission)

Tagesordnungspunkt 4

Seite 27

Öffentlichkeitsbeteiligung – Erfahrungen aus den
Regionen Asse, Gorleben und Morsleben

Tagesordnungspunkt 5

Seite 59

Öffentlichkeitsarbeit und –beteiligung
(unter anderem K-Drs./AG1-9:
Vorschläge von Jörg Sommer)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Tagesordnungspunkt 6

Seite 67

Fortschreibung des Arbeitsprogramms
(insbesondere Sitzungsgestaltung bis Februar 2015;
Einladung von Gästen

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Teilnehmer:

Ralf Meister (Vorsitz)
Prof. Dr. Armin Grunwald
Prof. Dr. Gerd Jäger
Steffen Kanitz
Sylvia Kotting-Uhl
Dr.-Ing. Wolfram Kudla
Dr. Matthias Miersch
Erhard Ott
Prof. Dr. Bruno Thomauske
Abg. Hubertus Zdebel

Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker
Für Min Garrelt Duin: Michael Geßner
Für Jörg Sommer: Wiebke Rössig
Für Min Franz Untersteller: Gerrit Niehaus

Dr. Maika Jachmann (Deutscher Bundestag)
Max Baumgraß (Babiel GmbH)

Ulrike Donat (Gast)
Andreas Fox (Gast)
Michael Fuder (Gast)

(Beginn: 9.34 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung

Vorsitzender Ralf Meister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur 4. Sitzung unserer Arbeitsgruppe begrüßen. Wir sind fast vollzählig. In den gedrängten Zeiten, in denen wir uns bewegen, ist das ein schönes Zeichen. Dass wir trotz der intensiven Arbeit der Kommission auch in dieser Arbeitsgruppe so gut vertreten sind, finde ich gut und wichtig.

Besonders begrüßen möchte ich die Herren Gebner, Becker und Niehaus, die Ihnen bekannt sind, weil sie teilweise schon in der letzten Sitzung die Vertretung in der Arbeitsgruppe wahrgenommen haben. Außerdem möchte ich Frau Rössig begrüßen, die für den kurzfristig erkrankten Herrn Sommer eingesprungen ist und ihn hier vertritt. Herzlichen Dank dafür, dass Sie dabei sind. Das ist auch wichtig, weil wir einen Punkt von Herrn Sommer in der Tagesordnung finden.

Außerdem begrüße ich Herrn Fuder und Herrn Fox. Es ist schön, dass Sie da sind, dass Sie die Einladung dieser Arbeitsgruppe angenommen haben und dass Sie heute unter dem Tagesordnungspunkt 4 aus Ihren Regionen über Beteiligungsformen berichten und damit zugleich das Erfahrungswissen und insgesamt die Wissensbestände, die Sie mitbringen, in die Debatte einfließen lassen, die wir heute und bei den nächsten Sitzungen führen. Frau Donat wird in ungefähr - so ist es angekündigt - einer halben Stunde dazu stoßen. Ich werde sie dann noch kurz begrüßen.

Ich begrüße den Stenografen. Es ist schön, dass Sie die Wortaufzeichnung für das Protokoll erstellen. Verbunden damit ist, dass auch heute leider kein Livestream eingestellt werden kann, was wir - das wissen Sie; da

ist mein Votum wahrscheinlich das gleiche wie von vielen von Ihnen - nicht nur außerordentlich bedauern; wir nehmen auch sehr kritisch wahr, dass das noch nicht gelungen ist. Die Auskunft dazu ist, dass das an fehlenden technischen Möglichkeiten liegt, die für diesen Sitzungsraum heute Morgen nicht zur Verfügung standen. Die Zusage ist, dass es in Zukunft stattfinden soll. Insofern sind wir dankbar dafür, dass das Wortprotokoll erstellt wird, zumal wir inzwischen vernommen haben, dass es in der einen oder anderen Arbeitsgruppe da auch schon einmal Schwierigkeiten gab. Ich sage dem Stenografen also herzlichen Dank.

Besonders begrüße ich Frau Dr. Jachmann, die im Referat PuK 4 für die Onlinedienste zuständig ist, und Herrn Baumgraß. Wir werden von Ihnen beiden unter dem Tagesordnungspunkt 3, Internetauftritt, eine Präsentation bekommen und mit Ihnen dann die Diskussion über das Mögliche oder eben auch Unmögliche führen. Es ist schön, dass Sie da sind.

Ich begrüße auch die - im Augenblick noch zwei - Besucher, die im hinteren Teil dieses Raumes Platz genommen haben. Guten Morgen und herzlich willkommen! Ich finde es gut, dass wir uns - gerade dann, wenn der Besucherandrang sehr überschaubar ist - auf Augenhöhe begegnen und Sie unsere Sitzung nicht auf der Besuchertribüne verfolgen müssen, sondern wir uns auf der gleichen Ebene gegenüber sitzen. Das ist eine gute Variante, wenn die Zahl der Besucher es zulässt.

Wir haben vorgesehen - darauf möchte ich gleich zu Anfang noch einmal hinweisen -, dass diese Sitzung bis 14 Uhr dauert. Zurzeit liegt uns eine Ankündigung vor, dass eine Person bereits um 13.30 Uhr gehen muss. Ich frage ganz offen in die Runde: Wie viele von Ihnen sind mit der Absicht hergekommen, bis 14 Uhr hier zu verbleiben? - Das ist die

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

überwiegende Mehrheit. Dann setzen wir den Zeitraum nach wie vor auf 14 Uhr fest.

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Wir haben nur zwei namentliche Abstimmungen!)

- Danke schön. Diesen Hinweis habe ich auch auf meinem Sprechzettel stehen. Damit ist er schon erledigt. Das passt also.

Das Catering ist um 11.30 Uhr und dann um 13.30 Uhr vorgesehen. Wir werden uns bemühen, dass wir um 11.30 Uhr auch eine kurze Pause einbauen, wenn es halbwegs hinkommt.

Haben Sie noch irgendwelche wichtigen Dinge anzusprechen, die sozusagen ganz oben auf liegen und noch in diesen ersten informellen Teil eingebaut werden sollten? - Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 2 **Beschlussfassung über die Tagesordnung und das Protokoll der 3. Sitzung**

Dann möchte ich direkt in die Ihnen vorliegende Tagesordnung einsteigen und die Frage stellen: Stimmen Sie der Tagesordnung so, wie Sie sie zugesandt bekommen haben, zu? Können wir daran entlangehen? - Ich sehe Nicken. Herzlichen Dank.

Jetzt kommen wir zum Protokoll der 3. Sitzung. Der Entwurf dieses Protokolls ist Ihnen am 13. November 2014 zugegangen. Hierzu sind keine inhaltlichen Änderungen gewünscht worden. Wir haben allerdings von Herrn Professor Kudla den Wunsch nach einem Zusatz erhalten, nämlich die Anfrage, ob es dazu nicht ein Beschlussverzeichnis geben sollte. Das greift nicht auf das Protokoll selbst ein, sondern ist ein Zusatz.

Deswegen frage ich zuerst: Ist das Protokoll damit so genehmigt, weil keine Änderungswünsche vorgetragen worden sind? - Gut.

Dann frage ich: Besteht Einvernehmen darüber, dass es in Zukunft nicht nur zu reinen Wortprotokollen, sondern in der Regel zu jeder Sitzung ein Beschlussverzeichnis geben sollte? - Herzlichen Dank. Ich glaube, dass das auch leistbar ist.

Bitte schön, Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Könnten wir ähnlich wie bei den Sitzungen der gesamten Kommission am Ende auch eine To-do-Liste bekommen, in der die offenen Punkte zusammengestellt und nachgehalten werden, sodass sie nicht aus dem Blickfeld geraten?

Vorsitzender Ralf Meister: Auch da sehe ich Nicken. Das wird so aufgenommen.

Gut. Herzlichen Dank. - Dann können wir schon zum ersten inhaltlichen Tagesordnungspunkt kommen.

Tagesordnungspunkt 3 **Verbesserung des Internetauftritts der Kommission (insbesondere Vorstellung eines Konzepts für einen künftigen Internetauftritt der Kommission)**

Das ist nicht nur ein Auftritt, sondern durchaus auch ein Auftrag. Diesen Auftrag haben wir schon in Angriff genommen. Bei dem bisherigen Auftritt gab es enormes Entwicklungspotenzial. Dazu ist ein Pflichtenkatalog vorgelegt worden, der gemeinsam aus der Fülle der Anregungen entstanden ist.

Meine Bitte ist, dass wir zunächst von Ihnen beiden eine Präsentation dessen hören, was möglich ist - dafür werden Sie 20 bis 25 Minuten benötigen, wie Sie mir sagten -, und anschließend gemeinsam in die Diskussion darüber kommen. Bitte schön, Frau Dr. Jachmann.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dr. Maika Jachmann (BT): Einen wunderschönen guten Morgen! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Maika Jachmann. Ich leite im Deutschen Bundestag die Internetredaktion und das Parlamentsfernsehen. Mein Referat ist also nicht nur für den Internetauftritt zuständig, sondern auch für die Übertragung im Parlamentsfernsehen, und zwar für sämtliche Ausschüsse und den Bundestag allgemein. Der Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Debattenberichterstattung und die Betreuung der Seiten, die aber dezentral in den Ausschüssen - und natürlich auch in der Kommission - erstellt werden. Daneben betreuen wir noch das Jugendportal www.mitmischen.de und den Kinderauftritt www.kuppelkucker.de. Bei uns sind also drei große Portale angesiedelt.

Mit mir hierhergekommen ist Max Baumgraß. Herr Baumgraß ist Vertreter unseres technischen Dienstleisters, der Babel GmbH. Er wird Ihnen gleich ebenfalls Seiten vorstellen. Insofern können wir Ihnen sowohl das, was wir schon jetzt oder recht kurzfristig für Sie umsetzen können, als auch das, was in späteren Monaten noch möglich ist, hier in dieser Kombination vorstellen.

Wir haben von Ihnen einen Anforderungskatalog erhalten, der vom 27. Oktober 2014 stammt, und uns einmal angeschaut, was wir in der bestehenden Seite so schnell wie möglich für Sie umsetzen können. Wir konnten schon einige Dinge anpassen. Das werden wir uns gleich anschauen. Außerdem haben wir Vorschläge entwickelt - das werden wir uns dann anhand von Screenshots anschauen -, wie das Ganze aussehen könnte. Insofern werden wir Ihrem Wunsch entsprechen und bis Jahresende schon einige Anpassungen bzw. Verbesserungen vornehmen.

Außerdem gibt es einen weiteren Vorschlag. Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen hier etwas sehr Zukunftsweisendes vorstellen kann, und zwar im Responsive Design, das

insbesondere auf mobile Endgeräte ausgerichtet ist. Mit einem solchen Auftritt, der bis März/April 2015 realisiert werden könnte, wären Sie als Kommission auch die Vorreiter für den Deutschen Bundestag.

Gucken wir uns jetzt aber erst einmal an, was im Moment möglich ist. Sie können auch gerne Zwischenfragen stellen, sodass wir direkt in die Diskussion kommen, um dann auch recht zielführend und schnell weiterzukommen.

(Präsentation)

Zunächst schauen wir uns den alten Auftritt an. Wir haben hier bereits den Link zur Mediathek eingerichtet, sodass alle Sitzungsaufzeichnungen sowohl der Arbeitsgruppen als auch der Kommission, die in die Mediathek eingestellt sind, jederzeit abgerufen werden können. Die Abrufzahlen sind Ihnen wahrscheinlich bekannt gegeben worden. Ansonsten können wir sie Ihnen auch noch einmal gesondert zukommen lassen. Insofern wissen Sie immer, wie viele Menschen sich das Video live oder on demand angesehen haben. Das ist also der Blick in die Mediathek von der Kommissionsseite aus.

Wir haben auch schon einmal die Sitzungstermine aufgelistet - natürlich noch in recht einfacher Form. Hier bekommt der Nutzer aber zumindest schon einmal einen Überblick darüber, wann die nächsten Kommissionssitzungen stattfinden.

Darüber hinaus wollen wir einige weitere Dinge für Sie anpassen. Beispielsweise haben wir den Wunsch nach einem Terminkalender aufgegriffen. Hier bitte ich die Qualität der Darstellung zu entschuldigen, weil es nur Screenshots von unserem Entwicklungssystem sind. Dieser Kalender würde die Möglichkeit bieten, sich interaktiv nicht nur die Sitzungstermine anzeigen zu lassen, sondern auch die Themen, die an dieser Stelle besprochen werden sollen. Das halte ich für

eine sehr schöne Möglichkeit, die auch etwas plakativer wäre als eine einfache tabellarische Auflistung. Hier sehen Sie außerdem eine Unterteilung der Sitzungen. Wir könnten also sowohl die Kommissionssitzungen als auch die Arbeitsgruppensitzungen im Einzelnen auflisten. Wir haben das jetzt nur sehr beispielhaft befüllt. Das ist lediglich ein Prototyp.

Dann können wir direkt in die jeweilige Sitzung hineingehen. Hier bestünde die Möglichkeit, Protokolle, Tagesordnungen und weitere Informationen anzufügen und das Video einzubinden.

Sie wünschen sich ein Dokumentenarchiv. Auch hier zeige ich Ihnen ein Muster. Das ist die Kommissionssitzung, und das sind die einzelnen Arbeitsgruppensitzungen - mit den jeweiligen Dokumenten, die hier gesammelt werden könnten.

Hier sehen Sie ein solches Dokumentenarchiv der Arbeitsgruppe 1 - beispielhaft in Form einer Tabelle - und hier, wenn man sich auf der Seite orientiert, die Ergänzung aus der Arbeit der Kommission mit dem Dokumentenarchiv und den Sitzungen.

Das waren die Wünsche, die relativ schnell in dem jetzigen Auftritt realisiert werden sollten. Wenn das soweit Ihre Zustimmung finden sollte, würden wir unmittelbar mit der Umsetzung beginnen und die Seiten entsprechend anpassen; denn es ist doch viel Arbeit. Man meint vielleicht, das sei schnell zu machen. Der Aufwand aber doch nicht unerheblich. Das muss man ganz klar sagen.

So viel zunächst einmal zu diesen Dingen, die recht zügig umgesetzt werden könnten. Bevor ich das Wort an Herrn Baumgraß weitergebe, damit er Ihnen einen Blick in die Zukunft gewährt, möchte ich aber auch noch etwas zu den Zuschriften und zu dem Newsletter sagen.

Sie hatten sich gewünscht, auch die Möglichkeit zu eröffnen, dass Zuschriften von Bürgern veröffentlicht werden können, ob sie nun per Brief, per E-Mail oder wie auch immer eingehen. Wir schlagen vor, das in Form eines solchen Kontaktformulars zu machen, das der Nutzer von der Seite aus erreicht und in dem er direkt seine Anmerkungen machen kann. Innerhalb dieses Formulars kann er auch seinen Namen und, wenn er eine Antwort bekommen möchte, seine E-Mail-Adresse angeben. Seine Nachricht könnte dann in einer solchen Übersicht angezeigt werden, sodass sie auch von anderen Nutzern gelesen werden kann. Der Nutzer müsste sich natürlich damit einverstanden erklären, dass seine Nachricht oder auch seine Zuschrift veröffentlicht wird. Man könnte die Nachrichten dann in Form einer solchen Übersichtsseite abbilden. Das ist natürlich kein Forum, wie wir es aus anderen Internetauftritten kennen. Das haben Sie aber erst für die Zukunft geplant, glaube ich. So etwas ist natürlich auch denkbar. Wir haben das auch in diversen anderen Ausschüssen schon geübt.

Außerdem möchten Sie Informationen in Form von Newslettern verbreiten. Auch das ist möglich. Wir würden einen solchen Newsletter-Service entwickeln. Dazu würde ein E-Mail-Verteiler aufgebaut werden, der dann auch in der Kommission nachgehalten werden müsste. Wer einen Newsletter bestellen möchte, kann das machen. Die E-Mail-Adressen der Interessenten werden automatisiert aufgenommen und an einer bestimmten Stelle gesammelt. Auf Knopfdruck kann dann ein Newsletter mit den neuesten Informationen, Terminen usw. der Kommission an diese Adressen verschickt werden.

Aussehen würde das so, wie es hier dargestellt ist. Meines Wissens gibt es Vorbehalte gegen die Verwendung des Bundesadlers. Darüber kann man dann aber sprechen und

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Ihre Wünsche berücksichtigen. So sehen jedenfalls im Moment die Pressemitteilungen aus, die vom Bundestag versendet werden.

Das wäre es erst einmal. Gibt es dazu Fragen?

Vorsitzender Ralf Meister: Hat jemand Nachfragen? - Frau Rössig.

Wiebke Rössig: Ich fände es spannend, die Abrufzahlen zu erfahren.

Außerdem möchte ich eine Nachfrage zu einem Punkt stellen, den Sie jetzt nicht angesprochen haben. Sie haben die Sprungmarken in den Videos schon umgesetzt. Ist es auch möglich, an die Tagesordnungspunkte die jeweiligen Dokumente anzukoppeln - so funktioniert das beispielsweise beim Bundesrat -, sodass mit der Sprungmarke dann auch die entsprechenden Beschlussvorlagen erscheinen? Das würde die Übersichtlichkeit für diejenigen, die die Sitzung verfolgen, stark erhöhen. Ich halte das für sinnvoll.

Ferner wüsste ich gerne, ob im Rahmen der Möglichkeit - Sie sagten eben, es sei kein Forum -, im Kontaktformular auf der Homepage Nachrichten zu hinterlassen, auch Antworten von der Geschäftsstelle oder den Vorsitzenden möglich sind und sichtbar werden. - Vielen Dank.

Vorsitzender Ralf Meister: Wollen Sie direkt antworten? Oder sollen wir erst einige Fragen sammeln? - Dann sammeln wir erst einmal. Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Eine ganz kurze Frage: Ist zusätzlich zu dem, was Sie eben vorgestellt haben, auch eine Suchfunktion kurzfristig vorgesehen?

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker.

Thorben Becker: Eine kurze Rückfrage zu Punkt 2 a) des Anforderungskatalogs, Eigenständig gestalteter Internetauftritt: Wenn ich es richtig verstanden habe, bleibt es dabei, dass die Kommission in der Gliederung der Seite des Deutschen Bundestages unterhalb des Umweltausschusses auftaucht. Gibt es Möglichkeiten, das zu ändern?

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Bei dem, was Sie uns jetzt dargestellt haben, handelt es sich zum großen Teil um Information. Ich glaube, dass wir ohne eine gewisse Interaktivität nicht von Öffentlichkeitsbeteiligung reden können. Sie haben die Möglichkeit angesprochen, mithilfe eines Formulars die Kommission anzuschreiben. Ich finde es schon in Ordnung, ein solches Formular zu nehmen und auch noch jemanden zu haben, der das Ganze dann erst freischaltet. Eines habe ich jetzt aber eventuell nicht richtig verstanden. Gehört das denn direkt zu dem Newsletter dazu? Das fände ich zu wenig. Ich finde schon, dass es eine Stelle geben muss, bei der diese Kommunikation mit der Öffentlichkeit abrufbar ist. Darauf muss auch reagiert werden. Für uns muss also klar sein, dass das keine einseitige Geschichte ist, sondern dass das auch wieder rückgekoppelt werden muss.

Vorsitzender Ralf Meister: Lassen Sie uns jetzt erst einmal die Antworten hören, bevor wir die Reihe dann fortsetzen.

Dr. Maika Jachmann (BT): Danke schön. - Die Abrufzahlen lasse ich Ihnen gerne zukommen. Das müssten wir noch einmal sondieren und genau nach den einzelnen Videos sowie nach den Seiten usw. unterteilen. Das ist aber überhaupt kein Problem. Ich schicke es an Sie, Herr Janß, wenn es recht ist; dann verteilen Sie es weiter.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dr. Eberhard Janß (BT): Wenn ich mich recht entsinne, haben wir schon eine zusammenfassende Darstellung der Zugriffszahlen erhalten, die durchaus auch eine gewisse Entwicklung erfahren haben. Nach meiner groben Erinnerung gab es im August 2014 etwa 3 000 Zugriffe auf die Internetseite. Im September/Okttober 2014 hat sich die Zugriffszahl dann auf etwa 13 000 bis 15 000 Zugriffe je Monat gesteigert.

Dr. Maika Jachmann (BT): Sie bekommen aber noch einmal die aktuellen Zahlen.

Die Sprungmarken haben wir eingerichtet. Ob eine direkte Kopplung der Beschlussvorlagen möglich ist, werden wir prüfen. Im Moment ist es so, dass wir bei den Bundestagsvideos zu den einzelnen Rednern jeweils auch die Drucksache des dazugehörigen Themas verbinden können. Grundsätzlich ist das also möglich. Wenn Sie sich Plenardebatten usw. anschauen, haben Sie natürlich immer die Möglichkeit, die Drucksache dazu abzurufen, und auch die Möglichkeit, an den Punkt zu kommen, an dem der Redner gerade ist. Wir werden das prüfen. Wenn das schnell möglich ist, werden wir es Ihnen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung stellen.

Zum Forum und den Antworten: Diese sind dann sichtbar, wenn die Kommission dazu einen Eintrag setzt, also wenn es eine Zugschrift eines Bürgers gibt. Frau Kotting-Uhl, was Sie hier sehen, ist das, was Sie gerne möchten. Das ist ein Forum im klassischen Sinne. Es wäre denkbar, das auch so einzurichten, wie es jetzt zum Beispiel der Ausschuss Digitale Agenda macht. Wir würden das sehr empfehlen; denn dabei handelt es sich um eine moderne Art der Kommunikation. So kann man mit dem Bürger wirklich interagieren. Man kann auf das reagieren, was der einzelne Nutzer sich gerade wünscht, und seine Fragen schnell beantworten. Die Variante, die wir Ihnen vorhin vorgestellt haben, bietet nur die Möglichkeit,

entsprechende Zuschriften abzubilden. Wenn die Kommission gerne darauf antworten möchte, muss sich jemand hinsetzen, die Antwort schreiben und sie auf der Seite veröffentlichen. Das geht auch, ist aber natürlich nicht so komfortabel wie ein Forum, das wir dann auch für die Zukunft empfehlen würden. Es geht aber. Das kann man also auf jeden Fall machen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Warum für die Zukunft? Warum machen wir das nicht schnell? Hat das technische Gründe?

Dr. Maika Jachmann (BT): Das ist so an uns herangetragen worden.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay.

Dr. Eberhard Janß (BT): Jetzt kommen mehrere Themen zusammen, glaube ich. Erstens hatten Sie eben den Aspekt der Zuschriften und der Beantwortung der Zuschriften vorgestellt. Zweitens hatten Sie aufgezeigt, dass ein Newsletter ebenfalls im bisherigen Konzept realisierbar ist. Ein drittes Thema ist die Einrichtung von Foren und eventuell auch eines Blogs mit Kommentarfunktion. Wenn ich Sie richtig verstanden habe - ich bitte Sie aber, das als Frage zu verstehen -, sind auch diese Dinge im Rahmen des vorhandenen Konzeptes und gegebenenfalls kurzfristig realisierbar - wobei sie ja im Pflichtenheft unter Punkt 3, Mittelfristige Erweiterbarkeit des künftigen Konzeptes, eingeführt worden waren und insofern vielleicht nicht ganz so vordringlich sind. Im Übrigen würde die Bedienung solcher Funktionalitäten auch voraussetzen, dass die Stelle eines Redakteurs besetzt ist. Allerdings bin ich zuversichtlich, dass das zeitnah geschehen wird.

Vorsitzender Ralf Meister: Vielleicht bleiben wir jetzt tatsächlich bei der Beantwortung dieser Einzelfragen und fahren dann mit Herrn Baumgraß fort; denn manche Dinge werden sich im Rahmen seines Vortrags noch klären, glaube ich.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dr. Maika Jachmann (BT): Herr Janß, vielen Dank für Ihren Hinweis, dass ein Redakteur auf jeden Fall notwendig sein wird. Daher habe ich auch explizit die dezentrale Bearbeitung dieser Seiten erwähnt. Es ist wirklich notwendig - auch aufgrund der Ressourcen, die in unserer Redaktion nur sehr beschränkt vorhanden sind -, dass in der Kommission selbst diese Arbeit geleistet wird. Das ist sicher auch aus fachlichen Gründen erforderlich.

Gerade solche Dinge wie eine Interaktion mit dem Bürger sind sehr ernst zu nehmen. Wenn das nicht authentisch gemacht wird, besteht sehr schnell die Vermutung, dass das Ganze nicht seriös betrieben wird. Deshalb kann ich nur an Sie appellieren, solche Austauschforen dann auch mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit zu betreiben. Eine authentische Reaktion auf Zuschauerkommentare ist gerade in der heutigen Zeit sehr wichtig.

Jetzt möchte ich noch etwas zur Optik sagen. Ja, diese recht kurzfristigen Maßnahmen würden unter dem Corporate Design des Deutschen Bundestages umgesetzt werden; denn wir müssen uns in diesem Raster bewegen. Da kommen wir nicht heraus. Solche Wünsche werden auch seitens der Ausschüsse oft an uns herangetragen. Wir müssen aber bestimmte Farben, auch bestimmte Highlighter-Farben, verwenden. Außerdem haben wir ein Content-Management-System, das die Auftritte über Templates steuert. Insofern sind wir da nicht so frei wie ein kleiner oder mittelständischer Dienstleister. Wir müssen uns wirklich daran halten. Deshalb ist es schwierig, dem Wunsch nachzukommen, etwas ganz anderes zu realisieren und aus diesem Korsett herauszugehen. Wenn wir bis Ende dieses Jahres noch etwas in dieser Form realisieren wollen, kommen wir da also leider nicht heraus.

Deshalb wird diese Optik auch noch so lange erhalten bleiben, bis Sie sich für den neuen

Auftritt entscheiden. Darüber werden wir ja gleich sprechen. - Das waren die Fragen, glaube ich. Soweit erst einmal.

Dr. Eberhard Janß (BT): Lassen Sie mich noch zu zwei Punkten nachfragen. - Erstens. Wenn ich richtig informiert bin, hat das Corporate Design an manchen Stellen ja auch einen tieferen Sinn. Ich meine, wahrgenommen zu haben, dass es auch auf Barrierefreiheit ausgelegt ist.

Zweitens. Eben ist die Eigenständigkeit des Internetauftritts angesprochen worden, und zwar unter dem Aspekt, dass die Seiten der Kommission nur unterhalb des Umweltausschusses zu finden sind. Soweit ich informiert bin, ist der Internetauftritt der Kommission zwischenzeitlich auch über eine eigene URL erreichbar. Ist das korrekt?

Dr. Maika Jachmann (BT): Ja. Die Adresse lautet: www.endlager-kommission.de.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Baumgraß, bevor Sie fortfahren, gibt es noch zwei Rückfragen, die sich offensichtlich direkt auf den bisher gehörten Vortrag beziehen, und zwar von Herrn Zdebel und Herrn Kudla.

Abg. Hubertus Zdebel: Ich finde das, was Sie vorgetragen haben, schon ganz gut. Für mich ist aber entscheidend, die Interaktivität so groß wie möglich zu gestalten. Ich habe es jetzt so verstanden, dass das technisch möglich ist und dass es quasi darum geht, inwieweit die Kommission sagt: Wir wollen es so.

Meines Erachtens muss es auf der einen Seite weiterhin die Möglichkeit geben, dass Menschen, die auf die Arbeit der Kommission reagieren wollen und das persönlich/vertraulich machen möchten, das auch tun können. Auf der anderen Seite muss es aber auch möglich sein, dass Menschen, die etwas veröffentlichen wollen und bewusst Wert darauf legen, dass es Reaktionen in der

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Öffentlichkeit gibt, das ebenfalls machen können. Dann muss natürlich auch die Möglichkeit bestehen, dass andere, die das lesen, darauf wieder kommentierend antworten können. Auch die Kommission muss sich dann bis zu einem bestimmten Grad der Öffentlichkeit stellen. Hier stellt sich die Frage, wie das organisiert wird. Das müssen wir wahrscheinlich irgendwann in der Kommission auch noch einmal diskutieren.

Wenn ich es richtig verstanden habe, wäre das technisch aber alles zumindest relativ schnell möglich. Das Ganze ist auch eine Frage der Geschwindigkeit. Mir wäre es sehr wichtig, gerade auch die öffentliche Beteiligung an dieser Stelle möglichst optimal hinzubekommen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir seien als Kommission wieder ein bisschen abgekoppelt und schwer erreichbar und säßen bis zu einem bestimmten Grad doch im Elfenbeinturm. Diese ganzen Beteiligungsmöglichkeiten sollten meines Erachtens relativ schnell auf den Weg gebracht werden. Insofern lautet meine Frage: Wäre das technisch schnell umsetzbar, wenn es eine entsprechende Meinungsbildung in der Kommission dazu gäbe?

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Zwei Punkte habe ich noch. - Erstens. Ich hatte das letzte Mal darum gebeten, dass die erste Seite etwas einladender gestaltet wird. Auf der ersten Seite steht derzeit, welche Mitglieder die Kommission hat und was die Aufgaben der Kommission sind. Vielleicht kann man darunter in wenigen Sätzen schreiben, dass eine Beteiligung erwünscht ist und dass jeder hier Anregungen geben und Kommentare schreiben kann - gleich mit einem Link, mit dem er zu dem entsprechenden Formular kommt, und zwar an prominenter Stelle auf der ersten Seite.

Zweitens. Weiter unten auf dieser Seite - bitte scrollen Sie einmal ein bisschen herunter - kommen Videobeiträge, und zwar zum einen von der AG Gesellschaftlicher Dialog

und zum anderen von der AG Öffentlichkeitsbeteiligung. Das vermittelt den Eindruck, als seien das zwei verschiedene Arbeitsgruppen. Es ist aber beide Male die AG 1. Das sollte schon immer gleich benannt werden. Sonst meint man, es seien zwei Arbeitsgruppen. Das ist nicht so.

Vorsitzender Ralf Meister: Jetzt bitte noch die Antworten dazu, bevor dann Herr Baumgraß fortfährt.

Dr. Maika Jachmann (BT): Wir hätten Ihnen gerne einmal einen Blick in das Forum des Ausschusses Digitale Agenda gewährt. Es lädt aber noch. Selbstverständlich kann man so etwas einrichten - aber nicht von heute auf morgen. Das muss man wirklich sagen. Dafür brauchen wir ein bisschen Vorlauf. Außerdem muss dann ein Redakteur da sein, der diese Aufgaben übernimmt und sich wirklich darum kümmert. Er muss Themen einstellen, Dokumente hochladen und die Menschen zu dieser Beteiligungsmöglichkeit einladen.

Den Hinweis „Bitte beteiligt euch!“ gleich vorne zu platzieren, ist natürlich möglich. Das kann man jederzeit machen. Dazu muss es aber da sein. Wenn das jetzt in der Priorität von 3 auf 1 hochgestuft wird, stellen wir andere Dinge zurück und legen sofort damit los. Wenn Ihnen das so wichtig ist, können wir sofort mit dieser Arbeit beginnen und die Anpassung vornehmen.

Haben wir jetzt den Zugang?

(Max Baumgraß (Babel GmbH): Nein!
Es lädt noch!)

- Es lädt leider noch. Die Verbindung ist nicht so gut. Wer möchte, kann sich aber beim Ausschuss Digitale Agenda einmal dieses Forum anschauen. In dieser Form wäre das dann auch möglich. Ja, das können wir machen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Die angesprochene Problematik mit den Arbeitsgruppenbezeichnungen ist ganz schnell lösbar. Das können wir selbstverständlich ändern.

Hier finden Sie ja vor allen Dingen die redaktionelle Berichterstattung aus dem Hause selbst. Es besteht die Möglichkeit, dort auf die Berichte hinzuweisen. Manche Ausschüsse machen das. Andere verzichten auch ganz darauf. Dann findet man das nur unter der allgemeinen Ausschussberichterstattung der Onlineredaktion. Ich finde es aber sehr schön, wenn von den Ausschüssen oder hier von der Kommission die Artikel jeweils dorthin geordnet werden, wohin sie gehören. Das ist sicherlich ganz gut.

Wenn wir das entsprechende Signal von Ihnen bekommen, richten wir das Forum, wie gesagt, sofort ein. Dafür müssen wir dann aber andere Dinge nach hinten stellen.

Vorsitzender Ralf Meister: Jetzt können Sie fortfahren, Herr Baumgraß.

Max Baumgraß (Babiel GmbH): Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich zeige Ihnen jetzt einen Prototyp der Designentwicklung für die Kommission. Bitte verstehen Sie das auch als auch Prototyp. Hier sind nicht alle Funktionalitäten enthalten. Das sind wirklich nur einzelne klickbare Elemente, die ich Ihnen jetzt auch vorführen werde.

(Präsentation)

Zunächst möchte ich Ihnen die Grundidee vorstellen. Dazu zoomte ich ein wenig heraus, damit Sie einen Überblick über die Seite bekommen. Diese Seite wurde unter Berücksichtigung der bereits angesprochenen BITV erstellt. Es werden also tatsächlich barrierefreie Seiten bereitgestellt. Diese Seite wurde auch im Sinne des Responsive Design entwickelt. Das hat Frau Jachmann gerade schon

erwähnt. Die Seite ist also auch auf Mobilgeräten, die vermehrt genutzt werden, darstellbar.

Bei der Erstellung dieser Seite haben wir uns an dem Styleguide des Deutschen Bundestages orientiert. Entsprechend sind auch die einzelnen Farbelemente gewählt. Das Ganze ist auf ein modernes Flat Design reduziert worden. Dabei werden wichtige Elemente durch die Einfachheit hervorgehoben. Die Seite ist übersichtlich aufgebaut. Es gibt einzelne abgrenzende Elemente, die dem Benutzer der Seite klar symbolisieren, wo Informationen liegen, wo geklickt werden kann, wo die wichtigsten Elemente vorhanden sind. Punktuell werden entsprechende Kontrastfarben eingeblendet, um zu symbolisieren, wo man sich befindet, aber auch, wo Interaktion möglich ist.

Damit Sie auch ein wenig von der Seite sehen, werde ich jetzt die einzelnen Elemente beschreiben, die dort vorhanden sind, und erläutern, was wir uns dabei gedacht haben.

Im Kopfbereich wird klar hervorgehoben, für wen diese Seite entwickelt wurde und um was für eine Seite es sich handelt. Die Kommission wird entsprechend auch in der Hauptnavigation hervorgehoben. Darunter befinden sich die Navigationspunkte im klassischen Sinne, wie man sie auch von einer Website kennt. Wir haben allerdings auch eine zweite Navigation eingebaut, die ich Ihnen gleich im Verlauf der Präsentation noch zeigen werde.

Innerhalb des Kopfbereichs sind außerdem wichtige Elemente wie die Suchfunktion hinterlegt. Das Stichwort „Suchfunktion“ wurde gerade auch schon einmal genannt. Die Suchfunktion ist hier tatsächlich auf die Seite der Kommission bezogen. Man kann damit nach Dokumenten, nach Videos und nach allen möglichen Inhalten, die dort definiert sind, suchen.

Ein wichtiges Element für das Responsive Design zeige ich Ihnen jetzt. Wenn ich die Seite nach unten ziehe, um weiteren Inhalt anzuzeigen, wird die Navigation nämlich oben eingerastet. Sie läuft also die ganze Zeit mit der Seite mit. Das ist gerade auf Mobilgeräten wie einem Tablet oder einem Smartphone - die entsprechenden Darstellungen werde ich Ihnen gleich auch noch zeigen - besonders sinnvoll, weil der Benutzer dann immer noch die Übersicht behält und zu anderen Punkten navigieren kann.

Der zweite Bereich - hier mit einem großen Bild hinterlegt - ist der Einstiegsbereich, in dem die Informationen der Kommission dargestellt werden. In diesem Beispiel haben wir eine Sitzung per Termin aufgelistet. Zu dieser Sitzung kann man sich auch direkt auf der Startseite anmelden. Man muss also nicht zu einer Unterseite navigieren, sondern kann direkt dort die entsprechenden Informationen eintragen und sich dazu anmelden.

Wir haben hier drei Elemente - erstens „Basisinformationen“, zweitens „Arbeit der Kommission“ und drittens „Arbeitsgruppen“ - erstellt. Das sind wichtige Informationen, die auf schnellen Zugriff zur Verfügung stehen sollen. Bitte verstehen Sie das nicht falsch. Dabei handelt es sich nur um Entwürfe von Inhalten. Die Überschriften etc. können natürlich gegen die Informationen, die Sie wünschen, ausgetauscht werden.

Jetzt zeige ich Ihnen einmal, welche Inhalte hier tatsächlich eingestellt werden können. Die Mitglieder können in einfacher Art und Weise durch eine Scrollnavigation dargestellt werden. Wenn man eine Person auswählt, kann die Biografie direkt angezeigt werden, ohne dass man die Seite verlassen muss. Das ist ein ganz wichtiger Hinweis. Man wechselt nicht erst in ein neues Fenster oder einen neuen Tab, sondern bleibt auf der gleichen Seite.

Entsprechend gibt es direkt auf dieser Seite auch eine Suchfunktion und eine Filterfunktion, sodass man zu den einzelnen Personen oder aber auch zu den Funktionen wechseln kann.

Ich zoomte wieder ein wenig heraus; denn jetzt kommen wir zu dem wahrscheinlich wichtigsten Inhalt, nämlich den einzelnen Beiträgen der Kommission - seien es Videos, seien es Artikel, seien es Informationen zu Sitzungen. Damit der Benutzer sich zurechtfindet, soll es eine Filterfunktion geben, die wir einmal entworfen haben. Sie sortiert auf einfache Art und Weise, nämlich durch Anklicken der jeweiligen Filter, direkt den Inhalt, den Sie darunter sehen. Hier ist es möglich, nach bestimmten Begriffen zu suchen, aber beispielsweise auch nach Dokumenttypen und natürlich auch nach bestimmten Zeiträumen.

Den Inhaltsbereich haben wir auf drei Leisten mit Informationen reduziert. Wichtig ist, dass die Seite sowohl auf dem Desktop als auch auf Mobilgeräten nicht unendlich lang wird, sodass der Benutzer nicht gezwungen ist, ewig lange durchzuscrollen. Daher haben wir die Funktion eingebaut, über Vor- und Zurück-Buttons weitere Elemente von unten nachzuziehen und sich ältere oder aber auch neuere Informationen anzeigen zu lassen.

Wenn man sich ein solches Element anzeigen lassen möchte, hat man auch hier die Möglichkeit, direkt den Inhalt aufzurufen, ohne die Seite verlassen zu müssen. Sie wechseln auch hier nicht erst auf eine Unterseite. Vielmehr sind auf der Startseite - das ist das Konzept der Microsite - alle wichtigen Inhalte für den Besucher verfügbar.

Auf der rechten Seite sehen Sie noch entsprechende Downloads oder Dokumente, die zu dem Artikel dazugehören. Dieser Bereich kann redaktionell befüllt werden. Er kann auch automatisch befüllt werden, wenn die

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dokumente einen entsprechenden Begriff beinhalten, sodass sich ein Redakteur darum gar nicht kümmern muss. Wichtig ist, dass hier auch Hinweise auf ähnliche Begriffe, die der Benutzer eventuell gemeint hat, aufgelistet werden können. Dann kann der Benutzer einfach dorthin wechseln.

Zu guter Letzt sei noch der Footer erwähnt, also der abschließende Bereich der Startseite. Dort werden nur die wichtigsten Informationen aufgelistet, die für die Seite relevant sind.

Um es noch einmal kurz zusammenzufassen: Bei dieser Seite, die wir zusammen mit PuK 4 entworfen haben, sind Inhalte durch wenige Klicks verfügbar. Das war eine maßgebliche Vorgabe. Die Inhalte sind thematisch miteinander verknüpft. Wie ich Ihnen gezeigt habe, gelangt man so schnell zu den Inhalten, die man tatsächlich auch aufrufen möchte.

Nun möchte ich Ihnen noch die mobilen Seiten zeigen. Bisher haben Sie ja nur die Desktopansicht gesehen.

So würde das auf einem Tablet aussehen. Das ist eine Reduzierung auf drei Spalten mit den gleichen Funktionalitäten.

Auf einem Smartphone könnte die Seite so aussehen. Auch hier besteht die Möglichkeit, die wichtigsten Informationen direkt zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Darstellung funktioniert die Filterfunktion natürlich auch. Allerdings haben wir uns überlegt, dass es hier ein rotierendes Element geben sollte, in dem man die einzelnen Begrifflichkeiten für die Filterfunktion auswählen kann. Die Navigation könnte sich von der Seite ausklappen, sodass sie nicht die Inhalte überlagert, sondern jederzeit verfügbar ist, egal von welcher Stelle man die Navigation anwählt, ob von oben oder von unten. - So viel von meiner Seite zur Präsentation.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank für diese Einführung, Herr Baumgraß. - Können Sie vielleicht noch ergänzend sagen, bis wann eine solche Idee realisiert werden würde, und zwar unabhängig von den zur Verfügung zu stellenden Mitteln, die dafür notwendig wären?

Max Baumgraß (Babiel GmbH): Veranschlagt sind grob vier Monate. Dieser Zeit bedarf es, um eine solche Seite umzusetzen. Dazu gehören die Konzeption und die Designfertigung. Was wir Ihnen jetzt gezeigt haben, ist eine Startseite mit vielen Funktionalitäten, die der Kommission sicherlich weiterhelfen werden, um dem Besucher der Seite das Ganze entsprechend aufbereitet darzulegen. Im Groben sind dafür vier Monate erforderlich.

Vorsitzender Ralf Meister: Ist das das letzte Wort?

Max Baumgraß (Babiel GmbH): Ja, das ist das letzte Wort. Es gibt Sachen, die man auch mit mehr Personen nicht in kürzerer Zeit erledigen kann.

Vorsitzender Ralf Meister: Okay. Danke schön. - Wenn wir jetzt die Diskussion fortsetzen, tun wir das doch, vermute ich, weniger über Einzelfragen des Webdesigns oder der Anwenderfreundlichkeit, sondern unter Aufnahme der vorhin auch gestellten Fragen zur Interaktivität - das heißt: Forum und Weiteres - und durchaus auch in Blickrichtung darauf, was wir jetzt schnell realisieren können und was wir vielleicht doch mit einem größeren Zeitfenster ins Auge fassen müssen. - Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielen Dank für die Darstellung. - Ich habe zwei Fragen. Zwar habe ich verstanden, wie ich mich anmelden kann, wenn ich an einer bestimmten Stelle angekommen bin. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob ich das reproduzieren könnte und die Stelle finden würde, an der

ich mich dann auch tatsächlich für eine Sitzung anmelden kann. Insofern lautet meine erste Frage: Kann ich mich auch anmelden, wenn ich das Datum der Sitzung oder die Sitzungsnummer anklicke? Komme ich dann automatisch zu dem Anmeldeformular?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Suchfähigkeit innerhalb von Unterlagen. Komme ich, wenn ich einen bestimmten Begriff eingebe, beispielsweise an die Stelle eines Protokolls, an der dieses Wort auftaucht? Das Gleiche wüsste ich gerne zum Beispiel in Bezug auf die Anhörung, die wir letztes Mal in der Kommission hatten. Komme ich, wenn ich einen bestimmten Redner anklicke, automatisch zur Darstellung seines Vortrags als separater Unterlage, in der ich dann auch suchen kann? Es geht mir also um die Suchfähigkeit innerhalb von Unterlagen.

Vorsitzender Ralf Meister: Wenn Sie einverstanden sind, sammeln wir wieder einige Fragen. - Herr Miersch.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Erst einmal haben wir mit dem, was wir heute gehört haben, einen guten Grundstock, glaube ich. Der entscheidende Punkt ist für mich die Interaktion und die Möglichkeit, unsere Arbeit tatsächlich einem breiten Publikum zur Verfügung zu stellen.

Auf der anderen Seite gehört es sicherlich zur Wahrheit dazu, dass wir uns auch in unserer eigenen Arbeit erst einmal langsam sammeln. Ich will an dieser Stelle gleich auf die Anregungen von Herrn Sommer hinweisen. Ich halte es für unerlässlich, über die Öffentlichkeitsarbeit dieser Kommission jetzt sehr schnell erste Entscheidungen zu treffen, und kann mir vorstellen, dass die gerade genannten vier Monate möglicherweise auch genutzt werden können, um gegebenenfalls Anforderungsprofile an den Auftritt, der dann über mobile Geräte etc. erreichbar ist, zu definieren.

Wenn ich richtig informiert bin, ist in Sachen Öffentlichkeitsarbeit auch eine personelle Ergänzung angedacht. Insofern muss hier sehr schnell klar sein: Gibt es eine professionelle Betreuung? Denn nichts wäre schlimmer als der Fall, dass wir hier ein Angebot hätten und mehr oder weniger semioptimal auf den Input reagieren würden. Dann wäre das Ganze schon in der Anfangsphase zum Scheitern verurteilt.

Ich glaube also, dass wir heute erst einmal einen Grundstock gehört haben und jetzt bei unseren weiteren Überlegungen immer die Frage einbeziehen müssen, was parallel dazu möglich ist. Ich bin aber heute jedenfalls schon guten Mutes - besseren Mutes als die letzten Male.

Vorsitzender Ralf Meister: Vielen Dank.

Herzlich willkommen, Frau Donat. Wir sind in der Diskussion über das Internet.

(Ulrike Donat: Die Deutsche Bahn war nicht pünktlich!)

Herr Ott.

Erhard Ott: Das Thema „zeitnahe Beantwortung beispielsweise von Zuschriften“ und das Thema „Bürgerforum und Dialog“ sind gerade für uns in dieser Arbeitsgruppe, aber auch für die Kommission insgesamt ganz wichtige Punkte. Wenn das, was jetzt vorgestellt wurde, relativ zeitnah realisiert werden kann, ist das eine vernünftige Grundlage, finde ich.

Mir macht aber folgende Frage in der Tat auch ein Stück weit Sorge: Wie zeitnah können Anfragen oder Zuschriften beantwortet werden und Daten eingepflegt werden? Es muss gewährleistet sein, dass - das hat Herr Miersch gerade schon angesprochen - dann auch die notwendigen personellen

Ressourcen vorhanden sind, um einen zeitnahen Dialog hinzubekommen. Es darf nicht passieren, dass Bürger wochenlang auf Antworten warten müssen, weil die Ressourcen fehlen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Dazu wird Herr Janß gleich noch etwas sagen. Im Übrigen ist es ja durchaus auch der Auftrag dieser Arbeitsgruppe, am Ende gegenüber der Kommission einen entsprechenden Vorschlag zu formulieren. - Herr Becker.

Thorben Becker: Die präsentierte Seite wäre natürlich ein Riesenschritt nach vorne. Relativ wenig haben Sie allerdings dazu gesagt, was die neue Seite dann in Sachen Interaktivität - Forum, Beteiligung - kann. Kann sie mehr als die jetzige Seite? Können Sachen leichter realisiert werden?

Im Zusammenhang mit dem Zeitplan ist natürlich die wichtige Frage: Wenn wir sagen, dass wir so etwas brauchen, und definieren, was wir brauchen, ist das dann auch innerhalb des Zeitplans, also innerhalb von drei Monaten, umsetzbar? Oder kommt noch einmal ein Monat dazu, wenn wir uns jetzt für ein Forum und ein anderes Beteiligungsinstrument entscheiden? Für die weitere Zeitplanung ist das natürlich relativ wichtig.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir nehmen Frau Rössig und Frau Kotting-Uhl noch dazu, bevor Sie dann antworten.

Wiebke Rössig: Ich finde die Umsetzung der Seite, gerade auch die Anpassung im Responsive Design und für die Mobilgeräte, gut und wichtig. Allerdings sind wir immer noch bei der guten Aufbereitung von Informationen, und Information ist noch keine Beteiligung. Das ist super. Das ist ein Riesenschritt nach vorne. Es ist auch eine Grundlage für die Beteiligung, dass das alles zugänglich ist, dass man sich leicht anmelden kann usw. Es ist aber noch keine Beteiligung.

Herr Sommer hat in seinem Brief geschrieben, dass inzwischen acht Monate vorbei sind und eigentlich noch nichts an Beteiligung gelaufen ist. Ich halte es schon für drängend, dass es jetzt auch mit der Beteiligung vorangeht - und nicht nur mit der besseren Auffindbarkeit von Dokumenten und Informationen.

Deswegen ist es uns deutlich wichtiger, kurzfristig ein Forum oder - ein Forum finde ich da gar nicht die ideale Lösung - eine gestaltete Dialogfunktion von Beteiligung einzuführen, die offiziell über die Seite läuft.

An dieser Stelle kann ich vielleicht schon kurz dem Tagesordnungspunkt 5 vorgreifen. Herr Sommer hat in Bezug auf www.ple-num.cc ja ein entsprechendes Angebot gemacht. Wir haben diese Plattform entwickelt. Sie steht technisch und ist in der Pilotphase. Wir bieten beispielsweise auch an, sie in irgendeiner Form in eine Kooperation zu überführen. Wir haben nicht das Budget, das notwendig ist, um sie groß zu bewerben. Technisch steht sie aber. Das ist eine Möglichkeit, in einen Dialog einzutreten und zugleich vonseiten der Bevölkerung bestimmte Dinge zu bewerten und Argumente einzugeben. - Das wollte ich dazu nur anmerken.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Alle Beiträge gingen jetzt mehr oder weniger in dieselbe Richtung. Ich will das auch noch einmal verstärken. Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass es dann, wenn wir als Arbeitsgruppe jetzt sagen, diese Onlinepartizipation - ob man sie nun Forum oder wie auch immer nennt - sei prioritär, auch sehr schnell geht. Bitte sagen Sie uns auch noch: Wie schnell? Was heißt das genau? Denn ich will ehrlich sein: Eine Onlinebeteiligung bei einer anderen Institution, so sehr ich die Deutsche Umweltstiftung schätze, hielte ich nur für die zweitbeste Lösung. Es wäre schon besser, wenn es hier angebunden wäre.

Wir müssten jetzt also den Beschluss fassen, dass es prioritär ist. Dann bräuchten wir natürlich auch dringend einen Redakteur. Herr Janß, meine Bitte an die Geschäftsstelle ist, das noch einmal an die Vorsitzenden weiterzugeben. Vielleicht können wir auch einmal in einem kurzen Bericht erläutert bekommen, woran das hakt; denn es sollte ja schon länger so sein, dass wir da jemanden haben.

Im Übrigen fände ich es sehr positiv - ich würde auch gerne wissen, inwieweit das möglich ist -, wenn zusätzlich zum Redakteur, der grundsätzlich antworten sollte, auch die Kommissionsmitglieder ihre Meinung dazu einstellen könnten; denn das Meinungsbild ist hier ja nicht immer homogen. Insofern fände ich es ganz schön, wenn in diesem Dialog auch unterschiedliche Meinungen aus der Kommission positioniert würden, sodass wir wirklich in einen multilateralen Dialog eintreten könnten.

Dr. Maika Jachmann (BT): Lassen Sie mich gleich darauf antworten; denn das bündelt im Grunde genommen auch das, was ich bei Ihnen allen herausgehört habe. Wenn Sie sich tatsächlich auf das Forum und die Bürgerbeteiligung konzentrieren wollen - ich drücke auch ganz fest die Daumen, dass Sie bald redaktionelle Unterstützung bekommen -, schlage ich Ihnen vor, dass wir zum Beispiel die Kalenderfunktion, die auch viel Mühe macht, den Newsletter und die Zuschriften erst einmal zurückstellen und uns ganz auf das Forum konzentrieren, sodass wir Ihnen das möglichst zügig zur Verfügung stellen können - auch mit Einstieg von der alten Seite. Dann kann diese Beteiligung losgehen. Parallel dazu konzentrieren wir uns auf die Entwicklung des neuen Auftritts. Wie gesagt, stellen wir dafür aber Kalender, Newsletter und Zuschriften für den alten Auftritt erst einmal zurück. Das wäre mein Vorschlag dazu. Wir können das ja noch einmal diskutieren. Dann wäre aber zumindest diese Bürgerbeteiligung eröffnet, und man könnte dort schon einmal beginnen; denn

dieser Wunsch besteht ja, wie ich hier ganz deutlich heraushöre.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Gibt es da einen Zeitrahmen?)

- Den Zeitrahmen würde ich prüfen lassen. Wir müssen schauen. In Kürze gehen natürlich auch viele Kollegen in die Weihnachtsferien. Wir müssen gucken, wie der Dienstleister damit umgeht. Dazu kann ich im Moment nichts sagen. Mit dem Forum des Ausschusses Digitale Agenda haben wir aber eine gute Grundlage. Die Hauptentwicklungsarbeit ist also geleistet, auch in Bezug auf datenschutzrechtliche Belange usw. Da müssen wir nicht bei null anfangen. Insofern wird das nicht ewig dauern. Ich könnte mir vorstellen, dass wir spätestens Mitte Januar 2015 so etwas hätten. - Auf die anderen Fragen antwortet Herr Baumgraß.

Max Baumgraß (Babel GmbH): Herr Thomauske, Sie haben sich erkundigt, ob eine Anmeldung auch von der Sitzungsseite aus möglich sei. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie sich auf den neuen Auftritt beziehen. Ist das richtig?

(Prof. Dr. Bruno Thomauske nickt)

- Ja. - Es wäre im Rahmen der Konzeption tatsächlich möglich, die Funktion einzubauen, dass man von jeder Seite, auf der eine Sitzung angebanden ist, auch direkt zur Anmeldung springen kann.

Außerdem haben Sie gefragt, ob Dokumente durchsucht werden können und ob der Bürger, der einen Suchbegriff eingibt, direkt an der entsprechenden Stelle in dem Dokument landet. Auch das ist denkbar. Die Dokumente müssten dafür natürlich entsprechend aufbereitet werden. Die Suchfunktionalität als solche könnte das aber leisten.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Ansonsten hat Frau Jachmann schon auf den allgemeinen Wunsch bezüglich des Forums reagiert. - Das waren Ihre Fragen, glaube ich. Falls wir eine Frage jetzt nicht ganz beantwortet haben sollten, stellen Sie sie bitte noch einmal.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich glaube, dass tatsächlich die meisten Fragen beantwortet sind. - Frau Rössig.

Wiebke Rössig: Enthält das Forum denn Verknüpfungen zu den einzelnen Dokumenten? Dieses Forum, in dem Menschen sich äußern können und Antworten bekommen, muss ja irgendwie eingebunden werden. Es wäre gut, wenn man jeweils parallel zu einer Sitzung etwas fragen könnte und dann Antworten bekäme. Das sollte alles irgendwie verknüpft werden, damit man sich auch zu einzelnen Tagesordnungspunkten oder zu einzelnen Fragen, die aufkommen, äußern kann.

Dr. Maika Jachmann (BT): Das ist ein sehr guter Hinweis. Ich würde auf jeden Fall empfehlen, das Ganze nach bestimmten Themen zu strukturieren, damit es nicht dazu kommt, dass sich dort wahllos zu allem Möglichen ausgetauscht wird. Das kann ja sehr schnell ausufern. Daher sollte man Themen setzen. Vielleicht kann die Kommission eine bestimmte Frage dort als These oder als Kurzartikel formulieren und schon die Schwerpunkte herausarbeiten, sodass die Nutzer sich dann ganz konkret zu diesem Thema äußern können. So macht das zumindest der Ausschuss Digitale Agenda. Ich halte es auch für einen ganz guten Weg, das so zu strukturieren.

Max Baumgraß (Babel GmbH): Noch eine kurze Ergänzung: Im Forum können dann auch Dokumente in dem Moderationstext hinterlegt werden, sodass der Besucher nicht erst eine andere Seite aufrufen muss, weil genau die Dokumente, um die es geht, dort auch verlinkt sind.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Vielen Dank. - Ich glaube, dass wir hier die Frage zu beantworten haben: Was erwarten wir von der Homepage? Wir sollten das nicht mit den Beteiligungsverfahren vermischen und uns nicht davor drücken, dass wir darüber hinaus Beteiligungsverfahren vor Ort machen. Das kommt ja gleich auch noch einmal in dem Vorschlag von Herrn Sommer vor.

Ich halte das, was wir jetzt gehört haben, für einen sehr guten Vorschlag. Man kann ja auch einmal loben; man muss ja nicht immer nur kritisieren. Das ist ein guter Vorschlag, der uns ein Stück weiterbringt. Damit bereiten wir erst einmal Informationen auf. Das ist, glaube ich, die wichtigste Funktion. Die Kalenderfunktion ist sehr prominent, um uns die Möglichkeit zu geben, übersichtlich darzustellen, wann wir wie tagen.

Was das Forum angeht, sollten wir Klarheit darüber haben, was wir von einem solchen Forum erwarten, und da auch ein bisschen Druck von der Geschäftsstelle nehmen; denn ich erlebe es, dass wir als Kommission und als AG ganz viele Dinge an die Geschäftsstelle zu delegieren versuchen und sagen: Macht mal das; beantwortet mal Bürgeranfragen; bereitet mal alle Informationen auf. - Wir stehen natürlich vor der Herausforderung, die Geschäftsstelle auch nicht zu überfrachten. Daher sollten wir uns, um nicht falsche Erwartungen zu wecken, darüber klar sein, dass es nicht geht, über die Homepage ein Forum zu schaffen und dann die Geschäftsstelle sich darum kümmern zu lassen und alle Fragen beantworten zu lassen.

Wir brauchen also nicht ein Frage-Antwort-Spiel, sondern eher das, was Sie gerade auch geschildert haben, also die Möglichkeit, bei den einzelnen AG-Sitzungen entweder im Vorfeld oder parallel - wir müssen uns dann einmal überlegen, wie wir das machen - An-

fragen oder Ideen sehr konkret in die Sitzungen einzuspeisen. Das sollte meines Erachtens die Hauptfunktion sein.

Wir müssen uns also klar darüber sein, welche Anforderungen wir an ein solches Forum haben. Ich glaube, dass wir es in der Art und Weise machen sollten - so hat es der Ausschuss Digitale Agenda ja auch in erster Linie vorgesehen -, dass wir uns als Kommission und als AG nicht zu sehr zurücknehmen und uns selbst auch in der Verantwortung sehen, dann beispielsweise im Rahmen eines Tagesordnungspunktes die konkreten Anfragen, die gerade hereinkommen, zu behandeln.

Darüber dürfen wir aber nicht vergessen - das kommt ja unter Tagesordnungspunkt 5 gleich noch -, dass das persönliche Gespräch mit den Betroffenen ganz wichtig ist. Die digitale Form der Beteiligung ersetzt diese Art und Weise der Beteiligung im persönlichen Gespräch nicht.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich habe noch eine Rückfrage, die sich auf das Pflichtenheft bezieht. Dort war von „Präsentation und Aufwandsabschätzung“ die Rede. Wir haben eine Terminabschätzung bekommen. Bei der Aufwandsabschätzung haben wir den Hinweis erhalten, dass es einen Redakteur/eine Redakteurin geben müsste. Können Sie noch weitere Auskünfte geben, was Mittel und Ressourcen angeht?

Dr. Maika Jachmann (BT): Ich kann Ihnen sagen, was das Forum beim Ausschuss Digitale Agenda ungefähr gekostet hat. Die Entwicklungskosten lagen bei etwa 12 000 Euro. Das sind die rein externen Kosten, die angefallen sind.

(Präsentation)

Jetzt haben wir auch den Zugang zum Forum des Ausschusses Digitale Agenda bekommen. Wer möchte, kann sich das einmal in Ruhe anschauen. Hier kann man aber schon erkennen, dass Themen gesetzt werden und dass dann auch bestimmte Statements erfolgen, sodass die Bürger eine bessere Grundlage haben, darüber zu sprechen.

Wenn ich etwas weiter hineingehe, sehen Sie auch die einzelnen Zuschriften und den Dialog. Dort sind natürlich auch die einzelnen Ausschussmitglieder sehr gefordert. Das muss sich erst einspielen. Es ist jetzt ganz neu geöffnet worden.

Jetzt haben Sie auch einmal einen Blick darauf geworfen. Die 12 000 Euro, die ich gerade genannt habe, waren der Preis dafür.

Wenn wir den Newsletter zunächst ein wenig nach hinten schieben würden, könnten wir die Entwicklung des Kalenders, die noch einmal etwa fünf Personentage umfassen würde, nach vorne ziehen. Das Gleiche könnten wir mit dem Forum machen, wenn wir uns jetzt auf die reine Forenfunktion beschränken. Den Preis habe ich ja genannt. Das wäre erst einmal der Aufwand für das Forum.

Anders sieht das natürlich für die Neuentwicklung der Seite aus. Hier haben wir die Aufwände einmal vom Dienstleister abschätzen lassen, soweit sie absehbar waren. Wir wissen noch nicht genau, wofür Sie sich entscheiden werden. Ich denke aber, dass man mit Mindestaufwänden zwischen 50 000 und 100 000 Euro rechnen muss. Darüber muss man sich im Klaren sein. Das ist einfach eine große Entwicklungsarbeit, aber natürlich auch sehr in die Zukunft gerichtet und sehr gut. Das geht weit über diese eine Seite, die wir hier als Prototyp gesehen haben, hinaus. Dahinter verbergen sich dann sehr ausführliche Unterseiten mit eigenen Templates. Damit haben Sie aber zumindest einmal eine Zahl gehört.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank - auch für die Zahlen. Aufgrund der Möglichkeiten, die für die Öffentlichkeitsarbeit bereitstehen, erschrecken sie uns nicht. Das heißt, dass wir bei der Aufwandsabschätzung im Zusammenhang mit den finanziellen Ressourcen nicht sagen müssen: Das geht nicht.

Insofern könnten wir jetzt wieder auf die Frage zurückkommen, wie wir die Treppe sortieren, also was unter ad 1, ad 2 und ad 3 gehört. Da bestand vorhin relativ großes Einverständnis, dass auf Position 1 die Forums-idee bzw. der interaktive Austausch kommen muss. Das ist haltbar, glaube ich. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde allerdings gerne doch noch den Überblick haben, was in Summe denn leistbar ist; denn Interaktion ist sehr wichtig, aber Information und Sichtbarkeit der Kommission scheinen mir gleichermaßen wichtig zu sein. Insofern muss ein gewisser Grundstock sicherlich zur Verfügung gestellt werden. Ich muss gestehen, dass mir jetzt der Überblick verloren gegangen ist, was denn in der nahen Zukunft tatsächlich leistbar ist. Daher habe ich die Bitte, dass wir doch noch einmal das Paket insgesamt besichtigen. Schnelligkeit ist hier aus meiner Sicht extrem wichtig. Bis dato werden wir nämlich noch nicht richtig wahrgenommen. Das ist aber erst einmal die Grundlage, damit überhaupt Interaktion stattfinden kann.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank für den Einwand. Allerdings bin ich erst einmal nur bei der Prioritätensetzung. Ich habe noch nicht über das Weitere gesprochen, was Sie gerade skizziert haben. Das ist die Folgerung. Die Priorisierung gehört dann schon an den Anfang, finde ich. - Herr Miersch, Herr Becker und Herr Thomauske noch dazu, und dann sehen wir, ob wir da ein Paket zusammenschnüren können.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich finde, dass Sie das vollkommen richtig abgeschichtet haben. Nach meiner Meinung stehen das Forum und die Interaktivität ganz oben. Den Newsletter und die Kalenderfunktion würde ich dann auch eher zurückstellen. Allerdings würde ich da noch einmal absichten und die Kalenderfunktion immer vor den Newsletter ziehen; denn Newsletter sind heutzutage inflationär, und mit einer guten Informationsseite kann man viel abdecken, glaube ich.

Was meine persönliche Haltung angeht, will ich an dieser Stelle dem Kollegen Kanitz ein bisschen widersprechen. Natürlich werden wir über Öffentlichkeitsbeteiligung, dezentrale Veranstaltungen usw. reden. In diesem Zeitalter erscheint mir aber der digitale Auftritt *die* Notwendigkeit zu sein; denn damit erreichen wir ganz viele Leute, die wir mit dezentralen Veranstaltungen nie erreichen werden. Ich glaube, dass sich hier auch noch etwas entwickeln muss. In den nächsten vier Monaten werden wir vielleicht ein gutes Forum hinbekommen. Im Rahmen der Arbeit der Kommission wird es gerade dann, wenn wir mit Experten reden, die derzeit große Infrastrukturprojekte in der Bundesrepublik begleiten, aber noch ganz andere Anforderungen an diese Seite, an das Forum, an die Struktur etc. geben und geben müssen.

Deswegen ist für mich diese Frage eine der Schwerpunktfragen der Öffentlichkeitsbeteiligung, was die Kommissionsarbeit betrifft. Damit will ich nicht sagen, dass wir uns ausschließlich darauf konzentrieren sollten. Ich glaube aber, dass dies *das* Medium ist. Hier müssen wir am Ende möglicherweise sogar noch einen Schritt weiter sein als der Ausschuss Digitale Agenda. Das wäre jedenfalls meine Herausforderung, wenngleich ich weiß, dass der Ausschuss Digitale Agenda schon sehr weit ist.

Thorben Becker: Ich kann verstehen, dass der Wunsch besteht, sehr schnell in diese Interaktivität Richtung Forum usw. zu kommen. Ich halte es aber gerade deswegen, weil wir uns da bisher sehr viel Zeit gelassen haben, für wichtig, dass das dann auch von Anfang an funktioniert und klar ist, was damit passieren soll. Deshalb finde ich es zentral, dass vor dem Start tatsächlich geklärt ist, dass es eine redaktionelle Betreuung gibt. Insofern wäre es sehr wichtig, zu erfahren, wie schnell es möglich ist, eine solche Stelle zu besetzen.

Wenn wir das jetzt sehr schnell machen, würde mich noch Folgendes interessieren: Ist denn das, was wir da technisch beauftragen, auch für die neue Website nutzbar? Oder geben wir den entsprechenden Betrag nur für zwei oder drei Monate aus, weil das für die neue Website dann komplett neu gemacht wird? Das fände ich zumindest nicht optimal, um es einmal vorsichtig zu formulieren.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich würde gerne noch einmal auf die beiden Statements von Herrn Jäger und Herrn Kanitz zurückkommen. - Erstens. Aus meiner Sicht kann ein vernünftiges Forum nur dann funktionieren, wenn wir auch die Informationen dafür zur Verfügung stellen. Die Informationsbereitstellung und -verfügbarkeit ist für mich also von zentraler Bedeutung.

Zweitens. Das Forum halte ich für ein positives Instrument. Gleichwohl müssen wir uns fragen: Wer macht das? Ich glaube nicht, dass derjenige, der sich an die Kommission wendet, vor Augen hat, dass er eine Antwort von dem Redakteur der Geschäftsstelle bekommt. Er rechnet mit einer Antwort der Kommission. Dann ist wirklich die Frage: Wer macht das? Sind denn alle diejenigen, die sehr stark für das Forum plädieren, auch gewillt, pro Woche einen Tag zur Verfügung zu stellen, um die Antworten zu liefern? Ich persönlich sehe mich, muss ich sagen, nicht

in der Lage, neben den Kommissionsarbeiten und anderen Arbeiten auch noch einen Tag für das Geben von Antworten zur Verfügung zu stellen. Deswegen sollten wir an dieser Stelle auch ehrlich sein. Wir müssen prüfen, was wir tatsächlich leisten können, und dürfen nicht mit möglicherweise falschen Versprechungen an die Bürger herantreten und Erwartungshaltungen wecken, die wir am Ende gar nicht erfüllen können. Dann haben wir Frust erzeugt und wenig gewonnen.

Vorsitzender Ralf Meister: Es gibt etliche weitere Wortmeldungen. Herr Kudla, Herr Ott und Herr Kanitz.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich möchte noch einmal auf den Newsletter zurückkommen, der hier in Erwägung gezogen wird. Ich bezweifle, dass wir einen Newsletter brauchen. Herr Miersch hat schon darauf hingewiesen, dass Newsletter heutzutage inflationär sind. Für mich ist die Frage: Wer schreibt das dann? Wer gibt dem Newsletter Inhalt? In meinen Augen müssen die News, die in dem Letter stehen könnten, aus der Seite entnehmbar sein. Das ist das Entscheidende. Ich plädiere daher dafür, erst einmal keinen Newsletter zu verfassen oder das wenigstens ganz weit hinten anzustellen.

Erhard Ott: Herr Meister, ich kann es kurz machen. - Herr Thomauske, was die Beantwortung von Anfragen durch einzelne Kommissionsmitglieder angeht, haben Sie natürlich ein Fass aufgemacht. Ich denke, dass ein Redakteur/eine Redakteurin die Aufbereitung übernehmen muss. Im Zweifel muss er/sie dann bei den Kommissionsmitgliedern nachfragen und organisieren, dass geantwortet wird. Angesichts der begrenzten Ressourcen der Kommissionsmitglieder wäre es eine Zumutung für sie, ständig im Forum schwimmen und schauen zu müssen: Gibt es irgendwelche Anfragen, die ich als Kommissionsmitglied beantworten soll?

Abg. Steffen Kanitz: Jetzt sind wir beim Kern. Genau diesen Punkt wollte ich eben ansprechen. Wir dürfen in der Tat keine falschen Erwartungen wecken. Wer macht es denn am Ende? Ein Redakteur? Ich bin mir nicht sicher, dass das funktioniert. Wir diskutieren hier doch ganz unterschiedlich. Sollen wir einem Redakteur zumuten, alles das zusammenzufassen und zu sagen, das sei Meinung der Kommission? Das wird nicht funktionieren. Davon gehe ich fest aus. Das war genau mein Impuls, anzuregen, einmal darüber zu sprechen, was wir eigentlich von einer solchen Dialogfunktion erwarten, damit wir nicht hinterher sagen: Nein, so haben wir uns das nicht vorgestellt.

Deswegen ist es meines Erachtens wichtig, dem Auftragnehmer klarzumachen, was wir uns eigentlich vorstellen. Darauf sollten wir vielleicht doch noch einige Minuten verwenden. Ich könnte mir im Sinne von Interaktivität Folgendes vorstellen: Es gibt einen Livestream. Wir ermöglichen es denjenigen, die zugucken, während des Livestreams aktuell Punkte hereinzugeben. Diese Punkte behandeln wir dann in der jeweiligen Sitzung in der Kommission. Dafür definieren wir einen einzelnen Tagesordnungspunkt, fixieren ihn aber und legen fest, dass wir nach soundso vielen Minuten oder Stunden - wie auch immer; das können wir noch besprechen - damit aber auch fertig sind.

Das wird zwar nicht zur Zufriedenheit aller sein. Es funktioniert aber nicht - Herr Thomauske, da haben Sie völlig recht -, dass wir - das glaube ich jedenfalls - ganz viele Anfragen bekommen und sie dann an die einzelnen Kommissionsmitglieder verteilen, die ja auch wieder nur für sich antworten können und nicht für die gesamte Kommission. Das wird nicht gehen. Darüber hinaus werden wir im Zweifel sowieso alle einzeln von interessierten Bürgern angeschrieben, die uns fragen: Wie ist deine Haltung dazu?

Genau diesen Punkt wollte ich jetzt einmal herauskitzeln und Ihnen deutlich machen, dass ich da eine gewisse Skepsis habe. Wir müssen uns darüber klar sein, welche Erwartungen es gibt, ob wir sie befriedigen können und wie wir sie befriedigen wollen. Mein Impuls war nur, nicht alles auf die Geschäftsstelle abzuladen, weil ich das nicht für zielführend halte. Informationen aufzubereiten, ist sicherlich Aufgabe der Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle kann aber nicht die Ersatzvornahme in der Meinungsbildung für die Kommission machen. Das wird nicht funktionieren.

Vorsitzender Ralf Meister: Es liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Trotzdem gehe ich einmal dazwischen. Ich habe mit einer Prioritätensetzung begonnen. Wir verfahren im Augenblick in der Komplexität der Möglichkeiten, die sich daraus ergeben könnten. Darauf möchte ich nur einmal hinweisen. Das ist eine wunderbare Debatte, die uns auch bis 14 Uhr beschäftigen kann. Wir sind alle in öffentlichen Ämtern. Jeder von uns kennt die vielfältige Kommunikation über das Netz. Die unterschiedlichen Anfragen können auch von unterschiedlichen Personen beantwortet werden. Das müssen wir in der Tat klären, Herr Kanitz und Herr Thomauske; gar keine Frage. Nur: Um zu entscheiden, ob wir jetzt unter der Priorität 1 das Forum und die Interaktivität einbauen, müssen wir diese komplexen Fragestellungen noch nicht abschließend erörtert haben. - Das war mein Hinweis. Jetzt erhalten noch Frau Kotting-Uhl und Herr Thomauske das Wort.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich kann mich dem anschließen, Herr Meister. Wir brauchen einen Redakteur. Die Frage dazu ist bisher übrigens nicht erschöpfend beantwortet worden. An der Onlinepartizipation kommen wir aber überhaupt nicht vorbei. Da haben wir gar keine Wahl. Da gibt es kein Vertun. Wir müssen auch an dieser Stelle noch ein-

mal den Begriff „lernendes System“ bemühen. Wir müssen lernen, wie wir uns da verhalten und wie wir damit umgehen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Im Hinblick auf die Frage der Handhabbarkeit stelle ich mir eher vor, dass man - ähnlich wie bei *hart aber fair* - einen gewissen Teil hat, der beispielsweise eine halbe Stunde pro Sitzung umfasst, in dem von einem Redakteur aufbereitete Themenblöcke, die zur Diskussion gestellt wurden, vorgetragen werden und die Kommission sich dazu verhält. Dann hat man die originalen Stimmungsbilder, sieht also, wie das innerhalb der Kommission eingeschätzt wird, hat das Ganze aber gleichzeitig volumenmäßig operabel gehalten. In dem Augenblick, in dem wir in die reine Verschriftlichung gehen, wird es zum einen arbeitsaufwendig und zum anderen nicht mehr Originalton der Kommission sein.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kudla und Herr Zdebel, und dann binde ich es zusammen.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das Problem, das Herr Kanitz geschildert hat, sehe ich auch. Trotzdem müssen wir hier ein Forum einrichten. Das muss sein. Ich würde es aber einmal auf uns zukommen lassen; denn ich bin mir nicht sicher, ob uns die Zahl der Zuschriften wirklich erschlagen wird. Bisher sind jedenfalls nicht allzu viele Zuschriften eingegangen. Viele Dinge waren auch durchaus von der Geschäftsstelle beantwortbar. Wir sollten das also auf uns zukommen lassen.

Abg. Hubertus Zdebel: Den Ausführungen von Herrn Kudla kann ich mich eigentlich anschließen. Man kann an dieser Stelle natürlich auch einen Popanz aufbauen. Ich sehe da auch bestimmte Probleme. Auf der anderen Seite sollten wir uns vielleicht alle einmal die Erfahrungen des Ausschusses Digitale Agenda angucken. Es ist ja gerade darauf hingewiesen worden, dass es da schon

Erfahrungen gibt. Ich werde mir auf jeden Fall einmal angucken, wie das so läuft, und mich noch einmal mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion, die sich mit diesem Thema intensiver befassen, zusammensetzen, um nachzuhören, wie sie das gemacht haben.

Im Moment ist das alles auch noch relativ überschaubar, glaube ich. Es gibt sicherlich auch Anfragen allgemeiner Art, die tatsächlich von einem Redakteur oder einer Redakteurin beantwortet werden könnten. Ansonsten ist natürlich klar: Wenn konkrete Fragen an einzelne Mitglieder der Kommission gestellt werden, sind Sie auch bis zu einem bestimmten Grad gefordert, um dann zu antworten oder es eben nicht zu tun. Das ist Ihnen ja selbst überlassen. Es wird dann sicherlich auch unterschiedlich sein.

Ich denke aber, dass es da tatsächlich Erfahrungen gibt. Wir müssen das heute auch nicht alles bis ins Detail klären. Das können wir auch gar nicht. Auf der anderen Seite sollten wir da aber auch nicht so einen Popanz aufbauen.

Vorsitzender Ralf Meister: Darf ich einen Vorschlag machen? Soweit ich es verstanden habe, können wir relativ einvernehmlich festhalten, dass eine zügige Entwicklung des Forumsgedankens - wobei „Forum“ für uns immer in Anführungsstrichen steht - stattfinden muss. Dieser Forumsgedanke soll bzw. muss anschlussfähig sein an die weitere Entwicklung der mobilen Variante, die wir im Augenblick mit einem Zeitfenster bis Ende Februar/Anfang März 2015 terminieren. Dieser Forumsgedanke muss von der Priorität her unter 1 a) oder 1 b) eingestuft werden, ohne dass es einen Verlust an Information innerhalb des Internetangebots gibt. Im Übrigen habe ich in den letzten Wochen keine Kritik dahin gehend gehört, dass substantielle Informationen fehlen würden. Unabhängig

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

gig davon darf die Entwicklung des Forums-
gedankens nicht zulasten dieses Bereichs ge-
hen.

Zudem können wir festhalten, dass wir zu
diesem Forumsgedanken und dem Ausbau
des Angebots insgesamt eine kurzfristige Er-
weiterung innerhalb der Geschäftsstelle
brauchen. Diese Erweiterung ist - das wird
Herr Janß gleich noch einmal sagen - durch
die Ausschreibung einer Redakteursstelle im
Augenblick schon eingeleitet. In einigen Wo-
chen - so ist es mir gesagt worden - werden
wir eine Information darüber bekommen.

Wir halten fest, dass die notwendigen finan-
ziellen Aufwendungen durch den Etat für
Öffentlichkeitsarbeit gedeckt sind.

Wir halten zudem fest - das schlage ich je-
denfalls vor; ich habe jetzt auch keine ande-
ren Meinungen mehr gehört -, dass man den
Newsletter eher zurückstellt, ihn nicht prio-
riert und ihn im Moment auch gar nicht
weiterentwickelt.

Spätestens am 12. Dezember 2014, also in
unserer nächsten Sitzung, werden wir diese
Punkte, die ich jetzt mündlich formuliert
habe, mit einem präziseren Tableau wieder
vorlegen. Dann verfügen wir wahrscheinlich
auch schon über eine abschließende Kosten-
ermittlung usw. usf.

Herr Grunwald, herzlich willkommen!

Offen bleibt in dieser Debatte der letzte Ge-
sprächsgang, nämlich die Frage: Wie schaf-
fen wir es, dieses Forum inhaltlich so zu fül-
len, dass es uns nicht überfordert, dass es die
Geschäftsstelle nicht überfordert und dass es
dennoch der Sache, nämlich der Interaktivi-
tät, dient? Ich will das jetzt nicht auf die
Vorsitzenden ziehen. Vielleicht sollten wir
in der Pause aber einmal überlegen, ob es
dazu eine ganz kleine Arbeitsgruppe am

Rande geben kann, die einen Entwurf erar-
beitet und dann vorlegt. Wie gesagt, würde
ich das jetzt aber nicht final entscheiden. Da
besteht weiterer Gesprächsbedarf.

Gibt es zu diesen Punkten, die in der Piori-
tät irgendwo zwischen 1 und 3 landen oder
von mir mit 1 a) und 1 b) eingestuft worden
sind, Kommentierungen oder Ergänzungen?
Was habe ich vergessen? - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Der Vorschlag
von Herrn Thomauske, dass in der Sitzung
dann noch einmal über die Zuschriften ge-
sprochen werden soll, ist jetzt ja etwas unter
den Tisch gefallen.

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Das ma-
chen wir in der kleinen Runde! -
Abg. Sylvia Kottling-Uhl: Das gehört zu
den offenen Punkten!)

Vorsitzender Ralf Meister: Okay. Das war für
mich mit in dem letzten Gesprächsgang, der
offengeblieben ist, enthalten. Dazu müssen
wir uns, finde ich, zusammensetzen und Prä-
zisierungen vornehmen, damit eine Überfor-
derung der Kommission und der Geschäfts-
stelle nicht eintritt. So habe ich es verstan-
den. Daraus entsteht dann auch der - in An-
führungsstrichen - „Reflux“ in die Arbeit der
Kommission hinein.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das sollte man
vielleicht nicht nur unter dem Gesichtspunkt
betrachten, eine Überforderung zu vermei-
den, sondern auch im Hinblick auf die Au-
thentizität der Aussagen durch die Kommis-
sion.

Vorsitzender Ralf Meister: Ja. Danke. - Wei-
tere Dinge, die fehlten, sehe ich nicht. Herz-
lichen Dank. - Jetzt gibt es noch das Schluss-
wort oder die Ergänzung von Frau Dr. Jach-
mann.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dr. Maika Jachmann (BT): Ich würde gerne, wenn ich heute mit Herrn Baumgraß diesen Raum verlasse, die Aufträge an uns mitnehmen - jedenfalls die Aufträge, auf die Sie sich hier verständigen können -, damit wir weitermachen können. Sonst vergehen wieder zwei, drei Wochen, und die Zeit läuft davon.

Wir hatten Ihnen einige Vorschläge für die derzeitige Seite gemacht. Wir würden jetzt also die bessere Sortierung der Dokumente umsetzen. Wäre das in Ordnung?

(Zurufe: Ja!)

- Gut. - Dann würden wir die Sitzungseinteilung überarbeiten, damit man bei den Kommissionssitzungen und den Arbeitsgruppensitzungen eine bessere Sortierung hat. Das würden wir auch mitnehmen. Ich denke außerdem, dass die Sitzungstermine dort angekündigt werden können. Das findet sicherlich auch Ihre Zustimmung. Dann würden wir das jetzt auf jeden Fall machen.

Was mit großem Aufwand verbunden wäre, ist der Newsletter. Da haben wir gesagt, dass wir ihn erst einmal ein wenig zurückstellen - und den Kalender auch. Das wäre zwar „nice to have“. Wir würden uns aber auf das Forum konzentrieren und das sofort angehen.

Ganz wichtig ist - da bitte ich Sie um einen engen Kontakt mit uns -, dass Sie sich darüber im Klaren sind, wer dort was machen soll. Damit wir nicht erst einmal ins Blaue hinein irgendetwas entwickeln, was nachher nicht Ihren Vorstellungen entspricht, sollten wir in enger Abstimmung zwischen dem Dienstleister, Ihnen und mir gemeinsam definieren: Wie soll das aussehen, und wie soll das funktionieren? Sobald der Redakteur da ist, kann er dann sofort loslegen. Er bekommt eine Schulung, damit er das administrieren und Dokumente hochladen kann. Dann kann es losgehen, sodass wir das auch möglichst bald umsetzen können. Da bitte ich einfach

darum, dass wir uns eng abstimmen. - Das wäre das, was wir sofort machen können.

Außerdem würde ich vorschlagen, dass wir unmittelbar an der Entwicklung der neuen Seite weiterarbeiten und dabei das Beteiligungstool ganz maßgeblich in den Vordergrund stellen, sodass das auf dieser Seite auch sofort ansteuerbar ist und vor allem auch im Rahmen des mobilen Auftritts nutzbar ist. Das ist ein neuer Aspekt. Wir müssen schauen, ob das funktioniert. Man kann dann aus dem alten Forum die Inhalte migrieren. Für die neue Seite muss man aber neue Templates entwickeln, weil sie ein anderes Design hat. Das müssen wir nur bedenken. Möglich ist das aber. Dann hätte man zumindest dieses Beteiligungstool schon einmal mitgenommen.

Vorsitzender Ralf Meister: Sie haben an der Zustimmung und dem Kopfnicken gesehen, dass der Auftrag von Ihnen so formuliert worden ist, wie er von uns gedacht ist.

Gibt es an dieser Stelle noch Ergänzungen von Ihnen, Herr Braumgraß? - Das ist nicht der Fall.

Ganz herzlichen Dank. Dann beende ich hiermit den Tagesordnungspunkt 3. Frau Dr. Jachmann und Herr Baumgraß, ich danke Ihnen für Ihre Impulse und für die Vorarbeit und wünsche Ihnen trotz der Weihnachtsferien von manchen Ihrer Kollegen eine konstruktive, gute Arbeitszeit, die uns im neuen Jahr viel Freude macht. - Danke.

(Beifall)

Sind Sie damit einverstanden, dass wir kurz aufstehen? In drei Minuten setzen wir uns wieder hin. Okay? Dann steigen wir nämlich neu in den nächsten Punkt ein.

(Unterbrechung von 10.57 bis 11.05 Uhr)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Ralf Meister: Es wäre schön, wenn Sie jetzt wieder Platz nehmen würden, damit wir fortfahren können. Sind Sie einverstanden? Um 11.30 Uhr kommt zwar die Firma Dussmann. Dann sollten wir die Sitzung aber nicht wieder unterbrechen. Ich sage das im Hinblick auf die Vorträge von Frau Donat, Herrn Fox und Herrn Fuder. Damit die Grundversorgung der Mitglieder dieser Arbeitsgruppe nicht zu stark leidet, besteht dann natürlich die Möglichkeit, dass jemand aufsteht und sich noch einen Kaffee holt. Weil wir jetzt acht Minuten Pause gemacht haben, werden wir aber für diesen Tagesordnungspunkt in der Sitzung fortfahren.

Tagesordnungspunkt 4 Öffentlichkeitsbeteiligung - Erfahrungen aus den Regionen Asse, Gorleben und Morsleben

Frau Donat, Herr Fox und Herr Fuder, ich sage noch einmal ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie der Einladung gefolgt sind, die wir an Sie ausgesprochen haben. Sie haben in dem Anschreiben, aber auch in den Gesprächen, die wir geführt haben, wahrgenommen, dass es ein ehrliches Interesse daran gibt - nicht nur im Rahmen der Aufnahme des Auftrags der ursprünglichen Arbeitsgruppe 5, sondern auch in Bezug auf das tiefere Verständnis des Begriffs „Beteiligung der Öffentlichkeit“ -, dass Sie Ihre Erfahrungen und Wissensbestände an völlig unterschiedlich betroffenen Orten hier in diese Arbeitsgruppe eintragen. Danke für Ihre Bereitschaft dazu!

Wir haben verabredet, dass wir in Impulsen von jeweils circa 15 Minuten von Ihnen einen Eindruck bekommen, und zwar - so haben wir es besprochen - in einer knappen historischen Exegese, in die die konkreten Erfahrungen der Beteiligungskultur der Öffentlichkeit im Positiven wie im negativen Sinn eingebettet sind. Anhand dieser Formen, die Sie erlebt haben und einschätzen und analysieren können, ergeben sich dann

die Folgerungen oder Empfehlungen oder Kommentierungen zu dem Auftrag dieser Arbeitsgruppe.

Es wäre sicherlich hilfreich, die 15-Minuten-Impulse nur für Verständnisfragen aus der Arbeitsgruppe zu unterbrechen und die Diskussion erst im Anschluss an die drei Impulse zu führen. Sind Sie damit einverstanden? - Gut. Dann beginnen wir mit Herrn Fox.

Andreas Fox: Vielen Dank. - Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es sind in der Tat sehr unterschiedliche Orte und sehr unterschiedliche Lagen. Morsleben könnte man mittlerweile als Anlage mit speziellem Hautgout bezeichnen.

Ich möchte erst wenige Worte zu meiner Person sagen, dann kurz die BI Morsleben vorstellen, für die ich auch stehe, und anschließend zu dem, was in Morsleben und um Morsleben herum passiert ist, soweit das hier interessant sein könnte, Bericht erstatten.

Mein Name ist Andreas Fox. Ich bin Gymnasiallehrer und arbeite als Studienleiter in einer mittelgroßen kommunalen Volkshochschule. Ich wohne in Helmstedt in Niedersachsen und nicht einmal 5 Kilometer von Morsleben in Sachsen-Anhalt entfernt. Insofern ergibt sich schon die eine oder andere spannende Situation über die Ländergrenzen hinweg.

Die Genehmigungsbehörde für Morsleben ist das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt in Magdeburg. Betreiber und Aufsichtsbehörde ist das Bundesamt für Strahlenschutz.

In der BI Morsleben - Kurzform: BI Morsleben; Langform: Bürgerinitiative gegen das Atommüllendlager Morsleben - setze ich mich jetzt schon seit über 20 Jahren mit dem

ERAM, dem Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, auseinander. Ich bin einer der drei Vorsitzenden und trage die Arbeit ganz wesentlich mit. So habe ich auch im November/Dezember 2011 an der Erörterung zur Planfeststellung für die Stilllegung des ERAM teilgenommen.

Die BI Morsleben wurde 1991 gegründet, als die Weichen auf Weiterbetrieb des ERAM standen. Wir standen vor einem Berg von Geheimnissen. Das kann man nicht anders bezeichnen. Ich will gar nicht sagen: auch einem Berg von Desinformation. Es war für uns als betroffene Bürger aber doch eine sehr undurchsichtige Lage.

Das erste Ziel der Bürgerinitiative war dann, die weitere Einlagerung in Morsleben zu stoppen. Das war damit verbunden, dass wir erst einmal auch die Öffentlichkeit informieren mussten. Dafür mussten wir aus unserer Sicht Informationen zusammenbekommen. Genau genommen, mussten wir Gegenöffentlichkeit organisieren. Darüber hinaus mussten wir kritische Expertise organisieren und finanzieren, um letztlich auch die Möglichkeit zu bekommen, uns auf dem Rechtsweg mit der Situation in Morsleben und mit den dortigen Planungen auseinanderzusetzen.

Heute besteht unsere Aufgabe neben der Öffentlichkeitsarbeit und der Auseinandersetzung über Energiepolitik im weiteren Sinne im Wesentlichen darin, den Stilllegungsprozess für Morsleben kritisch zu begleiten. Insofern war die Bürgerinitiative in dem Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung Akteur. Sie hat Einwendungen erhoben und Einwendungen mit organisiert. Wir organisieren weiterhin fachlich-wissenschaftlichen und rechtlichen Sachverstand aus kritischer Perspektive.

Die Bürgerinitiative arbeitet mit anderen regionalen und überregionalen Initiativen zusammen, die sich jeweils vor Ort mit den

Endlagerfragen auseinandersetzen. Wir arbeiten im Morsleben-Workshop mit Umweltschutzorganisationen, namentlich dem BUND Sachsen-Anhalt, und anderen Initiativen und Verantwortlichen zusammen. Auf diese Weise sind wir seit mittlerweile mehr als 20 Jahren in diesen Prozess eher verwickelt als einbezogen; so möchte ich es einmal bezeichnen.

Ein kurzer Abriss zur Entwicklung und Situation im ERAM: Das ERAM wurde von den DDR-Behörden als Atommülllager für schwach und mittel radioaktive Abfälle eingerichtet. Es bekam 1986 eine Dauerbetriebsgenehmigung. Nach Wende und Wiedervereinigung 1989/90 wurde das ERAM über ein, zwei Zwischenstationen letztlich durch den Bund voll übernommen und in Regie des Bundesamtes für Strahlenschutz weitergeführt.

Ganz schnell wurde damals deutlich, dass das ERAM und der Betrieb des ERAM mit den Maßstäben des bundesdeutschen Atomrechts in keiner Weise vereinbar waren. Daraufhin haben wir zusammen mit anderen - unter anderem dem BUND und Greenpeace - eine Schwachstellenanalyse durch die Gruppe Ökologie Hannover veranlasst. Das Ergebnis war katastrophal. Relativ kurze Zeit später erschien auch eine Schwachstellenanalyse der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, die Defizite in der ganzen Breite deutlich machte. Allerdings wurde die Einlagerung erst nach einer richterlichen Anordnung aufgrund unserer und anderer Initiativen gestoppt.

In der Zeit von 1991 bis 1993 gab es dann bergbauliche Modernisierungen. 1994 wurde der Einlagerungsbetrieb wieder aufgenommen - immer noch auf der Basis der alten DDR-Dauerbetriebsgenehmigung von 1986 und eines faktisch nicht mehr genehmigten sogenannten Sicherheitsberichts der DDR-Behörden von 1989.

Aus diesen Schwachstellenanalysen möchte ich hier nur einige entscheidende Schönheitsfehler kurz aufführen, die auch nach wie vor für diese Anlage gelten.

Es ist ein altes Bergwerk zur Salzgewinnung, aufgefahren in sehr vielen verschiedenen Ebenen, mit sehr unübersichtlicher Struktur. Als Atommülllager ist es aus geologischen und hydrogeologischen Gesichtspunkten an und für sich ungeeignet. Nach bundesdeutschem Atomrecht wäre es nie genehmigungsfähig gewesen.

Ausgerechnet mittel radioaktive Abfälle wurden in der Zeit der Einlagerung weiter in Kavernen verstürzt, weil die Betriebsgenehmigung nur das vorsah. In der Asse hat man dieses Verfahren schon in den 1970er-Jahren kurz ausprobiert und wieder eingestellt. Auf dieser Basis wurde aber ab 1994 hier wieder eingelagert.

Es gab keinen Langzeitsicherheitsnachweis. Nach DDR-Recht musste er erst später zur Stilllegung erbracht werden. Es gab kein geprüftes und genehmigtes Stilllegungskonzept.

Unter diesen Bedingungen ist weiter eingelagert worden. Dabei sind sogar in wenigen Gebinden und einem Radiumfass hoch radioaktive Abfälle - in Anführungszeichen - „zwischengelagert“ worden, die aktuell die Hälfte der Radioaktivität des ERAM ausmachen. Trotz der Nichteignung des Bergwerks nach heutigem Stand sollen diese hoch radioaktiven Abfälle dort verbleiben. Eine Anmerkung am Rande: Im Verzeichnis radioaktiver Abfälle des BMUB wird dieses Zwischenlager schon als Endlager geführt.

Die Einlagerung wurde 1998 durch Gerichtsentscheidung eingestellt. Es folgte dann der endgültige Verzicht auf die Möglichkeit der Einlagerung nach der alten DDR-Betriebsgenehmigung.

Damit ist die Geschichte der Einlagerung beendet. Das BfS sagt heute auch ganz eindeutig, das ERAM sei als Atommüllendlager eigentlich ungeeignet.

Jetzt geht es um die Stilllegung. Das neue Konzept zur Stilllegung des ERAM sieht vor, die vorhandenen und unstrittigen geologischen und hydrogeologischen Defizite durch Verfüllmaßnahmen und Verschlussmaßnahmen - das heißt: durch viel Beton - auszugleichen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung haben wir uns im atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung mit diesem Stilllegungskonzept auseinandergesetzt und feststellen müssen, dass wir auch mit dem, was dort vorgeschlagen ist, weit entfernt von dem erklärten Schutzziel von 100 Mikrosievert landen.

Ich möchte hier an den drei Punkten „Gesellschaftlicher Dialog“, „Öffentlichkeitsbeteiligung“ und „Transparenz“ unsere Erfahrungen festmachen, die wir über die Jahre machen mussten.

Zum Punkt „Gesellschaftlicher Dialog“: Gesellschaftlicher Dialog hat in den Zeiten der DDR aus bekannten Gründen nicht stattgefunden. Umso mehr hätte man unter den neuen demokratischen Verhältnissen das Bedürfnis erwarten dürfen, zur Zukunft dieser Anlage in einen gesellschaftlichen Dialog einzutreten. Das ist aber zumindest in den 1990er-Jahren erst einmal nicht geschehen.

Das Interesse der Industrie und auch der Landessammelstellen der Länder an einer günstigen Entsorgungsmöglichkeit war ganz offenkundig vorrangig und wurde dann auch entsprechend durchgesetzt. Die Asse war zu, und Morsleben war in dieser Zeit *die* bundesdeutsche Atommüllkippe für alles schwach und mittel radioaktive Material.

Festzuhalten bleibt: Der überwiegende Teil des Atommülls im ERAM wurde unter bundesdeutscher Regie eingelagert. Insofern kann man nicht von einer Altlast sprechen - von der Vorgeschichte her vielleicht, aber nicht von dem her, was jetzt tatsächlich darin ist und die aktuelle Problemlage ausmacht.

In den 1990er-Jahren hat ein ernsthafter Dialog nicht stattgefunden. Man kann eher von Desinformation sprechen, von Mauern. Diese Arbeit auch der offiziellen Stellen gegen die Faktenlage führte am Ende zu Gegnerschaft und zu punktuellen Begegnungen vor Gericht. Das ist eigentlich ein unrühmliches Bild für demokratische deutsche Behörden-tätigkeit. - So viel zum gesellschaftlichen Dialog in der Vergangenheit.

Zum Punkt „Öffentlichkeitsbeteiligung“: Die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Planfeststellung hat sich entsprechend den Vorgaben geändert. Nach der langen Funkstille, auch namentlich des Bundesamtes für Strahlenschutz, konnte man seit etwa 2000 eine langsame Veränderung und Öffnung registrieren. Es gab eine offenere Informationspolitik. Im Rahmen des formellen Planfeststellungsverfahrens erfolgte auch die Auslegung des Plans zur Stilllegung. Damit bestand tatsächlich eine nachvollziehbare und umfassendere - nicht ganz umfassende, aber umfassendere - Basis für die weitere Diskussion. Damit gab es auch in der Öffentlichkeit die Basis dafür, dass weniger diffuse Ängste irgendwo herumwaberten und man sich doch sehr konkret mit den Planungen und der Anlage auseinandersetzen konnte, was man auch getan hat.

Formaler Ansatzpunkt waren die Einwendungen zum vorgelegten Stilllegungsplan. Wir haben uns in der laufenden Arbeit im Wesentlichen auf die Inhalte des dort vorgeschlagenen Konzepts gestützt und dann überprüft, inwieweit es notwendig ist, Ein-

wendungen zu erheben. Wir haben die konkrete Auseinandersetzung in einer ganzen Anzahl von Veranstaltungen in der Region und überregional, in Bürgerversammlungen, in Gremien und in Gesprächen mit Bürgermeistern und Trägern öffentlicher Belange geführt. Dadurch haben wir dann auch eine vergleichsweise große Informationsbasis schaffen können. Am Ende gab es 13 635 Einwendungen, darunter 150 sehr spezifische von Einzelpersonlichkeiten, Organisationen und Gebietskörperschaften.

Die Frage ist: Was kommt dabei heraus? Was nützt die Öffentlichkeitsbeteiligung? Im Ergebnis wurden in der Öffentlichkeitsbeteiligung und in der Erörterung, die dann im November/Dezember 2011 stattgefunden hat, zunächst einmal die diversen Schwachpunkte systematisch geprüft. Dadurch wurde auch eine Vielzahl von Gutachten ausgelöst, die nach der Erörterung in Auftrag gegeben wurden.

So hat zum Beispiel das BMU die Entsorgungskommission beauftragt, eine Stellungnahme zu dem vorgelegten Langzeitsicherheitskonzept zu erstellen. Das Ergebnis war, dass dieses Konzept tatsächlich auf ganz viel Spekulation beruht. Am Ende gab es die Weisung, dass der Langzeitsicherheitsnachweis neu zu erarbeiten ist - de facto von Fakten gestützt und auch mit realitätsnäheren Berechnungen.

Das MLU hat genauso wie die Einwender substanzielle Nachweise für die Funktionsfähigkeit der in dem Konzept vorgesehenen geotechnischen Barrieren gefordert. Inzwischen wurden mehrere Großversuche durchgeführt. Dabei hat sich herausgestellt, dass das, was vorher im Labormaßstab funktioniert hatte und auch Basis für die Erörterung war, im großen Maßstab nicht funktioniert.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Man hat also leider feststellen müssen, dass dieses ganze Konzept auf ganz wackligen Füßen steht. Ob der vorgelegte Stilllegungsplan so aufrechterhalten werden kann, ist aus unserer Sicht sehr fraglich - der Verbleib der zwischengelagerten hoch radioaktiven Abfälle erst recht.

Wir dürfen annehmen, dass die Atommüllkippe Morsleben ohne die Öffentlichkeitsbeteiligung längst bis zum Rand gefüllt wäre und dass auch ein letztlich untaugliches Konzept zum Verschluss längst realisiert würde.

Daher halten wir es für wichtig, dass auch für zukünftige Projekte die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie definierte Einspruchs- und Einwendungsmöglichkeiten festgelegt werden.

Was sich aus unserer Erfahrung heraus als problematisch erwiesen hat, ist das extrem asymmetrische Verhältnis im Hinblick auf Manpower, Finanzierung und Ressourcen. Wir haben nach der Erörterung einmal zusammengestellt, was wir eigentlich bräuchten, um in einer solchen Auseinandersetzung auch einen Dialog auf Augenhöhe führen zu können.

Zum einen haben wir festgehalten, dass man für zukünftige Erörterungstermine - in unserem Falle auch für zukünftige Dialoge zu künftigen Verfahren - wenigstens in den konkreten Terminen für die Einwender und die jeweiligen Beteiligten gleiche Bedingungen herstellen sollte, und zwar insbesondere durch technische, organisatorische, wissenschaftliche und juristische Unterstützung in genau dem gleichen Umfang, wie sie auch für die Antragsteller verfügbar ist.

Zum anderen wäre es für die Gespräche, Dialoge und andere Formen der direkten Konferenzen auch notwendig, dass die jeweils relevanten Dokumente dort aktuell präsentiert werden können und dass Dokumente, auf

die Bezug genommen wird, im Protokoll konkret benannt werden und auch so weit wie möglich veröffentlicht werden.

Zum Punkt „Transparenz“: Die Bevölkerung muss die Möglichkeit haben, sich laufend über die aktuelle Lage zu informieren. Dieses Resümee bezieht sich auch auf die Anlage in Morsleben, die ja nach wie vor im laufenden Betrieb ist. Genauso geht es aber um Fach- und Abstimmungsgespräche. Wir fordern, dass bei diesen Fach- und Abstimmungsgesprächen zwischen Genehmigungsbehörden und Antragstellern bzw. Betreibern die Möglichkeit besteht, Vertreter der Öffentlichkeit mit wissenschaftlichen Beiständen hinzuzuziehen.

Wir haben gefordert, für Morsleben eine Begleitgruppe einzurichten. Im weiteren Sinne ist das ja auch hier im Rahmen des Standortauswahlgesetzes vorgesehen. Wichtig ist, dass diese Begleitgruppe auf jeden Fall regelmäßig und professionell arbeiten kann und dass ihr auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stehen.

In Bezug auf die Auslegung der Planunterlagen im Stilllegungsverfahren haben wir die Onlineveröffentlichung der relevanten Dokumente gefordert. Im Ergebnis wurden auch viele wichtige Dokumente online bereitgestellt. Das blieb allerdings etwas unsystematisch und war auch nicht vollständig. Zentrale Behauptungen zum Beispiel zu Langzeitsicherheit, Modellrechnungen usw. wurden daraus nicht nachvollziehbar. Die Probleme sind allerdings deutlich geworden; das muss man sagen. In die wirkliche Aufgabenerfüllung, also in die Arbeitsschwerpunkte und die Probleme der beteiligten Behörden und Einrichtungen, konnte man dadurch aber keinen Einblick nehmen.

Wir fragen uns, was im Hinblick auf zukünftige Verfahren passieren muss, wenn wirklich Transparenz gewünscht wird und eine Vertrauensbasis geschaffen werden soll. Wir

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

meinen, dass tatsächlich alle relevanten Dokumente online zugänglich gemacht werden müssen.

Dabei steht man natürlich vor einigen Problemen, die sich in Morsleben auch schon gezeigt haben.

Die erste Problematik ist die Zurückhaltung von Dokumenten mit dem Hinweis auf rechtliche Restriktionen - sprich: geistiges Eigentum. Dahinter stehen Besitzrechte, Rechte von Gutachtern und zum Teil auch Persönlichkeitsrechte. Die Kommission wird sicherlich darüber zu beraten haben, wie man damit umgeht.

Die zweite Problematik ist die Frage der Strukturierung und der Vollständigkeit.

Die dritte Problematik ist die Auswahl, die in der Vergangenheit von der Öffentlichkeit nicht zu beeinflussen war. Im Zusammenhang mit dem Standortauswahlgesetz wäre es zum Beispiel denkbar, dass das gesellschaftliche nationale Begleitgremium - wenn es denn zu seiner Einrichtung kommt - oder eine Minorität seiner Mitglieder zum Beispiel die Veröffentlichung von Unterlagen verlangen kann. Das wäre ein Vorschlag, mit dem man dafür sorgen könnte, dass die relevanten Unterlagen wirklich auf den Tisch kommen und dann auch für die öffentliche Diskussion zur Verfügung stehen.

Generell wäre es sicherlich sinnvoll, dass man eine Art Open-Data-Plattform einrichtet, um tatsächlich nachvollziehen zu können, was vor Ort passiert, welche Optionen es gibt und wie die Planungen aussehen.

Meine Damen und Herren, wie Herr Meister schon sagte, gibt es völlig unterschiedlich betroffene Orte. Wir haben eine alte Anlage. Die anderen Standorte sehen sich mit anderen Situationen konfrontiert. Aus deren Perspektive wird es sicherlich auch noch ganz

andere Anregungen geben. - Ich danke Ihnen jedenfalls erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank, Herr Fox. - Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Mich würde interessieren, was der Morsleben-Workshop genau war; denn das ist mir neu.

Andreas Fox: Der Morsleben-Workshop hat sich zeitweilig alle Vierteljahre zusammengesetzt. Mittlerweile tagt er etwa einmal im Jahr. Dort sind auf Einladung - teilweise von uns, teilweise vom BUND Sachsen-Anhalt - Initiativen, Einzelpersonlichkeiten und Abgeordnete aus dem Landtag zusammengekommen. Zum Teil wurden auch Mitarbeiter aus dem Ministerium eingeladen. Auch Mitarbeiter des BfS waren schon einmal da. Auf diese Art sollte eine gewisse kontinuierliche inhaltliche Arbeit gewährleistet werden. Das ist bis zur Erörterung relativ gut und auch halbwegs regelmäßig gelaufen. Nach der Erörterung haben sich die Schwerpunkte etwas verschoben.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Danke!)

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Dann können wir mit Herrn Fuder fortfahren. Im Augenblick suchen wir zwar noch den Anschluss für die Präsentation. Vielleicht können Sie aber schon einmal mit Hinweisen zu Ihrer Person beginnen.

Michael Fuder: Das tue ich sehr gerne, während noch einige Folien aufgespielt werden, die ich mitgebracht habe. - Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen eine Geschichte erzählen, die schon älter als 50 Jahre ist und die noch viel, viel länger dauern wird, vermutlich über Jahrtausende. Es ist die Geschichte einer Region, die - Sie

werden das hoffentlich gleich auf dem Bildschirm zu sehen bekommen - in der Gegend selbst manchmal etwas sarkastisch als „Weltatomerbe Braunschweiger Land“ bezeichnet wird.

(Folie: Der Asse-2-Beteiligungsprozess - Erfahrungsbericht und Schlussfolgerungen)

Jetzt sehen Sie es. Sarkastisch formuliert, wird diese Gegend also „Weltatomerbe Braunschweiger Land“ genannt.

Das ist eine Gegend mit etwa - ganz grob geschätzt - 1 Million Einwohnern, als Region definiert, in der Menschen mit dem Atom- müll oder der Problematik des Atommülls täglich leben. Sie bekommen teilweise schon im Kindergarten, aber spätestens in der Schule damit zu tun.

Das ist eine Gegend, in der über mehr als 50 Jahre, seit es mit der Asse planerisch losging, ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber staatlichem Umgang mit diesem Müll gewachsen ist - basierend auf vielfältigen Erfahrungen, die nicht nur von einer Handvoll Aktiver begleitet werden, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung durchaus verwurzelt sind.

Das ist eine Gegend, in der sogar eine Industrie- und Handelskammer atomkritische Beschlüsse fasst.

Das ist eine Gegend, in der Tausende - vielleicht sogar Zigtausende; ich habe die Zahl jetzt nicht mehr ganz genau im Kopf - von Menschen eine Lichterkette zwischen verschiedenen Atommüllstandorten veranstalten.

Das ist aber auch eine Gegend, in der aus einer historisch glücklichen Situation heraus ein Beteiligungsprozess in Bezug auf das Atommülllager Asse 2 durchgesetzt werden

konnte, der in dieser Form, soviel ich weiß, beispiellos ist. Dieser Beteiligungsprozess wird nicht nur deutschlandweit, sondern auch europaweit und weltweit in den interessierten Fachkreisen beobachtet.

(Folie: Zur Person)

Herr Meister, Sie hatten mich gebeten, ein paar Worte zu meiner Person zu sagen. Das tue ich sehr gerne. Mein Name ist Michael Fuder. Ich bin 1957 geboren und lebe in Erkerode. Erkerode ist ein kleines Dörfchen - eben war es auch auf der Karte zu sehen -, das 9 Kilometer von der Asse und 20 Kilometer von Schacht Konrad entfernt liegt. Auch wenn Ihre Kommission dafür offiziell nicht zuständig ist, ist Schacht Konrad nicht wegzudenken. Ich werde gleich auch noch einmal darauf eingehen. Darüber hinaus liegt Erkerode 20 Kilometer von Eckert & Ziegler entfernt. Diese Firma hantiert in der Stadt Braunschweig dicht an Wohnbebauung mit Atommüll, und zwar unter genehmigungsrechtlichen Bedingungen, die für einen interessierten Menschen nur schwer oder gar nicht nachzuvollziehen sind. Außerdem ist Erkerode etwa 25 Kilometer Luftlinie von Morsleben entfernt.

Ich bin seit etwa 30 Jahren Asse-aktiv. Beruflich bin ich geschäftsführender Gesellschafter eines kleinen beratenden Büros, das sich intensiv mit Energie, Klimaschutz, Regionalentwicklung und Prozessmanagement beschäftigt. Das Gleiche mache ich auch freiberuflich. Insofern bin ich beruflich doppelt mit diesem Thema beschäftigt.

Was hier als letzter Punkt steht, sollte man einmal erwähnen. Ich bin in Ihrer Arbeitsgruppe als engagierter fachkundiger Bürger beteiligt, nicht als offizieller Vertreter der Asse-2-Begleitgruppe. Ich bin als Privatmann angefragt worden. Zwar habe ich selbstverständlich eine Rückkopplung zu der Asse-2-Begleitgruppe, von der gleich noch näher die Rede sein wird. Das betone ich aber, weil es

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

vor dem Hintergrund des Misstrauens, von dem ich vorhin gesprochen habe, das hier logischerweise auch immer schon Thema war, natürlich Menschen gibt, die sagen: Wollen wir uns vereinnahmen lassen? - Sie kennen das ja aus vielen Zusammenhängen. Insofern ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass hier nicht die Asse-2-Begleitgruppe einbezogen ist, sondern ein Mensch, der gesagt hat: Ich mache das.

(Folie: Die Asse-2-Begleitgruppe - Fakten)

Der Ursprung der Asse-2-Begleitgruppe liegt im Jahr 2008. Ich sprach eben von einer historisch glücklichen Situation. Damals wurden nämlich im Zusammenhang mit dem illegalen Umgang mit Atommüll im Schacht mehrere Dinge gleichzeitig bewusst und gingen durch die Medien. Es gab massive Proteste, allgemein eine gesellschaftliche Grundstimmung, die durchaus kritisch war, und ganz besonders auch die Kritik daran, dass die Asse bis zu diesem Zeitpunkt nicht einmal dem deutschen Atomgesetz unterlag, sondern beim Bundesministerium für Bildung und Forschung geführt wurde - mit den entsprechenden Konsequenzen, was die rechtlichen Rahmenbedingungen angeht. Diese besondere Situation hat natürlich mit zu diesen Protesten und zu dieser Empörung in der Bevölkerung beigetragen.

Dann gab es den Beschluss des Bundesumweltministeriums, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des niedersächsischen Umweltministeriums, in dieser Situation einen neuen Weg zu gehen. Die Asse-2-Begleitgruppe wurde eingerichtet, und das Atommülllager kam unter die Regie des Bundesumweltministeriums.

Die Gruppe selbst besteht aus der Landrätin - früher Landrat, jetzt Landrätin -, Vertretern der Kreistagsfraktionen, Vertretern an- und umliegender Kommunen - kleine Gemeinden, Samtgemeinden, Stadt Braunschweig,

Stadt Salzgitter; man kennt sich bei diesem Thema -, Vertretern des Zusammenschlusses der Bürgerinitiativen und Vertretern der Naturschutzverbände.

Alle Personen, die in der sogenannten Asse-2-Begleitgruppe (klein) mit Stimmrecht sitzen, arbeiten ehrenamtlich - ohne Aufwandsentschädigung, ohne einen einzigen Cent Kilometergeld -, und das seit inzwischen sechs Jahren.

Es gibt eine vom Bundesumweltministerium bezahlte wissenschaftliche Unterstützungsgruppe, die sogenannte Arbeitsgruppe Optionen - Rückholung, kurz AGO. Ihr gehören Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen an, die wirklich Gold wert sind.

Die obersten Ziel der Asse-2-Begleitgruppe, selbst von dieser Gruppe definiert, sind die Rückholung des Atommülls - sie ist in schweren Kämpfen ja auch durchgesetzt worden - und die sichere Schließung der Asse sowie Transparenz und Beteiligung.

Pro Jahr finden etwa acht Sitzungen der Asse-2-Begleitgruppe (klein) statt. Außerdem gibt es etwa vier Sitzungen der Asse-2-Begleitgruppe (groß). „Groß“ bedeutet: zusammen mit dem Bundesumweltministerium, dem Bundesamt für Strahlenschutz, dem niedersächsischen Umweltministerium und anderen staatlichen Stellen. Zu dieser Gruppe gehören ungefähr so viele Leute, wie jetzt hier im Saal sind. Sie arbeiten an der Fragestellung, wie es mit der Rückholung und insgesamt mit der Asse weitergeht.

(Folie: Der Asse-2-Begleitprozess - Eine Geschichte mit vielen Erfolgen aller Beteiligten)

Ich möchte eine Zwischenbilanz ziehen, und zwar die Zwischenbilanz des Asse-2-Begleitprozesses. In der Überschrift habe ich sehr

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

bewusst nicht „Asse-2-Begleitgruppe“, sondern „Asse-2-Begleitprozess“ geschrieben. Dieser Prozess ist eine Geschichte mit vielen Erfolgen, und zwar aller Beteiligten. Nur durch das intensive und häufig sehr kooperative Zusammenspiel zwischen Ministerien, nachgeordneten Behörden und dieser Vertretung aus der Region gab es zum Beispiel die hier aufgelisteten Erfolge.

So wurde die Änderung des § 57 b des Atomgesetzes durchgesetzt. Das ist das sogenannte Lex Asse, das zum Inhalt hat, die Rückholung beschleunigt planen und durchführen zu können. Da haben wir mit Vertretern aller Bundestagsfraktionen so intensiv und so gut zusammengearbeitet, dass das bis heute wirklich als ein großer Erfolg - bei allem Streit, den es intern über manche Punkte auch gab - gesehen wird.

Die Grubenstabilisierung ist von den Menschen, die in dieser Region aktiv sind, ins Spiel gebracht worden. Unter dem Begriff „Firstspaltverfüllung“ werden zurzeit über Jahre hinweg Verfüllungsmaßnahmen durchgeführt, die in unserem Sinne sind, um diese Grube zu stabilisieren und so die Zeit zu verlängern, die zur Verfügung steht, um den Atommüll zu bergen.

Schacht 5 ist ein zusätzlicher Schacht, der notwendig ist, damit der Atommüll überhaupt geborgen werden kann. Er wurde von uns mit ins Spiel gebracht und gemeinsam mit den Behörden und dem Ministerium dann als fester Bestandteil der Planung installiert.

Ein Kriterienkatalog wurde - das ist ein sehr schwieriger Prozess - gemeinsam mit dem Bundesamt für Strahlenschutz aufgestellt. Er enthält Kriterien, nach denen ein Zwischenlager gesucht werden kann und soll. Sie können sich vorstellen, dass es in der Bevölkerung zwar relativ unbestritten ist, dass ein Pufferlager und eine Konditionierungsanlage

direkt neben der Asse stationiert sein müssen. Dass anschließend für Jahrzehnte der Müll auch direkt an der Asse oberirdisch in einem Zwischenlager liegen muss, kann für die Menschen aber keine Selbstverständlichkeit sein. Das liegt auf der Hand, glaube ich. Daher muss kriterienbasiert untersucht werden, was der geeignete Zwischenlagerstandort ist.

Zurzeit gibt es eine Stellungnahme der Arbeitsgruppe Rückholung - Optionen zum Thema Dränage, also zur Trockenhaltung des Bergwerks, damit der Atommüll nicht ab-säuft. Wir erleben im Moment allerdings - Sie sehen das in dem letzten Punkt; da wird die Schrift kursiv -, dass das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Strahlenschutz nicht die Anstalten machen, die wir uns wünschen - ich will es einmal vorsichtig ausdrücken -, um diese AGO-Stellungnahme auch wirklich kritisch-konstruktiv inhaltlich zu würdigen. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

(Folie: Begleitprozesse Atommüll)

Wenn wir über Begleitprozesse zum Thema Atommüll reden, können wir aus Erfahrung sagen: An der Asse oder auch woanders geht es ganz schlicht um Macht. Es geht um die Beziehung zwischen Menschen und Gre-mien. Es geht um das Finden eines vernünftigen Handelns, und zwar auf vermintem Gebiet; ich sprach ja schon von dem Miss-trauen, das über Jahrzehnte gewachsen ist.

Ich habe hier bewusst ein Dreieck aufgemalt. Es stellt das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dar.

Die Wirtschaft hat ihre Ressourcen aus sich heraus. Da geht es ja gerade um Geld. Wirtschaft heißt zum einen Unternehmen, heißt aber zum Beispiel auch Gewerkschaften. Bei dem, was da zwischen dem Staat und dem großen Bereich der Wirtschaft passiert, geht es um ein unheimlich hohes Gut, das immer

wieder genannt wird, nämlich den sogenannten sozialen Frieden.

Wenn wir im Zusammenhang mit dem Atommüll auf die Zivilgesellschaft schauen, sollten wir aus meiner Sicht darüber sprechen, dass wir genauso wie einen sozialen Frieden an dieser Stelle einen ökologischen Frieden brauchen. Wenn wir in diesem Staat einen ökologischen Frieden schaffen wollen, der zwischen Staat und Zivilgesellschaft ausgehandelt werden muss, benötigen wir dafür auch Ressourcen. Herr Fox sprach davon, dass Ressourcen in diesem ganzen Zusammenhang ein großes Thema sind.

(Folie: Wie erlebt Zivilgesellschaft den Staat?)

Ich möchte unter dem Aspekt „Verhältnis Staat - Zivilgesellschaft“ den bisherigen Begleitprozess noch näher würdigen. Wie erlebt eigentlich die interessierte Zivilgesellschaft den Staat? Wir haben an der Asse einen Laborversuch, wenn man so will. Es ist sehr spannend - speziell für diese Arbeitsgruppe -, sich einmal anzuschauen, wie sich das in den verschiedenen Phasen jeweils entwickelt und dargestellt hat und welche Lehren man daraus ziehen kann.

Beginnen wir mit dem ersten Kasten. In der Einlagerungsphase gab es elf Jahre lang sehr wenig Information. Es fand praktisch keine Beteiligung statt. Der Staat hat sich als Obrigkeitsstaat dargestellt, der mit den Energiekonzernen engstens verbandelt war. Von denjenigen in der Bevölkerung, die sich mit diesem Thema bereits damals näher beschäftigt haben, wurde das, was da passiert - vielleicht nicht im strafrechtlichen Sinne, aber in der Wahrnehmung - als Betrug, als Lug und Trug, bezeichnet. Die Reaktion in dieser Zeit: leiser Protest, der allerdings langsam etwas stärker wurde.

Jetzt kommen wir zu dem zweiten Kasten. Irgendwann nach der Einlagerung kam die

Planungsphase. Der damalige Betreiber Helmholtz Zentrum München hatte Folgendes vor: Beton einfüllen, Lauge einfüllen, Deckel drauf; fertig. Das heißt: Schließen nach Fluten. In dieser Zeit hatte sich die Bevölkerung bereits wesentlich mehr Aufmerksamkeit erkämpft. Es gab zwar deutlich mehr Information. Im Kern war das aber eine Information von oben. Der Staat und seine Behörden und Ministerien wurden - insbesondere aufgrund der Zuständigkeit eines falschen Ministeriums, an der nicht gerüttelt werden durfte - als Obrigkeitsstaat wahrgenommen. Auch da wurde vieles, was von staatlicher Seite kam - nicht alles, aber zu viel -, als Lug und Trug empfunden. Die Reaktion: Der Protest wurde stärker. Es gab Empörung - bis zu der Stelle, an der dann endlich auch ein Anführer gefunden wurde, um gegen die Asse klagen zu können. Diese Klage führte zwar nicht zum Erfolg, aber immerhin dazu, dass auf einmal die Zuständigkeit zum Bundesumweltministerium ging.

Damit sind wir bei dem dritten Kasten. Dann kam nämlich die Phase „Betreiberwechsel und Optionenvergleich“. Das Bundesamt für Strahlenschutz wurde zuständig. Es gab eine intensive Beteiligung und Information. Der Staat in Form von BMU und BfS wurde in der kritischen Bevölkerung eher als Verbündeter gegen den Betreiber Helmholtz Zentrum München wahrgenommen, und es herrschte eine große Offenheit. Die Reaktion in der kritischen Bevölkerung: Kooperation mit der Begleitgruppe als Scharnier zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Jetzt sind wir - das ist der vierte Kasten - in der Phase „Rückholungsplanung und -vorbereitung“, die inzwischen schon jahrelang dauert. Wir haben leider in letzter Zeit nach großen Erfolgen und viel Kooperation eine Tendenz in Richtung Pro-forma-Beteiligung. Das Bundesamt für Strahlenschutz ist nach unserer Wahrnehmung im Moment dabei, bestimmte Dinge durchziehen zu wollen und Stellungnahmen der Wissenschaftlergruppe

nicht so zu behandeln, wie wir uns das als selbstverständlich vorstellen. Wir haben im Moment wieder das Gefühl, dass es - Betrug wäre ein zu harter Begriff - Stillstand, Blockade und auch wieder zunehmenden Protest gibt. Ich bin gespannt, wie sich das in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln wird.

(Folie: Schlussfolgerungen für den Endlagersuchprozess [1])

Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen?

Erstens. Der Asse-Begleitprozess kann eine wichtige Blaupause für den Endlagersuch-Begleitprozess sein. Je besser er gelingt, desto wertvoller wird er für uns alle sein. Wenn er scheitert, wird er allerdings auch die Endlagersuche belasten.

Zweitens. Ein Begleitgremium und seine Berater brauchen eine nichtstaatliche Trägerschaft, um unabhängig agieren zu können. Wir spüren immer wieder, dass wir am Tropf des BMUB hängen und von seinem Wohlwollen abhängig sind. Das macht nicht glücklich und führt manchmal sowohl bei der Begleitgruppe als auch nach meinem Gefühl bei den Behörden zu gewissen Trotzreaktionen. Von der Augenhöhe, auf der kommuniziert werden muss, sprach Herr Fox auch schon.

Drittens. Ein Begleitprozess bedarf eines neuen Selbstverständnisses und einer neuen Kultur in den Behörden. Wir erleben, dass insbesondere im Bundesamt für Strahlenschutz viele Mitarbeiter super gute Arbeit machen und sehr engagiert sind. Die Behördenkultur sieht aber folgendermaßen aus: Wir machen hier unsere Arbeit; der Begleitprozess ist lästiges, zeitfressendes Beiwerk, welches uns von unserer eigentlichen Arbeit abhält. - Solange diese Kultur in Behörden vorherrscht, wird es auch in Bezug auf die bundesweite Endlagersuche an dieser Stelle immer wieder zu Konflikten kommen. Man

kann Kultur nicht kurzfristig ändern. Die Zielrichtung muss aber sein, dass das als Teil der Arbeit begriffen wird - natürlich bis hin zu den entsprechenden Kapazitäten.

(Folie: Schlussfolgerungen für den Endlagersuchprozess [2])

Viertens. Ein Begleitprozess ohne Glaubwürdigkeit schadet, anstatt zu nutzen. Glaubwürdigkeit ist unteilbar. Wenn Schacht Konrad in Betrieb geht, ist er das einzige genehmigte Atommüllendlager in Deutschland. Wenn Schacht Konrad aber wegen voller Zwischenlager aus Not in Betrieb geht - ohne eine nachvollziehbare Standortsuche, die es da nie gegeben hat, genauso wenig wie in Gorleben, und ohne Beteiligungsprozess, der in dieser Form nicht andeutungsweise stattgefunden hat -, macht man Fehler, die man vor 50 Jahren in der Asse gemacht hat, erneut. Das wird auch Auswirkungen auf den Begleitprozess für die Endlagersuche in ganz Deutschland haben.

Fünftens. In kritischen Situationen braucht man mächtige Fürsprecher auf beiden Seiten, sowohl auf staatlicher Seite als auch auf zivilgesellschaftlicher Seite, die für sich definiert haben: Wir verstehen uns als Garanten eines funktionierenden Prozesses. Wenn es hart knirscht, sind wir diejenigen, die auch kraft eines formalen Amtes bzw. einer formalen Autorität in enger Anbindung aneinander dafür sorgen, dass der Karren nicht gegen die Wand fährt.

(Folie: Beteiligung und Begleitprozess als Alibi?)

Angesichts der gesamten bundesweiten Diskussion zu diesem Thema kam mir eine Karte in den Blick, die meine Kollegin auf dem Schreibtisch stehen hat. Dort ist das letzte Wort etwas anders formuliert. Die Botschaft ist aber klar. Sollte es in die Richtung gehen, dass man Beteiligung und Begleitprozess als Alibi versteht, muss man sagen: Der

Deutscher Bundestag kann das schon so machen; aber dann ist es halt kontraproduktiv. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank, Herr Fuder. - Gibt es dazu Rückmeldungen oder Fragen? - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Fuder. - Ich habe eine Verständnisfrage zu der Darstellung unter der Überschrift „Wie erlebt Zivilgesellschaft den Staat?“. Ich fand es sehr schön, wie Sie dort die einzelnen Phasen mit den entsprechenden Wahrnehmungen und Einordnungen beschrieben haben. Wie erklären Sie sich denn die Veränderungen von der dritten Phase zur vierten Phase?

Michael Fuder: Diese Einteilung in Phasen ist natürlich etwas holzschnittartig; das erklärt sich aus sich selbst heraus, denke ich. Das Ganze macht aber einiges deutlich. Wir sind nach einer Phase von großen Erfolgen, die ich dargestellt habe, in der langen, langen - länger als gedacht dauernden - Phase der Mühen der Ebene angekommen. Hier müssen Untersuchungen und Planungsprozesse in einem sehr komplexen Prozess erfolgen. Seitens der Zivilgesellschaft wird die Ungeduld immer größer. Aus Ungeduld heraus wird manchmal auch ungerechtfertigte Kritik laut. So nehme ich das wahr. Ungerechtfertigte Kritik an staatlichem Handeln ruft dann wiederum die entsprechenden Reizreaktionen hervor. Wir haben noch keine Kommunikation, die auf Augenhöhe stattfindet - wahrscheinlich notwendigerweise aus den verschiedenen Rollen heraus.

Im Moment ist es bei Planungsprozessen so, dass das Bundesamt für Strahlenschutz etwas plant und verschriftlicht. Dann wird es an die Arbeitsgruppe Optionen - Rückholung gegeben. Das ist sozusagen unsere Unterstützerguppe. Ihr gehören hochkarätige Wissen-

schaftler an. Sie begutachten das und nehmen anschließend kritisch dazu Stellung. Dass ein solches Gremium zu behördlichen Planungen in dieser Form kritisch Stellung nimmt, ist im Selbstverständnis der Behörden offensichtlich nicht angelegt. Es gibt keine brauchbaren Prozesse, um in einem konstruktiven Dialog die Dinge, die von den Wissenschaftlern angemerkt wurden, auf Augenhöhe zu bearbeiten und auszudiskutieren, bis es zur bestmöglichen Lösung kommt.

Da hakt es aus meiner Sicht noch. Das führt wiederum zu den Trotzreaktionen, von denen ich eben gesprochen habe. Ich nehme sie manchmal so wahr. Ich habe kein besseres Wort dafür. Dann fängt man an, sich zu verhaken. Dieser Prozess des gegenseitigen Verhakens ist immer stärker geworden und hat sich hochgeschaukelt. Wir sind jetzt in der Situation, dass für Februar 2015 sogar ein Mediationsprozess geplant ist, weil auf der Beziehungsebene wirklich vieles schief läuft. Wie viel davon Inhaltsebene ist und wie viel Beziehungsebene, ist ungeheuer schwer auseinanderzuhalten. Das wissen diejenigen, die ein bisschen davon verstehen. Wir müssen sehen, wie wir da die Kuh vom Eis kriegen.

Vorsitzender Ralf Meister: Danke schön. - Herr Miersch.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Vielen Dank. - Ich würde gerne auch noch einmal an dem Chart haltmachen, auf den Herr Jäger eben zurückgegriffen hat, und mich auf das Wort „Begleitgruppe“ und die Phase 3 im Vergleich zur Phase 4 beziehen. Herr Fuder, reichte bei dem Erfolg der Phase 3 die Begleitung aus? Nach Ihrem Vortrag stelle ich mir nämlich folgende Frage - ich glaube, dass diese Frage uns oder jedenfalls mich wahrscheinlich noch die gesamten anderthalb Jahre beschäftigen wird -: Muss man nicht auch in irgendeiner Form dem Tiger Zähne geben? Muss man nicht neben Begleitung und neben Beteiligung noch ein neues

Wort finden? Brauchen wir nicht irgendetwas wie Interventionen und Eingriffsmöglichkeiten? Oder reichte die Beteiligung, also das Mit-Einbringen-Können, für den Erfolg der Phase 3 aus? Und reicht es möglicherweise in der Phase 4 nicht aus? - Habe ich mich deutlich genug ausgedrückt?

Michael Fuder: Ja. - Zunächst einmal gehe ich auch davon aus, dass diese Fragestellung dieses Gremium hier tendenziell anderthalb Jahre beschäftigen wird; denn ich glaube, dass es sich dabei um Kernfragen der ganzen Geschichte handelt. Insofern möchte ich in dieser konkreten Situation nur eine ganz kurze Anmerkung machen - wir werden es noch vertiefen -: Ich denke schon, dass es eine gewisse Rollenwahrung geben muss. Staatssystematisch kann ich persönlich mir schwer vorstellen, dass ein solches Begleitgremium auf einmal Entscheidungskompetenzen in der Sache hat. Mit welcher Legitimation denn? Nein. Ich glaube sogar, dass eine klare Rollenteilung sehr konstruktiv und sehr produktiv sein kann, wenn beide Seiten ihre jeweilige Rolle wirklich wahrnehmen und in gute Formen der Kooperation kommen. Was dafür allerdings notwendig ist, habe ich versucht, in den beiden Charts zu den Schlussfolgerungen zumindest schon einmal anzudeuten. Ich vermute, dass wir in wenigen Monaten schlauer sind; denn der Prozess läuft. Was wir hier betreiben, ist sozusagen die Beobachtung einer Operation am offenen Herzen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Vielen Dank, Herr Fuder, insbesondere für die Verwendung der Ruhrgebietsprache auf Ihrer letzten Folie. Ich komme aus Dortmund. Insofern fühle ich mich gleich heimisch. Herzlichen Dank. - Jetzt aber ernsthaft, und zwar auch zu diesem Chart: Sie haben selbst gesagt, dass Sie in der aktuellen Phase das relativ harte Wort des Betrugs verwenden würden. Woher

kommt das? Ist der Grund, dass, wie Sie gerade beschrieben haben, die Zivilgesellschaft mit Wissenschaftlern zu Erkenntnissen gelangt, die im Verfahren dann aber nicht berücksichtigt werden? Entsteht daraus das Gefühl von Betrug? Oder steckt noch etwas anderes dahinter? Das ist meine Verständnisfrage, weil ich gerne wüsste, woher dieses Gefühl kommt.

Michael Fuder: Ich habe bei dem letzten Chart bewusst geschrieben, dass eine Tendenz in diese Richtung zu befürchten ist. Wir können alle nur hoffen, dass es nicht dazu kommt. Ich habe diesen Begriff - er ist nicht juristisch gemeint; das ist klar - einfach wieder verwendet, weil er früher vorherrschte.

(Abg. Steffen Kanitz: Okay!)

Die alten Misstrauensmuster sind natürlich da. Da muss man sich doch nichts vormachen.

Herr Kanitz, was Sie gesagt haben, ist in der Tat der zentrale Punkt. Wenn die Begleitgruppe inklusive der Wissenschaftlergruppe AGO in der subjektiven Wahrnehmung erlebt, dass die Kritik und auch die konstruktiven Vorschläge fachlich nicht so bearbeitet werden, dass am Schluss die bestmögliche Synthese dabei herauskommt, sondern an einem bestimmten Punkt abgeblockt wird, zum Beispiel mit dem Hinweis: „Der Worte sind genug gewechselt; jetzt müssen wir einmal entscheiden“, entsteht genau das, was ich angedeutet habe - und das ist im Moment die Tendenz.

Einen zweiten Grund, warum diese Tendenz da ist, möchte ich auch noch ganz kurz erwähnen. In der letzten gemeinsamen Sitzung der Asse-2-Begleitgruppe wurde seitens des Bundesumweltministeriums eine Verknüpfung zwischen der Endlagersuche auf Bundesebene und dem weiteren Verfahren der Zwischenlagersuche an der Asse hergestellt.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Es wird also auf einmal die Rückholung des Atommülls mit der Endlagersuche auf Bundesebene verknüpft. Das eine steht bekanntlich drastisch unter Zeitdruck, während wir bei dem anderen nicht wissen, wann es fertig ist. Das ist für uns alle völlig unakzeptabel.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Zdebel.

Abg. Hubertus Zdebel: Herr Fuder, ich habe noch eine Nachfrage zu Ihren Folien, und zwar auch zu den verschiedenen Phasen und hier insbesondere zur Rolle des Staates. Wenn ich es richtig verstanden habe, wurde der Staat in den ersten beiden Phasen als Obrigkeitsstaat und in der dritten Phase als Verbündeter gesehen. In der vierten Phase wird der Staat jetzt offensichtlich wieder eher mit Obrigkeit und Misstrauen in Verbindung gebracht. Vielleicht können Sie noch erläutern, wo Sie die Ursachen dafür sehen. Ich habe die Fantasie, dass das möglicherweise auch damit zusammenhängt, dass in der Phase, in der es darum ging, den Einfluss des Helmholtz Zentrums in der einen oder anderen Form zurückzudrängen, und in der der Staat die Zuständigkeit vom Forschungsministerium zum Umweltministerium verlagert hat, eine gewisse Zeit lang Hoffnung aufkam und dass jetzt befürchtet wird, dass man wieder in die alten Mechanismen zurückfällt. Vielleicht können Sie dazu aber noch ein paar erläuternde Anmerkungen machen.

Michael Fuder: Aus der Hoffnung heraus, die Sie richtig benannt haben, ist zu dieser Zeit allerdings auch echtes Tun erwachsen. Ja, ich denke schon, dass es auch damit zu tun hatte, dass man mit dem Helmholtz Zentrum sozusagen einen gemeinsamen Feind hatte. Das muss man so nüchtern sagen. Es gab in der Tat diese Situation der Hoffnung und gleichzeitig der Aufgeschlossenheit in der Region insbesondere gegenüber dem Bundesumweltministerium und auch gegenüber dem Bundesamt für Strahlenschutz. Die Offenheit zur Kooperation und die Erfolge, die zu dieser Zeit dann auch

gemeinsam erzielt werden konnten, haben schon eine völlig andere Atmosphäre entstehen lassen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich würde gerne noch einmal auf die Fragestellung der Verantwortlichkeit und Ihr Rollenverständnis zurückkommen. Sie haben dargestellt, dass die Verantwortung natürlich bei den Institutionen liegt und nicht bei der Asse-2-Begleitgruppe, die ja eher eine informelle oder - das wäre die Frage - formelle Beteiligung erfahren müsste. Dann habe ich mich gefragt: Wie könnte das denn aussehen? Könnte beispielsweise das niedersächsische Umweltministerium als Genehmigungsbehörde Sie in irgendeiner Form einbeziehen? Da fällt mir aber wenig ein, weil Sie ja nicht Verfahrensbeteiligte sind. Man könnte natürlich unter dem Aspekt „Welche Erkenntnisse gibt es?“ bestimmte Gruppierungen hören, die dazu etwas beitragen können.

Meine Frage ist aber: Wie kann eine Beteiligungsform aus Ihrer Sicht aussehen? Sie reklamieren ja, dass das Bundesamt für Strahlenschutz in Teilbereichen nicht auf Ihre Vorstellungen eingeht. Wie würden Sie sich Ihre Beteiligung vorstellen, formell oder informell? Besteht an dieser Stelle aus Ihrer Sicht überhaupt die Möglichkeit einer formellen Beteiligung? Und welche Übernahme in Verantwortung könnte das bedeuten? Sie könnten ja zum Beispiel sagen, dass bestimmte Maßnahmen in der Asse vorgesehen werden sollen. Natürlich ist das Bundesamt für Strahlenschutz dann zunächst einmal in der Verantwortung, zu prüfen, ob das überhaupt sicherheitsorientiert ist. Sie haben auch reklamiert, dass das Bundesamt für Strahlenschutz sagt, der Worte seien genug gewechselt. Irgendwann muss eine für den Betrieb verantwortliche Behörde natürlich auch zu Entscheidungen kommen, weil nicht zu entscheiden sicherheitstechnisch auch nachteilig sein kann. Insofern frage ich Sie:

Wie sollte aus Ihrer Sicht dieser Spagat zwischen Nichtverantwortung und Beteiligung zukünftig ausgestaltet werden?

Michael Fuder: Das ist eine sehr komplexe Fragestellung, über die wir in der nächsten Zeit gemeinsam diskutieren sollten. Trotzdem möchte ich nach dem jetzigen Stand ein paar Dinge dazu sagen.

Zunächst einmal möchte ich allerdings auf den Begriff der Verantwortung eingehen. Ich glaube, dass wir da differenzieren müssen. Im Übrigen stellen das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Strahlenschutz für mich immer stärker eine Einheit dar. Wir sollten da nicht differenzieren. Das führt zu nichts. Das eine ist eine nachgelagerte Behörde. Es ist klar, dass das Bundesumweltministerium bzw. das Bundesamt für Strahlenschutz die formale rechtliche - punktuell ja auch strafrechtliche - Verantwortung hat. Das heißt aber noch lange nicht, Herr Thomauske, dass wir als Asse-2-Begleitgremium keine Verantwortung hätten. Wir haben eine ganz andere Form von Verantwortung. Wir haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Jeder von uns hat als Einzelperson eine große Verantwortung und verspürt diese auch. Insofern sind es unterschiedliche Formen von Verantwortung.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Entschuldigung, Herr Fuder; ich sprach vom niedersächsischen Umweltministerium als Genehmigungsbehörde und insofern über eine Beteiligung. Ich wollte also diesen Teil der formellen Beteiligung in dem Verfahren öffnen. Das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Strahlenschutz sehe ich auch als Einheit, weil das Bundesamt die nachgeordnete Behörde des Ministeriums ist.

Michael Fuder: Ich hatte das schon richtig verstanden. - Zum Thema „niedersächsisches Umweltministerium - formell, informell“ ist Folgendes zu sagen: Wir haben ja

eine gewisse Institutionalisierung dieses Begleitprozesses. Insofern ist es nicht nur informell, sondern schon formell. Aus politischem Willen heraus geboren, hat es eine gewisse Form von Formalisierung - auch im Hinblick auf die Mittelbereitstellung. Gleichzeitig hat es gewisse informelle Elemente. Ich tue mich sogar schwer, an dieser Stelle überhaupt glasklar zwischen formell und informell zu unterscheiden. Vielleicht müsste man noch näher diskutieren, was unter „formell“ und „informell“ eigentlich genau zu verstehen ist und ob es überhaupt notwendig ist, so glasklar dazwischen zu unterscheiden. Selbst das ist mir nicht ganz klar.

Noch einmal zur Bestätigung, Herr Thomauske: Völlig unbestritten ist - auch im kompletten Asse-2-Begleitgremium -, dass irgendwann entschieden werden muss. Die Frage ist, wann und nach welchem Vorlauf die Entscheidung zu fallen hat.

Ich glaube, dass man bei der Frage, in welcher Form und mit welcher Intensität die Beschäftigung mit dem, was zivilgesellschaftlich - in diesem Fall von der Wissenschaftlergruppe - erarbeitet worden ist, stattfinden muss, durchaus auch zu gewissen formalen Bestimmungen kommen könnte. Das halte ich sogar für notwendig.

Vorsitzender Ralf Meister: Zwei Wortmeldungen nehmen wir noch dazu; danach fahren wir mit dem Vortrag von Frau Donat fort. Frau Kotting-Uhl und Herr Jäger.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Herzlichen Dank für diese Darstellung. Ich glaube, dass sie uns ganz wichtige Bausteine liefert. Prägnant war für mich vor allem die Aussage, dass das Begleitgremium und auch die Berater eine nichtstaatliche Trägerschaft brauchen. Das ist zwar vielleicht selbstverständlich. Es wird aber nicht so praktiziert. Das ist also ein guter Hinweis - und vieles andere auch.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Herr Fuder, meine Frage knüpft an der von Ihnen zitierten Aussage „Der Worte sind genug gewechselt; jetzt müssen wir einmal entscheiden“ an. Ich will einmal - ein bisschen als *Advocata Diaboli* - fragen, ob der Unterschied zwischen der dritten Phase und der vierten Phase auch daran liegen könnte, dass die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft oder einer Begleitgruppe und einer Behörde - die letztlich die Aufgabe hat, diesen Müll, natürlich so verantwortlich wie möglich, zu entsorgen -, solange es darum geht, eine falsche Entscheidung aufzuheben, sehr viel leichter ist als dann, wenn es darum geht, eine neue Entscheidung - Stichwort „Zwischenlager“ - zu finden.

Was die Forderung nach einem ökologischen Frieden angeht, frage ich persönlich mich: Wie soll ein ökologischer Frieden herstellbar sein, solange der Atommüll vorhanden ist? Ist ein ökologischer Frieden mit dem Atommüll machbar? Wir werden ihn ja nicht los. Egal, wo wir ihn unterbringen, ist er da. Es ist ja der Sündenfall unserer Gesellschaft, dass wir Atommüll produziert haben. Am Ende müssen wir ihn irgendwo lassen. Mein Ministerpräsident sagte einmal ganz lax, irgendwo müsse das Zeug ja hin. In der Konsequenz ist das aber richtig. Wenn wir ihn nicht exportieren wollen - darüber sind wir uns einig; wir kämpfen auch dafür, dass das an allen Stellen nicht passiert -, müssen wir ihn in Deutschland an irgendeiner Stelle entsorgen.

Immer, wenn es darum geht, wird die Zusammenarbeit natürlich um vieles schwieriger. Wohin soll das Zwischenlager denn? Möglichst weit weg? Dann haben wir wieder Transporte. Möglichst nah dran? Dann sagt die Gemeinde oder das Umfeld: Wieso schon wieder hier? Wir hatten jetzt schon die ganze Zeit das Problem mit der Asse. - Da wird es also viel schwieriger, glaube ich - trotz eines guten Kriterienkatalogs. Ich sehe die Gefahr, dass das Vertrauen dann wieder verloren geht und dass diese Zusammenarbeit, die

man eigentlich ein Stück weit gut hinbekommt, genau an der Stelle, an der es um diese Entscheidungen geht, sehr viel schwieriger ist. Wir haben die große Aufgabe, zu schauen, wie man das vermeiden kann.

Sie haben auch Schacht Konrad erwähnt und gesagt, dass dieses Endlager ohne eine vergleichende Suche nie auf eine Akzeptanz hoffen kann und dass das auch die Endlagersuche, mit der wir uns hier befassen müssen, belastet. Das teile ich ein Stück weit, aber nicht vollständig; denn für mich ist die Entscheidung zu diesem Gesetz und zu dieser Kommission auch damit verbunden, dass wir werden lernen müssen, mit dem Atommüll zu leben, mit Lagern zu leben, mit Endlagern zu leben.

Ich finde nicht, dass es uns hilft, wenn wir an jeder Stelle sagen: Da müssen wir wieder zurück auf null gehen und von vorne anfangen, weil das nicht perfekt ist. - Wir werden auch nach 30 Jahren Endlagersuche immer noch feststellen, dass es nicht perfekt ist, weil uns der Stand von Wissenschaft und Technik irgendwo wieder ein Stückchen überholt hat - wobei ich absolut dafür bin, auch bei Schacht Konrad das zu machen, was man in Bezug auf den Stand von Wissenschaft und Technik, dem Schacht Konrad ja nicht entspricht, nachholen kann. Das habe ich gestern übrigens auch in der Haushaltsdebatte von der Umweltministerin gefordert. Wir werden es aber nicht vollkommen machen können. Wir können diese vergleichende Suche nicht nachholen. Die Forderung, wieder zurück auf null zu gehen, wird uns bei der Bewältigung der Hauptaufgabe nicht helfen.

Ich teile auch absolut Ihre Meinung, dass die überquellenden Zwischenlager, die rostenden Fässer usw. auf keinen Fall zu Kosten- oder Zeitdruck bei Schacht Konrad führen dürfen. Trotzdem müssen wir uns dessen bewusst sein, dass es sie gibt. Man muss sorg-

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

fältig abwägen, wo mehr Sicherheit gewährleistet ist. Damit will ich nur darauf hinweisen, dass man das differenziert sehen muss.

Für mich gehört in diesen ganzen Fragenkatalog auch die Frage, wie wir es schaffen, die Zusammenarbeit mit Begleitgremien, mit Gruppen, mit Initiativen, mit der Zivilgesellschaft insgesamt auch über die Stellen zu retten, an denen wir dann tatsächlich auch einmal sagen müssen: Das entscheiden wir jetzt so. - Das ist der ganz heikle Punkt. Auf diesen Punkt wollen wir hier in dieser Arbeitsgruppe gut zuarbeiten. - Noch einmal vielen Dank für Ihren Beitrag.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Fuder, herzlichen Dank für die sehr strukturierte Darstellung, wie Sie die Situation erlebt haben und auch noch erleben. - Ich möchte auf einen Punkt zu sprechen kommen, der unmittelbar mit unserer Arbeit in dieser Arbeitsgruppe zu tun hat. Insofern können wir sehr davon profitieren. Vielleicht können Sie, Herr Fox, auch noch ganz kurz dazu Stellung nehmen. Ich habe den Eindruck gewonnen - ich bitte Sie, das entweder zu bestätigen oder mich zu korrigieren -, dass eine Vielzahl der Probleme möglicherweise dadurch entsteht, dass Sie neue Prozesse eingefordert und erkämpft haben. Diese Prozesse sind zwar, wie Sie sagen, in gewisser Hinsicht schon formalisiert, aber wahrscheinlich nicht in der Form, dass sie von allen akzeptiert werden und damit als Referenz für das tägliche Handeln gelten. Gerade das Zusammenwirken zwischen den Behörden und den Begleitgruppen scheint dadurch geprägt zu sein.

Es wäre jetzt natürlich unsere Aufgabe, Prozesse zu definieren - und da bräuchten wir Ihren Input, Ihre Erfahrung -, die diesem Anspruch genügen. Wenn sie dann verabschiedet sind, stellen sie auch die neuen Spielregeln dar - jenseits des früher klar definierten Planungsrechts. Dort hatten wir ja ganz präzise Vorgehensweisen, die heute aus unter-

schiedlichen Gründen nicht mehr ausreichen. Meine Frage lautet also: Liegt es daran, dass die Prozesse unterschiedlich verstanden werden und nicht klar definiert sind? Wie sind sie hinsichtlich ganz entscheidender Punkte - zum Beispiel Entscheidungen, Verantwortlichkeiten, Zeiträume - am Ende zu definieren?

Vorsitzender Ralf Meister: Bitte schön, Herr Fuder.

Michael Fuder: Frau Kotting-Uhl, die Einschätzung, dass es in der Zusammenarbeit dann schwieriger wird, wenn unangenehme Entscheidungen näherrücken, ist richtig. Das Beispiel der Zwischenlager ist ebenfalls ein sehr treffendes. Sie können sich sicher gut vorstellen, dass es beim Thema Zwischenlager auch innerhalb der Asse-2-Begleitgruppe zu echten Zerreißproben kommt. Das wird sich auch nicht vermeiden lassen; denn der Sündenfall ist getan. Ich glaube dennoch, dass es zumindest bis zu einem gewissen Punkt zu einem ökologischen Frieden kommen kann.

Damit das entstehen kann, ist es aus meiner Sicht notwendig - das ist in dieser Hinsicht vielleicht sogar der zentrale Punkt -, dass das, was irgendwann staatliche Entscheidung und staatliches Handeln wird, in dem Sinne, wie Herr Thomauske das auch gesagt hat, so transparent, so ausdiskutiert und so fachlich-inhaltlich begründet ist, dass man schon bösen Willen bräuchte, um es für manipuliert zu halten. Das scheint mir der Kern zu sein.

Wir sind in der Asse an dieser Stelle in einer besonderen Zwangssituation, weil wir gleichzeitig unter Zeitdruck stehen; denn das Ding droht abzusaufen. Dennoch ist es selbst bei uns so, dass wir in Bezug auf die Dränage sagen: Nein, liebes BfS, diese Punkte von der AGO müsst ihr bitte behandeln, untersuchen und so schlüssig darlegen, dass wir es nicht nur begründet bekommen, sondern es, wenn

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

wir denn guten Willens sind, was die meisten von uns in großem Maße sind, auch wirklich nachvollziehen können. - So viel im Moment dazu.

Der Asse-2-Begleitprozess hat am Anfang eine gewisse Struktur bekommen. Dann hat er sich natürlich weiterentwickelt, und zwar ein bisschen urwüchsig weiterentwickelt. Für ganz entscheidend halte ich, dass ein Beteiligungssystem für die Endlagersuche als lernendes System angelegt wird, dass also Mechanismen vereinbart werden, mit denen im laufenden Prozess nicht nur inhaltlich, sondern auch prozessual nachgesteuert werden kann. Ich glaube, dass da zu konkreten Details auch noch einige tiefer gehende Hinweise kommen können.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Herr Becker, bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir jetzt mit dem Vortrag von Frau Donat weitermachen, weil die namentlichen Abstimmungen vermutlich um 12.45 Uhr stattfinden. Dann können Sie Ihre Frage danach stellen. Sind Sie damit einverstanden?

(Thorben Becker: Ja!)

- Danke. - Ach so, Herr Fox noch.

Andreas Fox: Ich würde doch gerne versuchen, auf die Frage zu antworten. - Wir sind natürlich in der Situation, dass die bisherigen Mittel sich als unzureichend erwiesen haben. Deswegen gibt es jetzt die Asse-2-Begleitgruppe. Deswegen wird auch in Morsleben versucht, mit regelmäßigen Informationstreffen - das heißt bisher noch nicht Begleitgruppe - weiterzukommen und in einen Austausch zu kommen, der mehr Transparenz und Vertrauen schafft. Im Kern ist es aber doch so, dass es letztlich um Verbindlichkeit geht, nämlich um verbindliche Informationen, die man eben bekommt oder nicht bekommt.

Es wird sicherlich auch eine Aufgabe der Kommission und dieser Arbeitsgruppe sein, festzulegen, wo tatsächlich Informationen eingefordert werden können, wer sie einfordert und wie sie dann in die Öffentlichkeit getragen werden müssen. Das muss auch einen verbindlichen Charakter bekommen.

Außerdem müssen hinter diesen zusätzlichen Einrichtungen, ob sie nun Begleitgruppe heißen oder wie auch immer, nachher auch die entsprechenden Ressourcen stehen, sodass man sich wirklich darauf beziehen kann, dass da substanzielle Arbeit geleistet wird.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank, Herr Fox. Entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie übersehen hatte. - Jetzt bekommt aber Frau Donat das Wort.

Ulrike Donat: Ich würde mir natürlich wünschen, dass alle einmal tief Luft holen, damit die Aufmerksamkeit erhalten bleibt.

Bevor ich zu meiner eigentlichen Aufgabe komme, möchte ich kurz betonen, dass ich Herrn Fuder zustimme. Intransparenz und Pro-forma-Beteiligung sind in der Tat Motive für Protest. Das darf man nicht vergessen. Wenn man etwas anders machen will, ist ein Kulturwechsel notwendig. Dazu braucht man auch unabhängige Begleitung. Das unterstütze ich also voll. Man braucht auch Steuerungsgruppen in Begleitprozessen. Außerdem muss man neu darüber nachdenken, wie man die Rollen von Recht und Verwaltung verzahnen kann. Man braucht auf jeden Fall auch Augenhöhe und Ergebniswirksamkeit. An diese Stichworte hänge ich mich einfach einmal an.

Ich bedanke mich für die Einladung und möchte zunächst zu meiner Person und meiner Rolle ein paar Worte verlieren. Hoffentlich haben Sie auch Verständnis dafür, dass ich 40 Jahre historische Erfahrung aus Gorleben nicht in 15 Minuten zusammenfassen

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

kann. Deswegen habe ich mich darauf vorbereitet, das anhand einiger Thesen zu tun und dann darauf zu rekurrieren, worauf es ankommt.

Zu meiner Person: Ich biete Ihnen verschiedene Perspektiven. Ich bin 30 Jahre Rechtsanwältin und 20 Jahre Mediatorin und habe in beiden Rollen hoch eskalierte Konflikte begleitet - im Kleinen, also in Familien, und im Großen, also in gesellschaftlichen Kontexten. Ich bin seit einigen Jahren Ausbilderin für Mediatoren beim IMKA in Hamburg. Ich habe die MediationsZentrale Hamburg mitbegründet und gehöre dort dem Vorstand an. Ich bin auch Mitglied im Hamburger Arbeitskreis Partizipation.

Ich bin als Expertin bei Ihnen. Ich spreche hier nicht für die Region Gorleben. Ich spreche auch nicht für den sogenannten Widerstand. Dafür habe ich kein Mandat. Damit bitte ich sauber umzugehen.

Um das noch ein wenig zu vertiefen: Für Mediatoren und Konfliktvermittler ist die Fähigkeit wesentlich, verschiedene Perspektiven einzunehmen und aus verschiedenen Perspektiven auf die Sache zu schauen. Ich kann Ihnen auch die Akteursperspektive bieten; denn ich bin in der Friedens- und Umweltbewegung sozialisiert. Ich kenne gewaltfreien Widerstand von der Straße und auch die dort vorherrschenden Entscheidungsfindungsprozesse. Ich kenne den Anti-AKW-Prozess von Anfang an. Ich habe Bürgerproteste begleitet - anwaltlich bis zum Bundesverfassungsgericht und vermittelnd auf der Straße, und zwar nicht nur bei jedem Castorprotest seit 1994, sondern auch in vielen anderen gesellschaftlichen Großkonflikten, zum Beispiel beim Thema G 8. Ich war auch schon Vertreterin von Betroffenen, von Bürgerinitiativen und von Umweltverbänden in Planfeststellungsverfahren. Ich war auch schon als Sachverständige in verschiedenen

Landtagen. Ich kann Ihnen also auch Perspektiven der Umwelt- und Protestbewegung bieten.

Außerdem habe ich einen besonderen Fundus in der historischen Perspektive; denn ich habe die Geschichte nicht nur von Anfang an aufmerksam begleitet, sondern das auch besonders intensiv als Referentin im Gorleben-Untersuchungsausschuss für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getan. In dieser Funktion habe ich 1 500 Aktenordner gelesen. Dabei hat sich manches wieder erhellt, was ich fast vergessen hatte.

Ich bin auch Staatsbürgerin. Als Staatsbürgerin liegt mir die Notwendigkeit, Atommüll wegen seiner extremen und extrem langlebigen Gefährlichkeit möglichst wenig unsicher zu verwahren, sehr am Herzen. Ich habe auch ein Interesse daran, dass wir den nachfolgenden Generationen nicht dieses Desaster hinterlassen. Es ist auch ein Erbe aus der deutschen Geschichte, dass man jeden Tag und jeden Moment Verantwortung trägt - und nicht nur dann, wenn man in eine Rolle schlüpft.

Mir ist wichtig, dass es einen schonenden und fairen Umgang mit den Betroffenen und mit der Bevölkerung gibt.

Jetzt komme ich zu meinen Thesen und beginne mit einem kurzen Vorwort. Die historischen Erfahrungen sind fast durchweg einseitig negativ. Öffentlichkeitsbeteiligung verschaffte häufig noch nicht einmal Information. Sie hatte Werbecharakter und diente der Akzeptanzbeschaffung und nicht der kontroversen Diskussion von Sachthemen auf Augenhöhe. Geschichtlich Versierten ist vielleicht der sogenannte Bürgerdialog Kernenergie unter Herrn Minister Matthöfer, in dem reine Risikoverharmlosung betrieben wurde, besonders in Erinnerung. Wir kennen solche Feigenblattdiskussionen aber auch aus den aktuellen Jahren.

Das machen Bürger heute nicht mehr mit. Bürger wollen gehört werden. „Gehört“ heißt nicht „angehört“, sondern „zugehört“. Das heißt eben auch „Ergebniswirksamkeit“. Jede Pseudobeteiligung unterhalb partizipativer Mitwirkung, die dann in ihren Einzelheiten ausgehandelt werden muss, werden die maßgeblichen Akteure nicht mitmachen.

Meine These 1: Die Geschichte zeigt, dass die Anti-AKW-Bewegung der wesentliche Sicherheitsgarant war und ist.

Allein diese Bewegung hat schon immer den Fokus auf die unvorstellbaren Risiken, auf die Herkunft auch der friedlichen Nutzung der Atomenergie aus der Bombenoption und auf die Gefährlichkeit des Normalbetriebs an allen Standorten gerichtet. Die Anti-AKW-Bewegung hat verhindert, dass wir heute das potenzierte Risiko haben; denn es sollten mindestens drei Mal so viele Atomkraftwerke betrieben werden. Letztlich hat die Anti-AKW-Bewegung die regenerativen Energien hervorgebracht und den Ausstieg aus der Atomenergie erreicht, auch wenn dieser noch nicht endgültig und noch nicht vollständig ist.

Seit den 1970er-Jahren hat die Anti-AKW-Bewegung auf die Entsorgungsdefizite hingewiesen und damit kein Gehör gefunden. Gleiches gilt für die Risiken der Salzlinie. Sie hat ein ungeheures Ausmaß an bürgerlichem Engagement hervorgebracht - ehrenamtlich in der Sache, aber natürlich auch auf der Straße. Das heißt: Da ist die Motivation vorhanden, sich zu engagieren und Verantwortung zu tragen.

Die Atomkritiker sind bis heute die einzige Bevölkerungsgruppe, die diese Risiken ernst nimmt und kritische Fragen stellt. Das haben wir auch von meinen Vorrednern gehört. Die Bevölkerungsmehrheit ist schon sehr lange auf ihrer Seite. Die Politik und die Energiewirtschaft wollten das lange nicht wahrnehmen.

Meine These 2: Staat und Wirtschaft sollten die Rolle der Kritiker als Sicherheitsgaranten anerkennen und sich einer gemeinsamen Fehleranalyse stellen.

Warum? Der Staat hat mit Verharmlosung, mit Geheimhaltung wesentlicher Informationen - vor allen Dingen in Gorleben, aber auch anderswo -, mit extremer Kriminalisierung, mit Bespitzelung und mit bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsätzen reagiert. Die Forderung nach Atomausstieg wurde jahrzehntelang ignoriert, obwohl sie von der Bevölkerungsmehrheit geteilt wurde.

Frei nach Goethe möchte ich hinzufügen: Die Atomenergie ist wie der entfesselte Zauberlehrling. Wir müssen ihn wieder einfangen. Ich glaube, dass Sie die kritische Bevölkerung brauchen, um diesen Zauberlehrling so einzufangen, dass er beherrschbar bleibt.

Meine These 3: Der Übergang von einer eskalierten Konfliktsituation zu einer „post-conflict“-Kooperation braucht Vorbedingungen. Diese müssen gemeinsam ausgehandelt werden. Sie können nicht top-down verordnet werden.

Am Beginn der Anti-AKW-Bewegung standen bürgerkriegsähnliche Polizeieinsätze - in Wyhl, in Brokdorf, in Grohnde. Bis in die jüngste Zeit hinein wurden Castortransporte mit besatzungsähnlichen Zuständen durchgesetzt.

30 000 Polizisten in einem Landkreis von 50 000 Einwohnern, das ist wie die Besetzung von Berlin mit 1 Million Polizisten.

Dieser Vergleich stammt nicht von mir, sondern von Hans Reime, einem früheren Gesamteinsatzleiter in Gorleben bei den Castortransporten.

Dazwischen gab es 40 Jahre Diffamierung, Bespitzelung, Kriminalisierung und Grundrechtsverletzung in einem erheblichen Ausmaß. Ich habe mehrere Verfassungsbeschwerden gewonnen. Von Bürgern wurden Klagen gegen Freiheitsentziehung im vierstelligen Bereich gewonnen. Ganze Dörfer wurden eingekesselt und von der Außenwelt abgeschnitten. Das sind nur einige Beispiele, die von den Gerichten als eindeutig rechtswidrig festgestellt wurden. Sie haben sich trotzdem wiederholt. Die Daten von vielen Atomkraftgegnern - vermutlich auch von mir; ich weiß es nicht genau - sind bis heute in Polizeicomputern und in Staatsschutzdateien gespeichert, obwohl diese Bürger nur gegen Atom waren und nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

So etwas untergräbt Zusammenarbeit und hinterlässt Spuren und Verletzungen, die man nicht ignorieren kann. Aus dem internationalen Bereich wissen wir aus „post-conflict“-Situationen - Profis der Konfliktvermittlung machen das auch so -, dass die Arbeit mit den Verhandlungen über den Weg der Verhandlungen beginnt. Zunächst muss ein Prozess ausgehandelt werden. Wenn ein solches Maß an Gewalt oder Verletzung vorliegt, braucht man so etwas, nämlich eine Phase der Wahrheits- und Versöhnungskommission, wie das im internationalen Kontext heißt. Dort geht es darum, dass Unrecht auch als Unrecht benannt wird und Fehler eingestanden werden, und zwar schonungslos und rückhaltlos. Erst dann kann man zu einem respektvollen Miteinander zurückkehren - und das braucht man für eine Kooperation, wenn sie denn gewünscht ist.

In der Atomgeschichte wirken leider noch viele Fehler und Fehleinschätzungen der Vergangenheit fort. Ein Sinnbild hierfür ist die Auseinandersetzung um die künftige Rolle von Gorleben. - Wir können das noch vertiefen. Aus Zeitgründen verzichte ich jetzt aber darauf.

Meine These 4: Glaubwürdigkeit gewinnt man über einen glaubwürdigen Prozess. Damit Beteiligung funktioniert, müssen gemeinsame Fragestellungen und gemeinsame Ziele gemeinsam erarbeitet werden.

Beteiligung ist ein gemeinsamer Prozess. Dieser Prozess braucht Zeit. Es ist ein Irrtum, zu denken, dass Menschen anfangen, sofort über die Sache oder über Inhalte zu reden. Das funktioniert nicht - nicht einmal in der Politik. Die inhaltliche Diskussion kann erst beginnen, wenn Einigkeit über das Vorgehen und das Ziel erreicht ist. Sie kennen das aus Ihren Geschäftsordnungsdebatten.

Im Übrigen funktionieren wir auch in verschiedenen Modi.

Die Politik möchte Themen erledigen und Konfliktthemen vom Tisch haben. Außerdem braucht sie einen kurzfristigen Glaubwürdigkeitsgewinn, um wiedergewählt zu werden. Sie funktioniert in Zeiträumen von Legislaturperioden.

Die Wirtschaft will wirtschaftlich möglichst günstige Lösungen in überschaubaren Zeiträumen für ihre mittel- und langfristige Unternehmensplanung haben. Gleichzeitig steht sie im internationalen Wettbewerb.

Beide Akteursgruppen sind es gewohnt, in hierarchischen Strukturen zu denken und im Entscheidungsmodus zu laufen. Wenn mein Gehirn im Entscheidungsmodus läuft, blende ich Zweifel aus; denn Zweifel behindern mich. Bei Zweifeln komme ich nämlich nicht so gut zu einer raschen Entscheidung. Das kostet mich Energie und manchmal auch schlaflose Nächte.

Diese Gruppen sind geübt im Machtpoker, aber wenig im Miteinander auf Augenhöhe, jedenfalls nicht mit den Bürgern.

Bürger und Umweltbewegung insistieren auf Risikominimierung, auf Sicherheitsaspekten und auf Nachhaltigkeit. Sie wollen langfristige Sicherheit und stellen das Risiko in den Vordergrund. Sie können und sie dürfen zweifeln.

Ihre Zweifel bringen wichtige Erkenntnisse. Das haben meine Vorredner auch schon deutlich gemacht. Ich bezeichne das als Schwarmintelligenz.

Glaubwürdigkeitskriterien in Beteiligungsverfahren messen sich an Mitsprache, Transparenz und In-der-Sache-gehört-Werden. Sonst protestieren diese Gruppen. Das haben sie im Atombereich bislang recht wirkungsvoll getan. Der letzte Castor wäre fast nicht durchgekommen.

Diese Akteure aus der Bürger- und Umweltbewegung sind untereinander sehr geübt im Aushandeln von Konsens auf Augenhöhe. Gewaltfreier Widerstand funktioniert nicht ohne das. Hier gibt es tragfähige Erfahrungen aus Konsensverfahren.

Lassen Sie mich ergänzend noch etwas zur Rolle der Wissenschaft sagen. Die Wissenschaft hat bisher keine Lösung gefunden, Atom Müll unschädlich zu machen oder unschädlich auf lange Zeit zu verwahren. Sie experimentiert wie die Alchemie, wenn man es böse formuliert; denn sie folgt immer den Fragestellungen der Auftraggeber und der Geldgeber, und sie denkt in Zeiträumen von Forschungsaufträgen. Sie darf zweifeln, aber nur so lange, bis sie eine Empfehlung abgeben darf.

Die Exekutive, die ebenfalls eine wichtige Rolle spielt, ist es gewohnt, Recht umzusetzen und nach Vorgaben zu handeln. Für einen ergebnisoffenen Prozess ist sie nicht geschult.

Man braucht also einen gemeinsamen Kulturwandel.

Meine These 5: Es braucht Einfluss auf das Ergebnis. Sonst ist es ein Weiter-so-wie-bisher.

Wer Beteiligung verspricht und Werbung meint, erntet Protest. Wer Bedenken von Bürgern nicht hört und nicht ernst nimmt, spaltet die Gesellschaft. Um ergebniswirksam zu sein, braucht es Konsensverfahren und Vetorechte.

Meine These 6: Beteiligung muss prozessorientiert sein statt ergebnisorientiert.

Das Aushandeln von Verhandlungsbedingungen kann länger dauern als die eigentlichen Verhandlungen, sollte aber nicht umgangen werden. Das Verfahren selbst muss im Konsens gestaltet werden, wenn alle mitmachen sollen. Es braucht Phasen, und es braucht eine gemeinsame Prozessgestaltung. Stichwort: Erst zuhören, dann den Prozess gestalten. Lernende Systeme? Ja, gerne.

Das sind Erkenntnisse aus den Wissenschaften von Moderation, Mediation, Organisationsentwicklung und Change Management. In der Wirtschaft sind sie angekommen. In der Politik müssen sie vielleicht noch nachvollzogen werden. Übereilte Verhandlungen scheitern in diesem Rahmen oft. Ich verweise auf den Konflikt um das Standortauswahlgesetz und um diese Kommission selbst.

An einem Beispiel aus dem Ausland möchte ich verdeutlichen, dass so etwas auch funktionieren kann. Bei den Debatten um die dritte Startbahn am Wiener Flughafen hat das Aushandeln der Verfahrensbedingungen drei Jahre gedauert. Nach insgesamt fünf Jahren war der Prozess dann in einem Konsens abgeschlossen. Dieser Konsens trägt bis heute.

Meine These 7 - auch das hatten meine Vorredner schon angesprochen -: Öffentlichkeitsbeteiligung braucht eine in allen Feldern versierte, unabhängige Moderation.

Die Moderation muss von allen anerkannt werden. In diesem Politikfeld Atommüll braucht es auch Schulen übergreifende Teams. Moderation muss in jedem Fall allparteilich sein. Sie darf nicht einseitig bestimmt werden.

Ich sage das deswegen, weil in der Ausbildung von Konfliktvermittlern sehr viel Wert darauf gelegt wird, mit verschiedenen Perspektiven und verschiedenen Haltungen zurechtzukommen und dafür Verständnis zu entwickeln. Es funktioniert, weil wir Konfliktvermittler in uns - Himmelstein nannte das „Bubbles“ - sozusagen Blasen entwickeln und sagen: Ich habe hier Verständnis für dich und da Verständnis für dich und dort Verständnis für dich. - Indem ich in einem Kommunikationsprozess diese Dinge deutlich mache, kann auch die Gegenseite nachvollziehen, warum die Gegenpartei so denkt.

Es braucht ein umfassendes Repertoire von Analyseinstrumenten, Moderationsmethoden und Kommunikationskompetenz auch in emotionsgeladenen Situationen. Man muss das aushalten können und darf sich nicht verschrecken lassen.

Die Komplexität, die dieser Prozess hier vor sich hat, ist ein Novum, aber auch eine Chance - eine Chance für die gesamte Gesellschaft.

Meine These 8: Gute Beteiligungsprozesse garantieren im Erfolgsfall Nachhaltigkeit, Befriedung und Sicherheit. Sie bedeuten einen Sicherheitsgewinn durch Schwarmintelligenz. Schlechte Öffentlichkeitsbeteiligung fördert Protest und Widerstand.

Atomkritiker sehen alle Beteiligungsprozesse sehr kritisch. Es gibt den Begriff „Mitmachfalle“. Das basiert auf den Erfahrungen, die man immer wieder mit Werbeformaten oder Pseudobeteiligungsformaten gemacht hat, die missbräuchlich mit dem Label „Dialog“ versehen wurden. Es stand „Dialog“ drauf und war kein Dialog drin.

Atomkritiker wissen auch um die Macht von Widerstand. Sie werden ihre Position nicht ohne Wirksamkeit in der Sache aufgeben. Das Wohin und das Wie müssen gemeinsam geklärt werden. Es muss ernsthafte Chancen geben, im Prozess und im Ergebnis Gehör zu finden. Es muss einen substanziellen Mitmachgewinn geben.

Mir gefällt der Begriff der ökologischen Befriedung; denn wenn wir in die Geschichte zurückgehen, sehen wir, dass die soziale Marktwirtschaft im Kern immer von der Forderung nach Mitbestimmung begleitet war. Erst die Mitbestimmung und die Teilhabe haben dazu geführt, dass eine lange friedliche Gesellschaft entstanden ist. Im Bereich Atommüll muss man vielleicht ähnliche Modelle entwickeln.

Meine These 9: Die kommenden Generationen sind bisher nirgends repräsentiert.

Im Sinne eines systemischen Denkens schlage ich einen Vertreter der kommenden Generation im Beteiligungsprozess vor. Er muss für alle Beteiligten glaubwürdig sein, er muss die Aufgabe haben, diese Perspektive einzunehmen und daraus Anregungen zu geben, und er muss ein Vetorecht haben.

Diese Anregung folgere ich aus der Systemtheorie und aus der systemischen Schule in der Organisationsberatung. Dort ist die Wirkung repräsentativer Stellvertretung bekannt. Man kann sie zwar noch nicht wissenschaftlich belegen. Die Wirksamkeit ist aber phänomenologisch bekannt. Man könnte dies in Beteiligungsprozessen nutzen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Es könnte helfen, Sicherheitsanforderungen in der Langzeitperspektive einer kritischen Prüfung zu unterziehen, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Weitergabe von Informationen.

Meine These 10: Öffentlichkeitsbeteiligung darf in einem grundrechtsbezogenen Rechtsstaat den Rechtsschutz nicht ersetzen und nicht aushebeln.

Man muss ein neues Miteinander von Recht und Beteiligung finden. Es muss ein Und und nicht ein Oder sein. Wenn gemeinsam ausgehandelte Ergebnisse substanziell gut sind, werden sie nicht über die Gerichte zu Fall gebracht werden. Dies ist eine Garantie für Legitimität mehr als für Legalität. Es braucht aber natürlich beides. Rechtsschutz ist eine Garantie vor Übervorteilung im Verfahren und vor üblen Tricks.

Mein Fazit: Die Menschheitsaufgabe „Verwahren von strahlendem Müll über Generationen“ verlangt einen wirklichen Neustart - raus aus alten Mustern, vor allen Dingen auch raus aus Gorleben, Sicherung der Zwischenlager und rein in ein neues Miteinander.

Wir brauchen die Mitwirkung und das Interesse vieler, die die Informationsbasis sichern und mitgestalten. Das brauchen wir sowohl zur Weitergabe von Wissen an nachfolgende Generationen als auch, um bürgerschaftliches Engagement zu erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich habe Ihnen noch ein Bonbon mitgebracht, um Ihnen deutlich zu machen: Konsens funktioniert. Konsens ist nicht Ja oder Nein.

(Die Rednerin hält mit Thesen beschriftete DIN-A4-Blätter hoch)

Konsens ist zum Beispiel: Ich befürworte den Vorschlag voll.

Oder: Ich stimme mit leichtem Bedauern zu.

Oder: Ich überlasse Ihnen die Entscheidung und setze diese dann aber mit um.

Oder: Ich überlasse Ihnen die Entscheidung, akzeptiere sie, ziehe mich aber selbst zurück und bringe auch keine Torpedos im Nachhinein.

Oder: Ich habe schwere Bedenken und stimme mit großem Widerwillen zu.

Oder: Ich lege eindeutig mein Veto ein.

Wenn Sie das ausprobieren wollen, nehmen Sie sich eine These und stellen sich im Raum auf den entsprechenden Zettel. Dann werden Sie merken: Das funktioniert, um in Prozessen voranzukommen.

Vorsitzender Ralf Meister: Ganz herzlichen Dank, Frau Donat - auch für den Schluss mit den Blättern. Wir müssen jetzt aber für die Bundestagsabgeordneten den Weg zu zwei Abstimmungen von circa zehn Minuten frei machen. Wollen wir direkt Rückfragen stellen oder die Debatte in zehn Minuten fortsetzen, wenn sie wiederkommen? Letztes Mal haben wir ja zu lange gewartet. Wir sind alle hoch konzentriert, Frau Donat - auch schon vorher, aber jetzt erst recht. Wir könnten die Sitzung also fortsetzen. Da die Bankreihe rechts so leer ist, ist es aber vielleicht doch sinnvoller, dass wir jetzt zehn Minuten Pause machen und dann mit den Rückfragen an Sie einsteigen und die Diskussion eröffnen.

Zugleich will ich allerdings noch einen Hinweis geben. Wir haben neben den Gesprächen mit Ihnen noch weitere Punkte auf der Tagesordnung stehen. Zumindest die Tagesordnungspunkte 5 und 6 brauchen eine

wichtige Kurzabstimmung von uns allen. Wenn wir gleich um fünf vor eins weitermachen, müssen wir dann auch sehr konzentriert bleiben, damit wir diese Dinge auf jeden Fall noch bis 14 Uhr geklärt bekommen. - Okay. Bis gleich.

(Unterbrechung von 12.44 bis 12.59 Uhr)

Vorsitzender Ralf Meister: Lassen Sie uns bitte fortfahren. - Herr Ott ist gegangen; er musste um 13 Uhr weg. Herr Jäger wird um 13.30 Uhr gehen.

Die Verpflichtung steht: Um 14 Uhr ist Schluss für heute. Insofern ist jetzt tatsächlich eine gewisse Konzentration von uns allen, die wir noch hier sind, gefordert - a) in dem Gespräch mit Ihnen dreien und dann b) in dem Durchgang von TOP 5 und TOP 6.

Ich möchte jetzt noch einmal auf die drei Impulse von Herrn Fox, Herrn Fuder und Frau Donat zurückkommen. Herr Becker hatte die Option, als Erster zu fragen.

Thorben Becker: Ich möchte zunächst eine Anmerkung machen, die sich auf Schacht Konrad bezieht. Vorhin ist ja diskutiert worden, wie jetzt mit dem konkreten Genehmigungszustand umzugehen ist und ob das eine Auswirkung auf die Arbeit der Kommission hat. Was bei dem Anspruch, den Sie formuliert haben, meines Erachtens in jedem Fall eine Frage für die Kommission ist, ist die jetzt im Entsorgungsplan des BMUB stehende Möglichkeit, Schacht Konrad nachträglich zu erweitern. Das ist unter dem Stichwort „Vertrauen vor Ort“ ein ganz heikler Punkt und damit auch eine Frage, die in die Kommission gehört. Mit dieser Frage werden wir uns, ob wir wollen oder nicht - selbst wenn wir sagen, dass wir uns doch nur oder jedenfalls vorwiegend mit dem hoch radioaktiven Müll beschäftigen -, tatsächlich auseinandersetzen müssen. - Das war meine Anmerkung.

Dann habe ich eine Frage an Frau Donat. Ich verstehe diese Situation völlig. Wir als BUND erleben auch den Konflikt, den es mit der jetzigen Situation gibt: Wo steht das Verfahren? Wie wird die Kommission in der Öffentlichkeit und auch in der Bewegung und bei den Initiativen gesehen? Der eigentliche Weg wäre, am Anfang so etwas wie Friedensverhandlungen zu machen. Ist es aber in der realen Welt nicht die einzige Chance der Kommission, durch konkrete Arbeit zu überzeugen und Vertrauen aufzubauen? Ganz konkret für diese Gruppe hieße das, eine Beteiligung an der Arbeit der Kommission zu ermöglichen, die keine Alibifunktion hat und keine Scheinbeteiligung ist, sondern tatsächlich ernst gemeint ist und eine ernsthafte Beteiligung an der Arbeit und an den wesentlichen Ergebnissen darstellt. Gibt es denn eine Alternative dazu? Ich kann diesen Anspruch zwar verstehen, sehe im Moment aber keinen konkreten Prozess, der eine Alternative dazu darstellt. Die jetzige Situation ist tatsächlich zum Teil verfahren. Der Kommission wird von vielen Initiativen ja immer wieder unterstellt: Ihr wollt es doch gar nicht; ihr meint es doch nicht ernst; ihr wollt doch nur einbinden usw. - Gibt es eine andere Möglichkeit, außer wirklich durch konkrete Arbeit zu zeigen, dass eine ernsthafte Beteiligung gewünscht ist?

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Donat.

Ulrike Donat: Zunächst einmal möchte ich davon abraten, von Vertrauen zu sprechen; denn dieser Begriff gehört meines Erachtens nicht in das politische Feld. Ich würde von Glaubwürdigkeit sprechen. Vertrauen kann ich einer Person. Aber Systemen? Ich kann vielleicht Verfahrensweisen vertrauen. Da bin ich also sehr vorsichtig; denn hier geht es nicht um Glaube - wir sind ja nicht bei der Schlange Kaa -, sondern um transparente Prozesse und um Wege, die man gehen kann und auf denen man, bildlich gesprochen, nicht im Sumpf versinkt.

Widerstandsbewegungen tun gut daran, ihre erarbeiteten Protestkulturen nicht einzumotten; denn genauso, wie auch die Energiewirtschaft ihre vermeintlichen Rechtspositionen wieder aus dem Hut zaubert, um irgendwie Positionen durchzusetzen, gilt es, diese Sicherheitsaspekte für die Bevölkerung durchzusetzen. Es ist immer ein Abwägungsprozess, in dem man sich fragen muss: Kann ich das draußen oder drinnen besser machen?

Sie in Ihrer Aufgabe als Prozessentwickler sollten aber wissen, worum es da geht. Aus hirnrationaler Sicht ist es natürlich so, dass es meinen Blickwinkel verengt, wenn ich in einem Konflikt oder sogar in einer eskalierten Stufe bin und emotional beteiligt bin. Wenn ich wieder einen Weitblick erreichen will, muss ich aus der Stresszone heraus, wie Konfliktforscher sagen. Ich muss in eine Komfortzone hinein, damit ich wieder reden kann und wieder andere Positionen wahrnehmen kann. Im Konflikt werden wir alle wie dreijährige Kinder. Wenn wir wieder erwachsen werden wollen, muss man einfach erst einmal zuhören. Es muss auch ausgesprochen werden, wo Unrecht geschehen ist. Im Übrigen denke ich, dass viel Unrecht geschehen ist. Es ist tatsächlich noch so, dass die Atomkraftgegner in den Verfassungsschutzdateien gehandelt werden. Das findet weiterhin statt. Das muss man auch ernst nehmen. Das sollte einen aber nicht daran hindern, gute Prozessbedingungen zu entwickeln.

Es ist auch bedauerlich, dass der AkEnd nicht umgesetzt wurde. Man kann ihn weiterentwickeln. Man kann Vorschläge machen. Gesellschaftliche Entwicklungen gehen langsam. Es braucht auf jeden Fall Zeit. Neben Zeit braucht es auch Kommunikation. Es braucht vielleicht auch Kommunikation außerhalb dieses starren Rahmens.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank.
- Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Frau Donat, zu Ihrem Vortrag hätte ich eine ganze Reihe von Anmerkungen. Ich möchte mich jetzt nur auf die Punkte beziehen, die im Zusammenhang mit einer späteren Öffentlichkeitsbeteiligung beispielsweise in einem Verfahren der Endlagersuche stehen.

Sie sprachen von einem Mitmachgewinn. Vielleicht können Sie noch näher erläutern, was Sie genau darunter verstehen.

Mehrfach haben Sie den Begriff „Schwarmintelligenz“ verwendet. Ich habe Sie so verstanden, dass diese Schwarmintelligenz nach Ihrer Auffassung auch eingesetzt werden sollte. Das sehe ich äußerst kritisch; denn wenn die Schwarmintelligenz eingesetzt wird, muss der Schwarm auch die Verantwortung übernehmen. Das ist für mich die Entscheidende. Wer hat denn die Verantwortung? Insofern halte ich es für äußerst kritisch, hier eine diffuse Schwarmintelligenz einzusetzen. Diejenigen, die die Verantwortung haben, und zwar in juristischem Sinne und in gesellschaftlichem Sinne, müssen hier die Entscheidung treffen - und nicht ein diffuser Schwarm.

Vorsitzender Ralf Meister: Bitte schön.

Ulrike Donat: Da gehen für mich verschiedene Dinge durcheinander. Der Einsatz von Schwarmintelligenz zur Ermittlung der besten Lösung ist auch schon in der Historie erprobt. Wir haben aus der Asse gehört, dass erst die Begleitgruppen Sicherheitsdefizite oder bessere Lösungen aufgezeigt haben und Vorschläge gemacht haben. Wenn Sie die Schwarmintelligenz, also das Wissen vieler und die emotionale Beteiligung vieler, jetzt ausblenden, blenden Sie vielleicht auch mögliche Lösungen aus. In meiner Rolle als Anwältin oder in meiner Rolle als jemand, der in eine Verwaltungsentscheidung eingebunden ist, sehe ich bestimmte Dinge nämlich nicht, weil ich die Akte vom Tisch haben will. Das ist ganz klar. Dann pauke ich

irgendeine Lösung durch. Die Rolle von Bürgern ist aber eine andere. Die Rolle von Bürgern ist, die Entscheidung besser zu machen und das Übersehene zu benennen. Das meine ich mit Schwarmintelligenz. Es geht also darum, in den Prozess der Suche nach einer guten Lösung eine weitere Perspektive einzubringen.

Das mit der Verantwortung ist so eine Sache. Wer hat denn die Verantwortung dafür, dass wir diesen Müll überhaupt haben? Das sind sicher nicht die Bürger - allerhöchstens vielleicht die Bürger, die die falschen Parteien gewählt haben; das weiß ich nicht. Gemacht haben den Müll aber nicht diejenigen, die mit ihren Kindern und Kindeskindern davon betroffen sind. Also: Welche Art von Verantwortung meinen Sie? Meinen Sie die moralische? Oder meinen Sie die rechtliche? Rechtlich ist sie zugewiesen, ja. Dann können wir uns darüber unterhalten, ob man sich von dieser Verantwortung freikaufen kann oder ob sie an einem hängen bleibt. Das hilft uns aber doch nicht weiter. Das merken Sie ja selbst. Wenn die Energieversorger jetzt klagen, um sich finanziell aus der Verantwortung zu stehlen, bringt uns das doch einer Lösung kein Stück näher.

Wenn Sie wirklich eine gute Lösung suchen, die Sie auch gegenüber Ihren Enkeln und Ur-enkeln verantworten können, brauchen Sie zwar ein klares Rollenbewusstsein, aber auch ein moralisches Qualitätsbewusstsein oder so etwas. Das sind Kategorien, die in rechtlichen und verwaltungstechnischen Strukturen nicht gut zusammenpassen. Ein solches Gewebe sollten wir neu stricken. Das ist meine Anregung.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich würde gerne auch zwei Dinge dazu sagen. - Erstens. Die Schwarmintelligenz unter historischen Gesichtspunkten oder gesellschaftspolitischer Perspektive heute auch zur Ermittlung der bestmöglichen Lösung aufzurufen, halte ich nach wie vor für gefährlich. Wir haben eine

Schwarmintelligenz in afrikanischen Staaten, dass Homosexualität mit dem Tod bestraft wird. Wir haben eine Schwarmintelligenz über anderthalb Jahrtausende, dass man Menschen als Sklaven ausbeuten darf, bis sie sterben. Insofern halte ich es für schwierig, einen historischen Fall zu wählen, an dem diese Herleitung dann funktioniert. Ich glaube, dass das weder unter ethischen noch unter gesellschaftstheoretischen Fragestellungen ausreichend luzid begründet ist. Da bin ich sehr skeptisch.

Zweitens. Zugleich bin ich Ihnen außerordentlich dankbar für viele, viele Ausführungen, die mich - ich sage es ganz offen - auch als Theologen sehr bewegt haben. Sie haben Versöhnungskommissionen angesprochen und den Prozess geschildert, in dem ein Verfahren entwickelt wird, das Glaubwürdigkeit konstituiert. Dieses Verfahren muss einen Raum haben, in dem Orte für Schuld sind. Das haben Sie im Zusammenhang mit der Versöhnung dargestellt. Ich glaube, dass ein Teil der Verantwortung dieser Kommission auch darin liegt, deutlich zu machen, dass für einen Konsens alle in dem Dreieck dargestellten Bereiche, nämlich Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, auch damit umgehen müssen, an welchen Stellen sie schuldig geworden sind. Das soll jetzt keine moralische Gerichtsszene sein. Es ist aber ein Moment in der Einsicht, dass andere und neue Verfahren dann ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit gewinnen. Für das von Ihnen in den Thesen 3 und 4 Aufgerufene sage ich also noch einmal ganz besonderen Dank.

Mein Vorschlag wäre, dass wir schon versuchen, die Kernthesen zu sammeln - das wird natürlich nicht den gesamten Ausführungen von Ihnen dreien gerecht -, die wir jetzt festhalten wollen. Wir sollten also die Dinge zusammenlegen, die von Ihnen zum Teil auch thematisch gesetzt worden sind. Zwar werden diese Dinge auch durch Sie immer wieder mit eingebracht. Weil wir in den letzten 45 Minuten nicht mehr in eine offene Debatte

einsteigen können, wie ich glaube, sollten wir uns jetzt aber darauf konzentrieren, die Dinge, die wir nicht vergessen dürfen, einfach einmal zusammenzutragen, vielleicht sogar ganz ohne große Begründungszusammenhänge. - Herr Zdebel.

Abg. Hubertus Zdebel: Frau Donat, ich wollte zumindest noch sagen, dass Ihr Vortrag mir außerordentlich gut gefallen hat. Sie haben mit Ihren Feststellungen zumindest bei mir offene Türen eingerannt. Was das weitere Verfahren zur Endlagersuche angeht, teilen wir große Teile der Kritik, die Sie heute auch vorgebracht haben. Dass Gorbleben im Standortauswahlgesetz nach wie vor als Standort im Rennen ist, ist sicher einer der großen Hinderungspunkte. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sehen Sie das ja ähnlich.

Es ist von allen immer wieder die Frage von Misstrauen oder Vertrauen in den Raum gestellt worden. Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, wie Begleitarbeit oder Moderationsverfahren unabhängig von staatlichen Instanzen geleistet werden können. Das hat sich wie ein roter Faden durch die ganzen Ausführungen gezogen. Mich würde einmal interessieren, wie es denn mit Finanzmitteln zum Beispiel für Bürgerbeteiligung vor Ort aussieht; denn wenn man wirklich auf Augenhöhe mit staatlichen Behörden oder anderen Instanzen arbeiten will, braucht man auch wissenschaftliches Know-how oder Gutachten. Damit steht dann auch ein finanzieller Faktor im Raum. Ich halte es für sehr wichtig, dann auch über Finanzen zu reden - obwohl das in gewisser Weise vielleicht sogar wieder ein Widerspruch ist. Ich kenne das aus den Niederlanden. Dort gab es ähnliche Debatten über Bevölkerungspartizipation oder sogar Bürgermitbestimmung in Stadtteilen. In den Bewohnerorganisationen wurde lange darüber diskutiert, ob man eigentlich von der Gemeinde Geld nehmen soll, um dann teilweise gegen die

offizielle Gemeindepolitik arbeiten zu können oder zumindest ein bisschen dagegenhalten zu können. In diesem Spannungsfeld stehen viele dann ja auch immer wieder. Mich würde interessieren, wie die Meinungen von allen dreien dazu aussehen.

Vorsitzender Ralf Meister: Können wir ein paar Anfragen und ein paar Punkte zu den Thesen, die wir festhalten wollen, sammeln? - Herr Thomauske, Herr Miersch und Herr Kanitz.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Übergreifend ist für mich von allen dreien ein Gesichtspunkt von grundlegender Bedeutung angesprochen worden, nämlich die Frage: In welcher Form können die Spielregeln so erweitert werden, dass es von der informellen Beteiligung zu einer formellen Beteiligung kommt? Der zweite Aspekt dabei ist, dass es in den Verfahren heute ja auch eine formelle Beteiligung der Bevölkerung gibt, die aber ganz offensichtlich nicht ausreichend ist. In Teilbereichen kommt sie zu früh; ich erinnere daran, dass bei Stuttgart 21 die Leute erst wach geworden sind, als tatsächlich die Entscheidung entstand. Die Frage, wie man dann auch formell die Beteiligung in einem Prozess erhält, wird insbesondere beim Standortauswahlverfahren wichtig; denn dieser Prozess wird über mehrere Jahrzehnte laufen, und in diesem Zeitraum werden sich unter anderem die Akteure und die Räumlichkeiten derer, die davon betroffen sein können, ändern. Sprich: Wie können wir hier eine formale Beteiligungsmöglichkeit in der Form schaffen, dass diese Gesichtspunkte immer mit einbezogen werden können?

Abg. Dr. Matthias Miersch: Die drei Impulse waren zu wertvoll, als dass man sie jetzt schon abschließend bewerten könnte, glaube ich. Jedenfalls würde ich sie mir auch gerne noch einmal im Protokoll angucken. Drei Punkte nehme ich aber auf alle Fälle jetzt schon einmal mit.

Das Erste ist die Zurverfügungstellung von Know-how, von externem Sachverstand, der nicht staatlich organisiert sein darf, weil das schon Misstrauen hervorruft. Das ist ein ganz wichtiges Element.

Das Zweite sind Interventionsmöglichkeiten wirklicher Art, möglicherweise auch jenseits des Rechtssystems, und zwar schon vorher.

Das Dritte sind lernende Elemente, die wir in dem Verfahren immer wieder brauchen, so dass es auch immer wieder die Möglichkeit der Korrektur gibt.

Ich will an dieser Stelle aber darauf hinweisen, dass es mir sehr wichtig ist, heute auch noch ausreichend Zeit zu haben, um die weiteren Schritte - auch vor dem Hintergrund der Vorschläge von Herrn Sommer - zu besprechen. Das müssen wir wirklich heute abarbeiten.

Abg. Steffen Kanitz: Ich will einmal zwei Dinge nennen, wobei man ganz viele andere Punkte auch noch nennen könnte.

Erstens: dass die Beteiligung nicht als lästige Pflicht verstanden wird, sondern als konstitutives Merkmal einer zielorientierten Suche nach einer bestmöglichen Lösung. Das haben Sie mit dem Stichwort „Behördenkultur“ angesprochen. Für die Kommission und für die gesellschaftliche Debatte ist es wichtig, dass wir das als selbstverständlich begreifen und sagen: Es wird nur dann funktionieren, wenn wir eine echte Beteiligung organisiert bekommen.

Zweitens: zuhören statt anhören, also echte Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Das heißt: Wenn es in diesem Teilnahmeverfahren Erkenntnisse gibt, müssen sie nicht nur angehört werden, sondern auch im Verfahren Berücksichtigung finden.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: In den drei Vorträgen gab es einerseits einige Punkte, die in meinen Augen relativ leicht in ein späteres Verfahren eingespeist werden können. Andererseits gab es einzelne Punkte, über die wir hier noch ausführlich diskutieren müssen.

Der erste relativ leicht einspeisbare Punkt ist die Zurverfügungstellung von Unterlagen. Das muss in meinen Augen heutzutage mit den elektronischen Mitteln recht schnell und vollständig möglich sein. Das kann man, glaube ich, relativ schnell fordern.

Der zweite Punkt ist die Mittelbereitstellung. An den Mitteln wird das vermutlich nicht scheitern. Wir müssen nur schauen, wie und wem dann Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der dritte Punkt in dieser beispielhaften Aufzählung ist das Ernstnehmen. In diesem Zusammenhang brauchen wir in der Tat eine Änderung der Behördenkultur, Herr Kanitz. Ich glaube, dass das in einem späteren Verfahren auch umsetzbar ist.

Schwieriger umzusetzen sind beispielsweise Vetorechte, die von Frau Donat angesprochen worden sind. Hier muss man sehr genau schauen, wem man Vetorechte einräumt und wie man diese einbaut.

Ich habe an alle drei noch eine Bitte. Alle drei haben mehrfach davon gesprochen, dass auf Augenhöhe verhandelt werden muss. Vielleicht können Sie noch einmal zusammenstellen - und sei es nur auf einer DIN-A4-Seite -, welche Punkte Sie konkret meinen, damit auf Augenhöhe verhandelt wird oder miteinander kommuniziert wird.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich nehme aus den drei Vorträgen drei wesentliche Punkte für unsere Arbeit mit. - Der erste Punkt geht in die Richtung, die Herr Thomauske schon angesprochen hat. Der Schlüssel wird sicherlich darin liegen, dass man einen Konsens über einen neuen Prozess jenseits des heutigen Planungsrechts und der Beteiligungsprozesse, die dort eingebaut sind, erzielt. Frau Donat, Ihr Hinweis, wie lange es dauert, bis man sich auf einen solchen Prozess verständigt hat, war nicht ganz ermutigend. Das ist für uns eine Herausforderung; denn wir haben auch hier - Stichwort „Zielkonflikt“ - wieder nur begrenzte Zeit zur Verfügung. Dennoch müssen wir uns dieser Aufgabe stellen.

Der zweite Punkt ist: Aus den Vorträgen sind bereits die Zielkonflikte erkennbar geworden, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Ein solcher Prozess, wie er hier auch angesprochen worden ist, soll ein lerner Prozess sein. Er soll Rücksprungmöglichkeiten haben. Das wird mit Sicherheit Zielkonflikte mit Blick auf die angestrebte Lösung mit sich bringen. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage der Mitwirkrechte bzw. Vetorechte genauso. Das muss klar definiert werden. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir es hier - das ist jedenfalls meine Einschätzung - mit handfesten Zielkonflikten zu tun haben, über die man sich dann irgendwie verständigen muss - am besten im Vorhinein, damit es nicht im konkreten Fall, wenn die Emotionen hochkommen, zu der von Frau Donat erwähnten Verengung der Sichtweisen kommt.

Der dritte Punkt bezieht sich ebenfalls auf die Konflikte. Auf der einen Seite halte ich es für nachvollziehbar, dass man, wenn man eine Diskussion auf Augenhöhe haben möchte, die Beteiligten auch mit einem gewissen Sachverstand unterstützt. Auf der anderen Seite werden wir sicherlich den Zielkonflikt lösen müssen, der entsteht, wenn es die Forderung gibt, Dinge zu 100 Prozent

nachvollziehen zu können, die beispielsweise eine Behörde mit entsprechenden Gutachten in dem Prozess bis dato vorgelegt hat. Es wird mit Sicherheit auch keine einfache Aufgabe werden, dann doch irgendwo, wieder orientiert an der Verantwortung, eine Zäsur zu machen. Dieser Punkt scheint mir wichtig zu sein. - Das waren die Punkte, die ich heute aus den Vorträgen mitnehme.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank.
- Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde gerne den von Frau Donat benutzten Begriff „Mitmachfalle“ aufgreifen. Er fasst, glaube ich, sehr knackig zusammen, wo die möglichen Fehler liegen, die man vermeiden muss.

Außerdem habe ich die Bitte, dass wir uns überlegen, wie solche regionalen Begleitgremien unabhängig - auch finanziell unabhängig - sein können. Ich sehe im Moment noch nicht, wie dies gemacht werden kann, halte das aber für einen wichtigen Aspekt.

Dann möchte ich eine Lanze für Vetorechte brechen. Ich weiß, dass man davor ungeheuer zurückschreckt. Ich hatte in meiner Beschäftigung mit der ganzen Sache auch eine Phase, in der ich davor zurückgeschreckt bin. Inzwischen glaube ich aber, dass es gar nicht anders geht. Wir brauchen eine Zustimmung der betroffenen Region zu so etwas wie einem Endlager. Meines Erachtens würde es den ganzen Prozess, auch den Beteiligungsprozess, ungeheuer entlasten, wenn am Ende ein solches Recht stünde - wobei ich lieber „Zustimmung“ als „Vetorecht“ sage; denn das klingt nicht ganz so hart, ist aber im Kern dasselbe. Es ist natürlich klar, dass mit der Endlagersuche nicht Schluss ist, wenn eine solche Zustimmung nicht erfolgt. Vielmehr macht man dann, wie es ja auch beim AkEnd angelegt war, einen Schritt zurück; denn dann ist eine Fehlerkorrektur notwendig. Inzwischen bin ich aber

der Meinung, dass wir uns alle Beteiligungsprozesse und alles das sparen können, wenn wir dieses Recht am Ende nicht haben. Um den Prozess zu erleichtern, ist es notwendig, dass die Region am Ende sagt: Ja, da machen wir jetzt mit, auch bei dieser letzten Entscheidung.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Es wäre schön, wenn Sie noch einmal Stellung nehmen bzw. auf die angesprochenen Punkte antworten würden. Herr Fuder, möchten Sie beginnen?

Michael Fuder: Ja, gerne. - Frau Kotting-Uhl, ich gehe direkt auf Ihre Frage zu dem Vetorecht ein - wobei ich persönlich erst einmal Vorbehalte dagegen habe. Vielleicht ist es aber Unerfahrenheit; das will ich durchaus zugestehen. Diese Frage verknüpfe ich allerdings mit dem Aspekt zum Schacht Konrad, bei dem wir eben - in Anführungsstrichen - „Disput“ hatten. Frau Donat hat, wie ich finde, richtig ausgeführt - sie hat das an einer Wahrheits- und Versöhnungskommission festgemacht; ich formuliere es jetzt einmal mit meinen eigenen Worten -, dass man im Rahmen des Möglichen versuchen muss, mit so wenigen Altlasten wie möglich in ein Verfahren hineinzugehen. Das heißt für mich in Bezug auf Schacht Konrad beispielsweise: Wir führen in Deutschland jetzt eine Debatte um Rückholbarkeit oder Nichtrückholbarkeit. Für Schacht Konrad ist das festgeschrieben. Ich frage mich, wie eine solche Situation eine erträgliche Altlast sein kann. Und nur einmal am Rande bemerkt: Wenn es ein Vetorecht gäbe, wäre Schacht Konrad garantiert tot.

Ich hatte den Begriff des ökologischen Friedens in die Diskussion gebracht, und zwar in Parallelität zum sozialen Frieden. Frau Donat hat das noch einmal aufgegriffen. Ich fände es hochinteressant, sich einmal anzuschauen: Welche Verfahren - formell, informell, auch im Grenzbereich von formell und informell - zur Herstellung bzw. Wahrung

des sozialen Friedens haben wir denn in Deutschland? Und was kann man da möglicherweise in angepasster Art und Weise übertragen? Das wäre in meinen Augen ein unglaublich spannender Prozess. Zum Beispiel könnte man einmal ins Betriebsverfassungsgesetz gucken und prüfen: Was gibt es denn dort für Mechanismen? Welche Erfahrungen sind da gesammelt worden? Was kann man übernehmen? Was kann man abwandeln? Und was ist möglicherweise auch Blödsinn? Vielleicht kann man nach dieser Methode vorgehen, um bei bestimmten Punkten nicht bei null anfangen zu müssen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Herr Fox.

Andreas Fox: Es gibt ja auch Vetorechte mit aufschiebender Wirkung. Man kann ein Verfahren ja auch mehrfach durchgehen, bis man zu Entscheidungen kommt. Es ist niemals etwas auf Tausende von Jahren ganz und gar in Stein gemeißelt. Das ist da fast mit am besten.

Sie haben alle hier in der Runde schon wichtige Aspekte herausgestrichen, die sich auch nach unserer Erfahrung ergeben haben. Ich möchte nur zwei Punkte noch einmal hervorheben.

Zum Ersten muss es eine verbindliche Einflussmöglichkeit der Öffentlichkeit und der beteiligten Menschen geben, wenn man am Ende eine Glaubwürdigkeit für das Verfahren erreichen möchte.

Zum Zweiten müssen Sie sich und wir uns hier in der Kommission Gedanken darüber machen, ob und wie wir festlegen, dass verbindliche Möglichkeiten bestehen, an Informationen zu kommen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, dafür zu sorgen, dass zum einen die entscheidenden Informationen, was den sachlich-technischen Hintergrund angeht, zum Beispiel Gutachten, öffentlich werden und dass zum anderen das,

was aktuell getan wird, was aktuell in der Planung ist, was aktuell in der Entwicklung ist, auch nach außen hin transparent wird.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank.
- Frau Donat.

Ulrike Donat: Hier ist die Frage gestellt worden, wie man Augenhöhe herstellen kann. Da bieten sich auch andere Begriffe an, zum Beispiel Balance oder Waffengleichheit oder so etwas. Es geht schon darum, dass nicht die großen Mächtigen alles alleine machen. Ich habe einmal entsprechende Bilder gemalt. Die Atomenergie hat das ganze Geld und die Rechtsposition, und der Staat hat die zahlreichen staatlichen Gremien, die Gesetzgebungsmacht, die Gerichte usw. Die Bürger sind zwar viele und geben eigentlich auch das Mandat. Aber womit sind sie eigentlich ausgestattet? Darauf muss man in einem Verfahren achten. Sie haben eben die Gegenmacht. Sie können protestieren.

Wenn Sie sie bemächtigen wollen, mit zu verhandeln, müssen Sie sich entweder Ihrer Machtposition zeitweise entledigen, um einem Gespräch oder einem solchen Verfahren vielleicht auch einmal den Vorrang vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung zu geben, oder Sie brauchen unbedingt - das ist auf jeden Fall unverzichtbar - eine unabhängige Moderation, die dafür sorgt, dass man zumindest ansatzweise mit einem gleichen Informationsstand respektvoll über die Sache reden kann. Als Mediatoren führen wir auch häufig Mediationen zwischen mächtigen und weniger mächtigen Personen durch. Dann geht es darum, ein Empowerment hinzubekommen, also den entsprechenden Sachverstand durch Ressourcen, durch Geld, zu ermöglichen.

Das bricht sich dann in Verfahrensgrundsätzen herunter. Ich habe Ihnen ja gute Praxis aufgeschrieben. Das bricht sich also in Kriterien herunter, mit denen man sicherstellt, dass alle Beteiligten respektvoll miteinander

verhandeln können, weil alle das gleiche Rederecht haben usw. Das bricht sich auch im Ergebnis herunter: Reden wir hier nur zum Spaß? Oder hat es eine Auswirkung? Wenn es keine Auswirkung hat, funktioniert das nicht. Dafür brauchen Sie die Bürger nicht noch einmal zu benutzen, sage ich ganz ehrlich.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Geßner.

Michael Geßner: Zu einer sehr spannenden Frage hätte ich gerne noch einmal eine Konkretisierung Ihrer Haltung. Würden Sie das von Frau Kotting-Uhl angesprochene Vetorecht für die Betroffenen in den jeweiligen Regionen als einen zentralen Punkt in Anspruch nehmen? Richtig klar kam das aus Ihren drei Statements jetzt noch nicht heraus. Sie haben zwar ein Beispiel gebracht und gesagt, Schacht Konrad wäre bei einem Vetorecht tot. Ich frage Sie aber noch einmal ganz konkret bezogen auf die Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle: Halten Sie für dieses Verfahren das Vetorecht auf jeder Stufe des Verfahrens, zu jedem Zeitpunkt und - das würde mich auch noch interessieren - begründet oder unbegründet für richtig und wichtig oder nicht?

Ulrike Donat: Ich habe Ihnen auch deswegen die Konsensstufen vorgestellt, weil es im gewaltfreien Widerstand auch immer um die Frage geht: Was mache ich mit, und was mache ich nicht mit? Das ist graduell. Im Verfahren müssen Sie alle mitnehmen, glaube ich. Wenn jemand das Verfahren nicht unterstützt, steigt er einfach aus. Dann haben wir diese Personen nicht mit drin.

Letztendlich muss man sehr genau prüfen, wer Vetorechte - und warum - bekommen soll.

Ich habe Ihnen die Position der Stellvertretung für die kommenden Generationen vor-

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

geschlagen, weil ich finde, dass es einen Anspruch auf Schutz gibt, der unverhandelbar ist.

Sie haben nach Regionen gefragt. Ich spreche ja nicht für Gorleben. Wenn ich einmal in die Gorleben-Perspektive gehen würde, würde ich aber sagen: 40 Jahre Gewalt sind 40 Jahre zu viel.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank an Sie drei. Ich freue mich, dass wir das Gespräch mit Ihnen fortsetzen können, und danke Ihnen für die Impulse und für Ihre Anregungen. Sie haben, glaube ich, auch gespürt, dass das in unserer Debatte Markierungen gewesen sind. So habe ich es jedenfalls erlebt. Noch einmal vielen Dank.

(Beifall)

Wir schlagen um und kommen zum nächsten Thema.

Tagesordnungspunkt 5
Öffentlichkeitsarbeit und -beteiligung
(unter anderem K-Drs./AG1-9:
Vorschläge von Jörg Sommer)

Die Vorschläge von Herrn Sommer sind durch das Anschreiben fast selbsterklärend. Ich habe Frau Rössig aber gebeten, noch kurz ein paar Sätze zur Einführung zu sagen. Dieses Schreiben korrespondiert in bestimmten Punkten auch mit einigen Vorschlägen, die Herr Kanitz eingebracht hat. Da kommen also mehrere Dinge zusammen.

Auf Wiedersehen, Herr Jäger.

Frau Rössig, bitte sagen Sie noch ein paar Sätze dazu, damit wir anschließend kurz besprechen können - kurz, muss ich leider sagen -, wie wir damit verfahren und was wir jetzt schon aufnehmen.

Wiebke Rössig: Angesichts der Zeit werde ich die Einführung knapp halten, zumal alle den Brief auch gelesen haben. Es geht in der Essenz darum, dass es in den mittlerweile acht Monaten immer noch keine Bürgerbeteiligung gegeben hat und dass es nach unserer Meinung jetzt schnell gehen muss.

Wir schlagen vor - dieser Vorschlag ging aufgrund der Krankheit von Herrn Sommer erst gestern Abend an die Kommission, liegt Ihnen jetzt aber zur internen Verwendung vor; zur internen Verwendung deswegen, weil es sich um Personalien handelt -, in möglichst naher Zukunft in der Gesamtkommission eine Anhörung zum Thema Bürgerbeteiligung durchzuführen. Wenn man ein gutes Konzept für Beteiligung im Standortauswahlverfahren, aber vor allen Dingen auch in der Kommissionsbegleitung erarbeiten möchte, gehören dazu nach unserer Überzeugung nämlich zwei Dinge: zum einen die Evaluation dessen, was es an Beteiligungsverfahren auf dem Markt gibt, und zum anderen ein Dialog mit den Bürgern darüber, wie sie eigentlich beteiligt werden möchten. Wir halten es für zielführender, mit diesen Elementen zu beginnen, als erst ein Konzept für Beteiligung auszuarbeiten. Aus diesem Grund haben wir diesen Vorschlag für eine baldige Anhörung in der Gesamtkommission vorgelegt.

Dazu haben Sie jetzt auch die Kopie einer Liste erhalten. Sie ist dezidiert als Vorschlag der Personen gedacht, die wir hier zusammengestellt haben.

Thematisch sollte man das Ganze folgendermaßen gliedern:

Erstens: eine kurze Einführung zu Grundlagen der Bürgerbeteiligung sowie rechtlichen und wissenschaftlichen Hintergründen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Zweitens: Ergänzungen zu der Bürgerbeteiligung, die im StandAG vorgesehen ist. Dazu gab es in der Anhörung „Evaluierung“ am 3. November 2014 recht wenig. Das sollte man noch ein bisschen vertiefen.

Drittens: konkrete Vorschläge und Konzepte zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommissionstätigkeit. Man sollte sich vor allen Dingen mit diesem Thema beschäftigen, um dann zügig dazu zu kommen, über ein solches Verfahren zu entscheiden und es bald umzusetzen, um die Kommissionsarbeit zu begleiten. Wir sind davon überzeugt, dass man daraus auch schon viele Rückschlüsse für die Ausarbeitung eines konkreten Beteiligungskonzepts für die Standortauswahl ziehen kann.

In dem Brief wird auch auf die Bürgerbeteiligungsplattform www.plenum.cc eingegangen. Wie ich schon kurz angesprochen hatte, haben wir als Deutsche Umweltstiftung vor einigen Monaten probeweise ein Portal vorgestellt, in dem es ein bisschen zum Dialogverständnis und zur Bürgerbeteiligung des AkEnd zurückgehen soll. Wir möchten Sie alle dazu aufrufen, dass Sie sich gerne daran beteiligen dürfen. Jeder darf sich ja dort beteiligen. Es gibt keinerlei Einschränkungen, wer da mitmachen darf. Wir laden Sie auch ein, über dieses Format als Alternative zu dem heute Morgen diskutierten Forum nachzudenken, weil wir finden, dass es einige Vorteile bietet - zum Beispiel den Vorteil, dass es recht wenig Moderation benötigt. Wir sehen jetzt, dass sich dort ganz spannende Diskussionen entwickeln. Jeder kann sie beobachten, und jeder kann seine Meinung dazu einbringen. Man kann das gut mit der Möglichkeit koppeln, dort auch Fragen zu stellen. Es könnten auch Fragen parallel zu einer Sitzung gestellt werden, die dann in die Sitzung - beispielsweise in einem gesonderten Tagesordnungspunkt oder nach jedem Tagesordnungspunkt - einfließen könnten, wie Herr Thomaske das gerade auch vorgeschlagen hat. Es wäre nicht notwendig, dass

jeder einen Tag der Woche dafür aufwendet, Fragen zu beantworten. Er kann sich einfach so in die Diskussion einbringen, wie er das möchte und für sinnvoll hält. Wir haben bis jetzt auch kaum die Erfahrung gemacht, dass das falsch genutzt worden wäre oder dass wir Probleme mit Beschimpfungen und Ähnlichem gehabt hätten. Das könnte aber letztlich durch die Geschäftsstelle geregelt werden. Sie könnte eine solche Moderation vornehmen und darauf achten, dass dort respektvoll miteinander umgegangen wird usw. Inhaltlich könnte sich jeder beteiligen. Ich lade Sie herzlich ein, sich das einmal anzugucken und es vielleicht auch in Ihren Kreisen zu verbreiten. Dann schauen wir einmal, wie sich das dann weiterentwickelt.

Außerdem haben wir dazu aufgerufen - das deckt sich teilweise auch mit dem Brief von Herrn Kanitz -, einen Vertreter der Jugend dauerhaft in dieser Arbeitsgruppe zu beteiligen, vielleicht aber auch in der Gesamtkommission einen besonderen Status dafür vorzusehen. Im Rahmen der Vorbereitung dieses Schreibens haben wir schon einmal mit dem Deutschen Bundesjugendring gesprochen. Er hat uns da auch interessante Anregungen gegeben. Meines Erachtens sollte man dort einfach einmal vorfühlen, um in einem offiziielleren Rahmen einen Jugendvertreter zu integrieren. Auch da denke ich übrigens, dass es eilt.

Die anderen Punkte betrafen die Budgetfragen. Das haben Sie alles gelesen. Wir haben auch schon einmal an sehr viel früherer Stelle angemerkt, dass es bereits Schulmaterialien gibt, die das Öko-Institut und das Unabhängige Institut für Umweltfragen gemeinsam erarbeitet haben. Diese Materialien könnte man mit einer gewissen Förderung vonseiten der Kommission recht schnell in größerem Umfang als bisher in die Schulen bringen, um nachfolgenden Generationen mehr Wissen zu vermitteln und sie stärker in die Thematik einzuführen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Außerdem haben wir darum gebeten, die Berichterstattung zur Öffentlichkeitsbeteiligung - dabei geht es unter anderem um die Zuschriften, die Beantwortung dieser Zuschriften und die Stellungnahmen der Geschäftsstelle zu diesen Zuschriften - an prominenter Stelle in der Kommission zu behandeln. Es sollten nicht nur die entsprechenden Unterlagen als Information an die Mitglieder verteilt werden, sondern man sollte diesem Thema eine größere Stellung in der Kommissionstätigkeit einräumen.

Die Liste ist, wie gesagt, als Vorschlag gedacht. Wir würden uns sehr freuen, wenn aus diesem Gremium eine Unterstützung für dieses Vorhaben einer Anhörung hervorgehen könnte und auch eine Diskussion um die Personalien, die wir jetzt einfach einmal so in den Raum gestellt haben, geführt würde. - Vielen Dank.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank für die Ausführungen dazu. - Kurz noch einmal zur Klärung: Wir haben ein Schreiben, das Ihnen als Kommissionsdrucksache vorliegt, ohne Datum. Es enthält sechs Unterpunkte, die wir auch der Reihe nach aufrufen könnten. Dann haben wir das Schreiben, das am gestrigen Abend eingegangen ist. Außerdem haben wir den auch am gestrigen Abend eingegangenen Brief von Herrn Kainitz. Darauf wollte ich nur hinweisen, um sicherzustellen, dass wir alle die gleichen Grundlagen haben, über die wir hier sprechen.

Was ich zuerst aufgerufen habe, war erst einmal nur die Kommissionsdrucksache mit den sechs Punkten. Vielleicht können wir sie schon einmal abarbeiten und dann zu den anderen Punkten kommen. Darüber müssten Sie sich aber kurz verständigen. Das ist nur ein Vorschlag für ein systematisches Vorgehen gewesen. - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Zunächst muss ich eine Vorbemerkung machen; denn ich hätte

schon gerne geklärt, ob wir jetzt, wenn wir hier Dinge bereden wollen, vorher eine Vorlage machen müssen. Bisher habe ich die Kommission nämlich nicht so verstanden. Ich dachte eigentlich, dass der Austausch hier stattfindet und dass wir uns hier auch äußern und hier unsere Vorschläge einbringen. Gehen wir denn jetzt sukzessive dazu über, dass man seine Vorschläge vorher schriftlich einreichen muss? So habe ich das bisher nicht verstanden. Da würde ich Sie doch einmal um eine Klärung bitten, Herr Vorsitzender.

Jetzt möchte ich etwas zu dem Vorschlag von Jörg Sommer bezüglich einer Anhörung zu Partizipationsmethoden sagen. Wir haben hier zwei Aufgabenstränge - einerseits, wie die Kommission die Öffentlichkeit beteiligt, und andererseits, welche Partizipationsverfahren wir dann für das eigentliche Suchverfahren vorschlagen. Ich finde, dass wir in diese zweite Aufgabe jetzt auch einsteigen müssen; denn das ist eine etwas langwierige Geschichte. Wahrscheinlich hat unsere Arbeitsgruppe die schwierigste Aufgabe der drei Arbeitsgruppen, weil wir etwas neu entwickeln müssen. Zwar ist die AG 3, Kriterien, natürlich die Arbeitsgruppe, auf die man nachher am meisten schaut. Sie ist auch ganz entscheidend. Auf ihrem Feld ist aber schon sehr viel Vorarbeit geleistet. Da muss man kein Rad neu erfinden. Wir müssen hingegen fast schon ein Rad neu erfinden.

Deswegen halte ich diese Anhörung zu Partizipationsmethoden für wichtig. Im Übrigen würde ich gar nicht von Partizipationsmethoden sprechen, sondern von Partizipationsverfahren, die es übrigens schon gibt. Da gibt es ja einiges. Das ist einem nur nicht unbedingt bekannt. Darauf würde ich großen Wert legen - und weniger auf das, was jetzt als Vorschlag für eine Anhörung vorliegt; denn Grundlagen und allgemeine rechtliche und wissenschaftliche Hintergründe sind mir zu theoretisch. Ich hätte es jetzt gerne einmal praktisch.

Bezüglich der Bürgerbeteiligung im Rahmen des StandAG haben wir alle auch schon x-mal interpretiert bekommen, was daran gut und was schlecht ist. Für mich ist der entscheidende Satz im StandAG, dass die Beteiligungsverfahren fortentwickelt werden sollen. Ich lege auch großen Wert darauf, dass dieser Satz nach der Evaluierung im Gesetz erhalten bleibt; denn ich glaube, dass die Fortentwicklung dann auch zusammen mit den betroffenen Regionen passieren muss.

Die im dritten Punkt vorgeschlagene Anhörung zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommissionstätigkeit möchte ich, ehrlich gesagt, auch nicht. Ich plädiere für eine Anhörung zu existierenden Partizipationsverfahren, die es schon gibt und die Erfolge hatten oder keine Erfolge hatten. Daran sollten wir die Frage anschließen, warum sie erfolgreich waren oder warum sie es nicht waren, um einmal in die praktische Entwicklung einzuweisen, die, wie ich finde, jetzt auch ansteht.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Miersch.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Auch wenn wir nur noch 15 Minuten haben, muss ich leider diametral dagegensprechen. Ich finde, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Kommission hier ein noch völlig unerledigtes Thema ist. Die Zivilgesellschaft wartet darauf. Weder die Kommission in Gänze noch die Arbeitsgruppen haben bis jetzt geeignete Formen gefunden. Deswegen sind beide Sachen nebeneinander zu sehen.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja!)

- Ja. Das Standortauswahlgesetz und neue Beteiligungsformen bei der Standortsuche selbst sind aus meiner Sicht aber etwas, über das wir die ganzen zweieinhalb Jahre nachdenken müssen.

Für viel wichtiger halte ich es, jetzt zu überlegen, wie diese Kommission und ihre Arbeitsgruppen in die Lage kommen, wirklich modernen Beteiligungsformen gerecht zu werden. Das hatte ich bei der ersten AG-Sitzung bereits einmal mit der Geschäftsstelle zu klären versucht - ohne dass ich Briefe geschrieben habe; deshalb müssen wir darüber auch noch einmal grundsätzlich reden. Ich hatte angeregt, Leute, die schon bei großen Infrastrukturprojekten Erfahrungen gesammelt haben, hier mit einzubeziehen. Viele davon sind auch von Herrn Sommer in seiner Vorschlagsliste genannt worden. Damals wurde mir gesagt, da gebe es ein Problem; denn wenn wir als Kommission letztlich professionelle Hilfe in Anspruch nähmen, um unser Verfahren zu gestalten, könne es Ausschreibungsprobleme geben, wenn Leute vorher schon einmal als Sachverständige bei uns gewesen seien. Deswegen sah man da Probleme. Ich will das hier nur sagen.

Ich würde dringend empfehlen, diese Anhörung nicht in der gesamten Kommission durchzuführen, weil der Zeitplan dort im Moment relativ getaktet ist. Vielmehr sollten wir uns als Arbeitsgruppe im Rahmen einer solchen Anhörung mit den Möglichkeiten einer modernen Kommissionsarbeit und den Anforderungen an die Kommissionsarbeit beschäftigen, um dann der Kommission konkrete Vorschläge zu machen.

Zu der im Standortauswahlgesetz vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung sind in der Anhörung „Evaluierung“ ein paar Momente angesprochen worden. Das müssen wir auch einmal auswerten. Dazu ist ja auch etwas gekommen. Das ist meines Erachtens ein Strang, der parallel dazu laufen muss.

Ich bitte aber darum, kurzfristig jetzt wirklich die Öffentlichkeitsarbeit der Kommission in den Mittelpunkt zu rücken.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ein kurzer Zwischenruf: Ich habe eine Parallelität gemeint. Ich meinte nicht, das eine zu lassen. Wir sollten aber mit dem anderen jetzt auch schon anfangen.

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Okay!
Gut!)

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Zdebel.

Abg. Hubertus Zdebel: Ich sehe da auch keinen großen Widerspruch. Das sind sinnvolle Vorschläge, denke ich. Ich beziehe mich jetzt auf das Sechs-Punkte-Papier von Herrn Sommer, das uns schon länger vorliegt. Ein paar Probleme sehe ich vielleicht bei der Bürgerbeteiligungsplattform www.plenum.cc - auch aufgrund der Debatte, die wir heute Morgen zum Internetauftritt hatten. Da ist jetzt offensichtlich auch Bewegung drin. Nach der Priorisierung, die wir heute Morgen besprochen haben, sollen diese Dialogmöglichkeiten ja entsprechend ausgeweitet werden. Das muss aber auch kein Widerspruch in sich sein.

Ansonsten müssen die hier aufgeführten Punkte zum Budget usw. natürlich konkretisiert werden, wenn wir die Öffentlichkeitsarbeit ernst nehmen. Nur: Die Frage, wie das mit dem Redakteur aussieht, ist ja heute Morgen auch nicht wirklich beantwortet worden, wenn ich mich recht entsinne. Das ist nach wie vor eine offene Baustelle.

In der Tat sollten wir eher von „Partizipationsverfahren“ als von „Partizipationsmethoden“ sprechen, wie Frau Kotting-Uhl das eben vorgeschlagen hat.

Ich weiß nicht, ob wir zu dem Brief von Herrn Kanitz jetzt etwas sagen können, weil Herr Kanitz nicht mehr da ist. Wenn doch, möchte ich zumindest eine Anmerkung zu dem Bürgerforum in den Landeshauptstädten machen. Dass das der Hit ist, wage ich,

geline gesagt, zu bezweifeln. Wenn wir so etwas machen, müssen wir an die Standorte gehen. Was sollen wir denn in den Landeshauptstädten? Ich finde es ein bisschen komisch, in Niedersachsen nach Hannover zu gehen - oder in Nordrhein-Westfalen nach Düsseldorf, obwohl es die Probleme dort im Münsterland oder im Aachener Raum mit Jülich gibt. Das sollte man doch noch einmal überdenken, finde ich.

Was die Institutsbeauftragung angeht - das ist der zweite wesentliche Punkt -, bin ich tatsächlich dafür, erst einmal diese Anhörung abzuwarten und dann eventuell in eine solche Debatte einzusteigen. Eigentlich sehe ich das im Moment aber noch nicht als prioritär an.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker.

Thorben Becker: Was die Prioritätensetzung angeht, stimme ich Herrn Miersch voll zu. In der Frage der Beteiligung der Öffentlichkeit durch die Kommission sollten wir tatsächlich möglichst schnell möglichst konkret werden. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist das auch der Haupttagesordnungspunkt für die nächste Sitzung dieser Arbeitsgruppe. Dann sollten wir uns in der Tat mit den Zielen und Ansprüchen sowie der Frage beschäftigen, wie viel Beteiligung wir denn einräumen wollen und einräumen können, damit wir auch wirklich einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

Jetzt einmal alle vergaberechtlichen Probleme beiseitegeschoben: Meine Idealvorstellung wäre, dass wir dann, wenn wir ungefähr wissen, welche Beteiligung wir ermöglichen wollen, nicht eine Anhörung durchführen, sondern eher eine Vorstellung verschiedener Umsetzungsmöglichkeiten. Wir sollten also Institutionen und Zusammenschlüsse anschreiben und dann ein Pitch veranstalten, bei dem uns konkrete Umsetzungsvorschläge vorgestellt werden. Wenn wir das als Anhörung tarnen müssen, dann tarnen wir

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

es eben als Anhörung. Genau das bräuchten wir aus meiner Sicht aber. Wir brauchen Klarheit darüber, was wir wollen, wie weit es gehen soll und was die Ziele sind - und vielleicht eine grobe Vorstellung. Wenn wir alle der Meinung sind, dass wir überhaupt nicht in eine Region wollen, darf auf dieser Basis natürlich kein Konzept erarbeitet werden. Wir sollten aber nicht bei einer theoretischen Debatte stehen bleiben, sondern relativ schnell konkrete Vorschläge bekommen; denn nur dann haben wir auch die Chance, relativ schnell mit der Umsetzung zu beginnen. Da sehe ich einen hohen Druck.

Die andere Anhörung ist für das Gesamtverfahren sicherlich auch interessant, hat meines Erachtens aber noch ein bisschen Zeit.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Donat.

Ulrike Donat: Da es um die Verfahren geht, wollte ich Ihnen kurz empfehlen, sich einmal die Internetseite www.partizipation.at anzuschauen. Dort kann man sehr gute Broschüren bestellen. Das eine sind Arbeitsblätter zur Partizipation, auf denen man ankreuzen kann, was man braucht und was unverzichtbar ist - je nachdem, welche Partizipationstiefe man will. Das andere ist ein Handbuch. Diese lesenswerten Broschüren können Sie sich da für wenig Geld bestellen - oder auch anders mit den Österreichern verhandeln. Jedenfalls sind sie sehr hilfreich, um Prozesse zu entwickeln.

Vorsitzender Ralf Meister: Danke schön. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Für die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommissionsarbeit brauchen wir keine Anhörung, glaube ich. Da stimme ich Frau Kotting-Uhl zu. Das müssen wir uns hier selbst überlegen. Das ist unsere Aufgabe. Das ist auch von uns bewältigbar. Das sollten wir auch möglichst bald tun. Ich denke, dass wir uns da auch schon einigen können.

Eine Anhörung zu Partizipationsmethoden, wie sie im Punkt 4 des Schreibens von Herrn Sommer vorgeschlagen wird, würde ich danach in die Wege leiten - danach. Das finde ich auch gut.

Dann möchte ich noch etwas zu den anderen Punkten in dem zweiseitigen Schreiben von Herrn Sommer ohne Datum sagen.

Zu Punkt 1, Budget für Öffentlichkeitsarbeit und -beteiligung, und Punkt 2, Ausstattung der Geschäftsstelle: Das würde ich erst ganz zum Schluss diskutieren, wenn wir wissen, was wir eigentlich machen.

Zu Punkt 3, Berichterstattung zur Öffentlichkeitsbeteiligung: Wir hatten ja gesagt, dass das an sich im Rahmen der Kommissionsarbeit erfolgen sollte. Das halte ich auch für sinnvoll. Man sollte das bei jeder Sitzung kurz für 20 Minuten oder eine halbe Stunde machen.

Zu Punkt 4, Anhörung zu Partizipationsmethoden: Dazu habe ich schon etwas gesagt. Da sollten wir wirklich eine Anhörung vornehmen.

Zu Punkt 5, Kommunikation der Bürgerbeteiligungsplattform plenum: Das ist für mich der gleiche Punkt, den wir heute schon diskutiert haben. Das, was jetzt hier im Rahmen der neuen Internetseite gemacht werden soll, ist doch das Gleiche. Das sehe ich so.

Zu Punkt 6, Gespräch mit Vertretern der Jugend: Das kann man sich von der Priorität her dann als Priorität 3 überlegen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich würde gerne den Fokus auf zwei andere Punkte legen. - Erstens. Wozu dient die Partizipation? Ist das in unserem Selbstverständnis eine Rückkopplung zu unserer Arbeit? Dann

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

müssten wir in irgendeiner Form etwas vorlegen. Oder wollen wir allgemein erfahren, was die Bevölkerung denkt oder die betroffenen Regionen denken, wie deren Vorstellungen oder Erwartungshaltungen sind? Das sind zwei unterschiedliche Aspekte, wobei wir im Augenblick hier nur den zweiten Aspekt verfolgen, aber als Kommission selber gar nicht in Vorleistung treten, indem wir uns in irgendeinem Punkt positionieren und sagen würden: Das ist unsere Vorstellung; dazu holen wir uns jetzt im Rahmen der Rückkopplung über die Partizipation die Position der Öffentlichkeit - was auch immer Öffentlichkeit an der Stelle sein soll. Das ist noch einmal ein spezieller Punkt. Immer, wenn wir über Öffentlichkeit reden, denken wir an bislang betroffene Gemeinden. Wenn wir Asse, Gorleben und Morsleben einladen, kommen Herr Zdebel mit der Aufforderung, Jülich nicht zu vergessen, und Herr Kanitz mit dem Hinweis auf die Zwischenlagergemeinden. Das ist allerdings nicht zukunftsgerichtet. Es ist zwar Erfahrungseinholung, aber nicht zukunftsgerichtet. Insofern käme es mir darauf an, diesen Aspekt stärker zu berücksichtigen.

Zweitens. Einer der zentralen Punkte des AkEnd war, dass wir jährlich einen Zwischenbericht vorgelegt haben. Es gab insgesamt drei Berichte. Auf dieser Grundlage haben wir dann einen Workshop durchgeführt, bei dem wir zu diesen Berichten, die ja eine vorläufige Positionierung des AkEnd beinhalteten, den Response erfahren haben. Ich erkenne, wenn ich die Geschäftsordnung einmal außen vor lasse, bisher erst wenige Punkte, bei denen die Kommission sich zu irgendetwas positioniert hat, sodass wir mit ihnen nach außen gehen könnten und sagen könnten: Ungefähr so stellen wir uns das vor. - Ich glaube nicht, dass wir eine Zielgerichtetheit im Hinblick auf unseren Aufgabenumfang hinbekommen, wenn wir uns nicht einen strengeren Fahrplan geben und festlegen, welche Aspekte wann zur Ent-

scheidung anstehen und wie diese Entscheidung erfolgen soll. Kurz zusammengefasst heißt das: Unter dem Aspekt, wofür die Kommission inhaltlich steht, können wir eine Partizipation nicht nur durchführen, um Externe zu fragen, was sie denken, sondern müssen auch selber etwas liefern und sagen, was wir denken, um darüber in den Dialog zu kommen; denn sonst ist es kein Dialog, sondern im besten Fall ein Zuhören.

Vorsitzender Ralf Meister:

Ach, da kommt der Meister!
Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister,
werd' ich nun nicht los.

Den *Zauberlehrling* hatten wir ja vorhin schon.

Die Verheißung hieß: Wir haben noch drei Minuten. Vielleicht machen wir ein paar Minuten länger. Wir müssen aber schon sehen, dass wir jetzt ein paar Fassungen finden, mit denen wir zumindest bis zum 12. Dezember 2014, also bis zu unserer nächsten Sitzung, kommen.

Schauen wir uns das Schreiben von Herrn Sommer noch einmal im Einzelnen an.

Zu Punkt 1, Budget für Öffentlichkeitsarbeit und -beteiligung: Wie schon mehrfach gesagt wurde, findet der erste Teil des Satzes in dieser Arbeitsgruppe einhellige Zustimmung. Wir unterstreichen also folgenden Satz voll - ich zitiere ihn noch einmal -:

Ohne ausreichende finanzielle Mittel wird eine effektive Beteiligung der Öffentlichkeit an der Arbeit der Kommission nicht möglich sein.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Wir würden allerdings wie folgt fortfahren - da würde Herr Sommer auch mitkommen, glaube ich -:

Wenn wir feststellen, dass bei konkreten Maßnahmen das Budget nicht ausreicht, nehmen wir entweder eine Umwidmung oder eine Erhöhung vor.

Zu Punkt 2, Ausstattung der Geschäftsstelle: Durch die bereits ausgeschriebene Suche nach einem Redakteur ist der erste notwendige Schritt für die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Geschäftsstelle erfolgt. Sollte das aufgrund der Ausweitung des Öffentlichkeitsauftrags, wie wir ihn noch zu formulieren haben, nicht ausreichen, wird es weitere Schritte geben.

Zu Punkt 3, Berichterstattung zur Öffentlichkeitsbeteiligung: Dieser Punkt erledigt sich von selbst, weil schon mehrfach gesagt wurde, dass es auftaucht. Das hier bezieht sich wohl auf die Kommission. Für mich bezieht es sich aber auch auf unsere Arbeitsgruppe. Das heißt: Wir bekommen selbstredend solche Informationen wie die Zugriffszahlen im Internet und, und, und.

Zu Punkt 4, Anhörung zu Partizipationsmethoden - oder Partizipationsverfahren -: Hier würde ich Herrn Kudla und Herrn Becker zustimmen. Wenn wir tatsächlich versuchen, am 12. Dezember 2014 Ziel und Konzept zumindest in unseren eigenen Vorstellungen - nicht endgültig, aber zumindest so weit - zu formulieren, ist es notwendig, zu schauen: Wen brauchen wir schon mit Angeboten für ein bestimmtes Verfahren, das dann realisiert werden soll? Oder wo fehlen uns noch Lücken im Grundsatz-Know-how, das wir hineinbringen müssen? Herr Gaßner und ich hatten versucht, mit Herrn Sommer ein Meeting zu verabreden. Das ist leider durch die Krankheit von Herrn Sommer nicht zustande gekommen. Wir hoffen, dass wir es, wenn er

rechtzeitig gesund wird, noch vor dem kommenden Wochenende durchführen können. Wenn das gelingt, gibt es für den 12. Dezember 2014 eine schriftliche Vorlage unter dem Gesichtspunkt „Ziel und Konzept“. Dann könnten wir diese Punkte einordnen oder auch kontrovers diskutieren oder ergänzen.

Zu Punkt 5, Kommunikation der Bürgerbeteiligungsplattform plenum: Dazu ist von Frau Kottling-Uhl und Herrn Zdebel schon etwas gesagt worden. Ich wäre auch ein bisschen skeptisch, eine Entwicklung - wie soll man sagen? - nicht auszulagern, aber zu www.plenum.cc zu verorten, obwohl wir an dieser Stelle erst einmal selbst innerhalb der Arbeitsgruppe und der Kommission notwendige Schritte machen.

Zu Punkt 6, Gespräch mit Vertretern der Jugend: Dieser Vorschlag ist nicht nur von Herrn Sommer gemacht worden, sondern von vielen anderen auch. Ich würde in den Auftrag aufnehmen, den Kontakt zum Beispiel zum Deutschen Bundesjugendring aufzubauen, um unabhängig davon, in welchem Status und in welcher Variante eine Beteiligung erfolgen kann, einmal zu schauen, wie die Resonanz bezüglich einer Beteiligung ist. Ich sage das auch auf dem Hintergrund, dass wir vor wenigen Wochen in der Evangelischen Akademie in Loccum mit 80 Schülern ein ganzes Wochenende zu diesem Thema veranstaltet haben, also Nachwuchs sozusagen gehört haben. Da gibt es Bedarf. Wir müssen aber noch einmal genau darüber nachdenken, wie wir eine repräsentative Struktur hinbekommen, damit dass auch in dieser Arbeitsgruppe oder in der Kommissionsarbeit einen Niederschlag findet und es keine komplette Asymmetrie oder so etwas gibt. Was den Vorschlag von Frau Donat angeht, müssten wir uns noch verständigen, welche Form wir da wählen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Das wäre die Aufnahme der sechs Punkte an dieser Stelle. - Damit habe ich auch schon in den nächsten Tagesordnungspunkt hineingeblendet.

Tagesordnungspunkt 6 Fortschreibung des Arbeitsprogramms (insbesondere Sitzungsgestaltung bis Februar 2015; Einladung von Gästen)

Einen Niederschlag finden würde dieses dann in dem Entwurf „Ziel und Konzept“, der am 12. Dezember 2014 vorliegen müsste.

Dieser 12. Dezember 2014 steht unter der Linie, dass wir vermutlich spätestens am 5. März 2015 einen Bericht unserer Arbeitsgruppe in die Kommission geben, der sagt, was wir wollen, was wir schon vorbereitet haben und wie man das realisieren kann.

Das hat auch zur Voraussetzung, dass wir versuchen, bereits für den 11. Februar 2015 eine Sitzung zu verabreden, an der auch die Arbeitsgruppe 2 temporär teilnehmen könnte. Wir haben eine entsprechende Anfrage erhalten. Ich glaube, dass das auch einen Benefit im Hinblick darauf hätte, dass wir im März mit den Öffentlichkeitsfragen in die Kommission hineingehen. Hier geht es um ein kleines Zeitbudget, in dem es eine Zusammenarbeit oder einen Austausch mit der Arbeitsgruppe 2 gäbe.

Wenn wir das am 12. Dezember 2014 debattieren, hätten wir vor dem 11. Februar 2015 als nächsten Termin den 22. Januar 2015. Dann sollten wir das für unseren Kreis - nicht endgültig, sondern als ein Lernformat - so formulieren, dass wir damit nach außen gehen können, dass wir das also anderen Arbeitsgruppen, der Kommission und anderen zur Rücksprache zur Verfügung stellen können, und dass wir schon entscheiden können: Welche Möglichkeiten brauchen wir jetzt, Know-how bezüglich Partizipationsverfahren hinzuzuziehen? An wen können wir uns bereits wenden, der uns Maßnahmen

empfiehlt? Was kann man da wettbewerbsmäßig schon einmal nach außen geben?

Wären Sie damit einverstanden? Das ist jetzt natürlich sehr knapp gewesen. Gibt es denn ganz massiven Einspruch oder auch einfachen Einspruch dagegen? - Frau Rössig.

Wiebke Rössig: Ich denke nach wie vor, dass es günstig wäre, frühzeitig, vielleicht auch schon am 12. Dezember 2014, zumindest einige Verfahren konkret hereinzuholen; denn es verlängert sich sonst noch einmal um insgesamt zwei Monate. Dann wären wir beim 22. Januar 2015, an dem frühestens jemand angehört werden könnte, der einmal einen konkreten Vorschlag einbringt. Ich glaube, dass viele Vorschläge überhaupt nicht präsent sind. Ich kenne ein paar Formate, ein paar Verfahren. Damit jeder aber einmal einen Überblick bekommt, macht es sicherlich Sinn, sich - wenn nicht in einer Kommissionssitzung, dann in der Arbeitsgruppensitzung am 12. Dezember 2014 - schon einmal einige konkrete Vorschläge - vielleicht ohne den Anspruch auf eine komplette Palette der Bürgerbeteiligung - angehört zu haben. Dort ein paar Formate, ein paar konkrete Umsetzungen, ein paar Erfahrungen aus Großverfahren vorgestellt zu bekommen, fände ich hilfreich, um weiterzukommen.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Das wären dann die Personen, die in dem dritten Block aufgeführt worden sind?

(Wiebke Rössig: Ja!)

Ich würde das auch dringend anregen. Aber wie gesagt: Wenn wir da keine Einzigkeit erzielen, dann müssen wir noch einmal eine Runde gehen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Darf ich einmal nachfragen? Geht es jetzt um Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Kommission oder bei der Suche?

(Wiebke Rössig: In der Kommission!)

- Erfahrungen aus Großverfahren für uns in der Kommission? Das verstehe ich nicht.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich glaube, dass wir das wirklich am 12. Dezember 2014 noch einmal besprechen müssen; denn ich bin da völlig anderer Auffassung als Sie, Herr Kudla. Man sollte nicht glauben, wir könnten hier die Kommissionsarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit miteinander behandeln, und da sei es mit ein paar dezentralen Veranstaltungen getan. Das ist überhaupt nicht der Fall. Vielleicht haben wir da auch nur ein Missverständnis. Dann müssen wir das am 12. Dezember 2014 klären - wobei ich da in Lima bei der Weltklimakonferenz sein werde. Meines Erachtens brauchen wir aber einen Input von Leuten, die uns auch für die Kommissionsarbeit wichtige Hinweise geben.

Vorsitzender Ralf Meister: Lösen wir das? Neben dem praktischen Problem, dass wir keine 14 Tage mehr hätten, um adäquat Einladungen auszusprechen und das aufzurufen, würde ich eher sagen, dass wir das heute noch nicht beschließen sollten. Ich spreche nicht grundsätzlich dagegen - überhaupt nicht -, glaube aber schon, dass wir nach den Debatten, die wir bisher in der Sitzung geführt haben, jetzt dahin kommen müssen, für uns das Ziel schon zu definieren - nicht final. So weit sind wir in diesem Augenblick noch nicht; denn wenn wir jetzt einmal zusammenfassen, was eigentlich die Säulen sind, in denen wir debattiert haben, was sozusagen die Sphären oder die Medien sind, über die wir debattiert haben, gibt es meines Erachtens schon die Herausforderung, dass wir das noch einmal zusammenfassen und sagen: In dieser Richtung könnte es sein, und wir brauchen folgendes Know-how, das wir reinholen.

Im Augenblick ist es komplett generell. Sorry; aber das muss ich sagen, wenn ich mir

die Liste angucke. Mir fallen auch noch 20 Namen ein; es tut mir leid. Ich habe mich seit einem guten Jahr ja auch in diese Literatur vertieft. Da fallen mir sowohl noch andere Namen als auch noch andere Spezifika ein. Zum Thema Wahrheitskommission und anderen Dingen habe ich noch einmal ein ganz anderes Tableau. Deswegen glaube ich, dass wir es nicht schaffen, das jetzt hier zu beschließen und dann Einladungen für den 12. Dezember 2014 aussprechen.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Vielleicht wäre ein Kompromiss, dass wir alle - wir sind ja alle unterwegs - einmal nachfragen. Vielleicht gibt es ja Bereitschaft von denjenigen, die hier aufgeführt sind und die uns einfallen, einmal eine DIN-A4-Seite mit ihrem Gedankengang zusammenzustellen. Dann könnte man das zum 12. Dezember 2014 mitbringen, ohne sie einzuladen.

Vorsitzender Ralf Meister: Das wäre auch ein Vorschlag. Insofern könnten wir das schon jetzt bis zum 12. Dezember 2014 vertiefen - mit den Informationen, die wir haben: Essays, Literaturtipps, Aufsätzen und, und, und.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja. - Zusätzlich würde ich noch um Folgendes bitten: Wir haben hier ja schon einige Vorschläge ventiliert, die aus unserem Kreis kamen. Vielleicht kann man sie auch noch einmal zusammentragen, wenn das noch machbar ist. Ich habe da noch manches im Kopf und könnte da auch Zuarbeit leisten, wenn es nottut.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kudla und Frau Rössig, und dann ist Schluss.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Punkt eins:
Am 12. Dezember 2014 sollten wir nach meiner Meinung hier erst einmal über Bürgerbeteiligungsmethoden im Rahmen der Kommissionsarbeit diskutieren - vielleicht auf Grundlage eines Vorschlages, den Sie als Vorsitzender in Zusammenarbeit mit einzelnen Mitgliedern vorlegen.

Punkt zwei: Wir haben heute eine Anhörung gehabt und haben diskutiert. Ich würde über das, was Sie drei heute angesprochen haben, aber gerne noch einmal zwei Stunden hier diskutieren, und zwar auf Grundlage des Wortprotokolls. Das müssen wir schon noch weiter diskutieren. Sonst geht das unter. Das sollten wir auch nicht erst im nächsten März, sondern möglichst bald machen.

Vorsitzender Ralf Meister: Kein Widerspruch, von niemandem. - Frau Rössig.

Wiebke Rössig: Dem möchte ich gar nicht widersprechen. Das halte ich auch für ganz wichtig. Ich finde es aber schwierig, sich jetzt ein Konzept zu überlegen - auch wenn es nur Grundzüge umfasst und noch nicht final ist -, ohne sich schon einmal ein bisschen eingearbeitet zu haben und zu wissen, was es denn für konkrete Verfahren gibt und welche Erfahrungen damit gemacht wurden. Mit den Großverfahren habe ich mich eben wahrscheinlich falsch ausgedrückt. Ich meinte nicht die Begleitung eines Flughafenbaus oder so etwas. Das wäre vielleicht eher ein Äquivalent zum Standortauswahlverfahren. Es gibt aber auch Erfahrungen in der Begleitung von anderen Dingen, die hier passen würden. Da gibt es auch Expertise, glaube ich. Sich diese Expertise hereinzuholen und auf dieser Grundlage dann ein Konzept zu erarbeiten, halte ich für sinnvoller und schneller.

Vorsitzender Ralf Meister: Bis auf den letzten Satz volle Zustimmung. - Nein, es ist auch sinnvoll, diese Know-how-Lücke dort,

wo sie existiert, zu füllen. Was dann schneller ist, wird sich allerdings noch zeigen. Ich hätte zum Beispiel auch Zweifel daran, ob eine Anhörung in dem von Herrn Sommer vorgeschlagenen Sinne unser Verfahren beschleunigt. Das müssen wir aber hier nicht debattieren.

Die Frage ist jetzt, ob wir uns - zu dem Sammel- bzw. Ergänzungsauftrag würden wir Sie noch einmal von der Geschäftsstelle anschreiben - am 12. Dezember 2014 dann mit einem Entwurf „Ziel und Konzept“ wiedertreffen und bei dieser Sitzung natürlich auch das begonnene Gespräch mit Ihnen dreien fortsetzen.

(Ulrike Donat: Ich bin nicht da!)

- Ach, Sie sind nicht da. Aber dann mit zweien?

(Andreas Fox: Nach Möglichkeit!)

- Das wäre wunderbar. - Von dieser Sitzung am 12. Dezember 2014 aus könnten wir dann die Entscheidung fällen: Wo müssen wir auffüllen? Wie gehen wir für die nächsten dann sechs Wochen bis zum Januar vor?

Ulrike Donat: Ich möchte Ihnen noch einen Vorschlag aus Beteiligungssicht machen. Es ist unglaublich nützlich, solche Dinge zu straffen, indem man einen Flipchart oder so etwas hat, auf dem man einmal zusammenstellt: Worüber herrscht Einigkeit? Was muss noch geklärt werden? Was ist kontrovers? - Das sollte gemeinsam erarbeitet werden. In diesem Rahmen ist das immer ein bisschen schwierig. Man braucht schon Mitmach-Moderationsmaterial. Vielleicht organisieren Sie sich das.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank.
- Nach diesem Schlusswort von Frau Donat
sage ich Ihnen allen herzlichen Dank für die-
sen intensiven Vormittag und wünsche
Ihnen eine gute Rückreise und einen geseg-
neten ersten Advent.

(Beifall)

(Schluss: 14.13 Uhr)

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe

Ralf Meister Hartmut Gaßner